



2. Nachtrag

vom 12. April 2018

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz zum

Basisprospekt

vom 19. Mai 2017

für Pfandbriefe und (Standard-)Schuldverschreibungen

Dieser Nachtrag wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten und den Anlegern auf der Internetseite der Emittentin (https://www.dkb.de/groups/investor_relations/basisprospekt/) unter der Rubrik „Basisprospekt und Nachträge“ zur Verfügung gestellt.

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese gemäß § 16 Absatz 3 Wertpapierprospektgesetz innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrages durch Erklärung gegenüber der Deutsche Kreditbank AG, Taubenstraße 7-9, 10117 Berlin (die „Emittentin“) widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Durch den Nachtrag vom 12. April 2018 (der „Nachtrag“) wird der Basisprospekt vom 19. Mai 2017 für Pfandbriefe und (Standard-) Schuldverschreibungen in der Fassung des Nachtrags vom 8. September 2017 (der „Basisprospekt“) gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz geändert. Im Hinblick auf zukünftig unter dem Basisprospekt neu begebene Wertpapiere wird die Änderung dadurch deutlich gemacht, dass in den Endgültigen Bedingungen zu diesen Wertpapieren zusätzlich zur Bezeichnung des Basisprospekts der Zusatz „geändert durch die Nachträge vom 8. September 2017 und vom 12. April 2018“ aufgenommen wird.

Der Nachtrag zum Basisprospekt erfolgt im Nachgang zu der am 29. März 2018 erfolgten Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2017 und des HGB-Jahresabschlusses 2017 der DKB AG für das zum 31. Dezember 2017 abgelaufene Geschäftsjahr.

I. Änderungen im Hinblick auf das Inhaltsverzeichnis

- *Im Inhaltsverzeichnis auf S. 4 des Basisprospekts werden vor dem Punkt „Unterschriftenseite des Basisprospekts“ die folgenden Informationen eingefügt:*

„ANHANG V: KONSOLIDIERTE FINANZINFORMATIONEN 2017

Konzern-Gesamtergebnisrechnung	J-2 - J-3
Konzernbilanz.....	J-4 - J-5
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	J-6
Konzern-Kapitalflussrechnung.....	J-7 - J-9
Anhang (Notes).....	J-10 - J-98
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	J-99 – J-103

ANHANG VI: UNKONSOLIDIERTE FINANZINFORMATIONEN 2017

HGB – Bilanz	K-2 - K-3
HGB – Gewinn- und Verlustrechnung.....	K-4
Anhang.....	K-5 - K-37
Bestätigungsvermerk.....	K- 38 – K 42

II. Änderungen im Hinblick auf den Abschnitt „1. Zusammenfassung“

- Die in „Abschnitt B – Emittentin“ unter Punkt B.12 auf S. 7f. des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden gelöscht und durch Hinzufügen der folgenden Informationen ersetzt:

B. 12	<p>Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen über den Emittenten, die für jedes Geschäftsjahr des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums und für jeden nachfolgenden Zwischenberichtszeitraum vorgelegt werden, sowie Vergleichsdaten für den gleichen Zeitraum des vorangegangenen Geschäftsjahres, es sei denn, diese Anforderung ist durch die Vorlage der Bilanzdaten zum Jahresende erfüllt.</p> <p>Eine Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben, oder beschreiben Sie jede wesentliche Verschlechterung.</p> <p>Eine Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder Handelsposition des Emittenten, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind.</p>	<p>Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen, welche den konsolidierten historischen Finanzinformationen 2017 (die Kennzahlen des Jahres 2016 entstammen ebenfalls den Finanzinformationen 2017) der Emittentin entnommen worden sind:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 70%;"></th> <th style="width: 15%; text-align: right;">2017</th> <th style="width: 15%; text-align: right;">2016</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bilanzkennzahlen IFRS</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><i>in Mio. EUR</i></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme</td> <td style="text-align: right;">77.322,9</td> <td style="text-align: right;">76.522,3</td> </tr> <tr> <td>Eigenkapital</td> <td style="text-align: right;">3.255,5</td> <td style="text-align: right;">3.019,1</td> </tr> <tr> <td>Erfolgskennzahlen IFRS</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><i>in Mio. EUR</i></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Zinsüberschuss</td> <td style="text-align: right;">935,2</td> <td style="text-align: right;">795,1</td> </tr> <tr> <td>Risikovorsorge</td> <td style="text-align: right;">-127,3</td> <td style="text-align: right;">-128,7</td> </tr> <tr> <td>Provisionsergebnis</td> <td style="text-align: right;">-39,2</td> <td style="text-align: right;">6,9</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsaufwand</td> <td style="text-align: right;">- 446,3</td> <td style="text-align: right;">-417,0</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis vor Steuern</td> <td style="text-align: right;">264,7</td> <td style="text-align: right;">331,2</td> </tr> </tbody> </table> <p>Seit dem 31. Dezember 2017 (Datum des letzten veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses der DKB AG) hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin gegeben.</p> <p>Seit dem Ende des Stichtags, für den geprüfte Finanzinformationen veröffentlicht wurden (31. Dezember 2017), hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des DKB-Konzerns gegeben.</p>		2017	2016	Bilanzkennzahlen IFRS			<i>in Mio. EUR</i>			Bilanzsumme	77.322,9	76.522,3	Eigenkapital	3.255,5	3.019,1	Erfolgskennzahlen IFRS			<i>in Mio. EUR</i>			Zinsüberschuss	935,2	795,1	Risikovorsorge	-127,3	-128,7	Provisionsergebnis	-39,2	6,9	Verwaltungsaufwand	- 446,3	-417,0	Ergebnis vor Steuern	264,7	331,2
	2017	2016																																				
Bilanzkennzahlen IFRS																																						
<i>in Mio. EUR</i>																																						
Bilanzsumme	77.322,9	76.522,3																																				
Eigenkapital	3.255,5	3.019,1																																				
Erfolgskennzahlen IFRS																																						
<i>in Mio. EUR</i>																																						
Zinsüberschuss	935,2	795,1																																				
Risikovorsorge	-127,3	-128,7																																				
Provisionsergebnis	-39,2	6,9																																				
Verwaltungsaufwand	- 446,3	-417,0																																				
Ergebnis vor Steuern	264,7	331,2																																				

III. Änderungen im Hinblick auf den Abschnitt „3 Emittentenbeschreibung“

- Die in dem Unterabschnitt „3.10 Trendinformationen“ auf S. 74 des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden gelöscht und durch folgende Informationen ersetzt:

„Seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses sowie des letzten geprüften Konzernabschlusses (31. Dezember 2017) hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der DKB gegeben.“

- Die in dem Unterabschnitt „3.11.2 Vorstandsmitglieder“ auf S. 75 des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden gelöscht und durch folgende Informationen ersetzt:

„Gemäß der Satzung der DKB besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl. Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank.

Zum Datum des Nachtrags vom 12. April 2018 zu diesem Basisprospekt besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern:

Name und Position	Weitere relevante Mandate
Stefan Unterlandstätter Vorsitzender des Vorstands	Bayern Card-Services GmbH; München (Vorsitzender des Aufsichtsrats) Visa Deutschland e. V., Frankfurt a. M. (Mitglied des Verwaltungsrats)
Tilo Hacke Mitglied des Vorstands	Visa Deutschland e. V., Frankfurt a. M. (stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats)
Thomas Jebesen Mitglied des Vorstands	-
Alexander von Dobschütz Mitglied des Vorstands	AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt a. M. (3. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Jan Walther Mitglied des Vorstands	-

Die Geschäftsadresse des Vorstands ist Taubenstraße 7-9, 10117 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.“

- Die in dem Unterabschnitt „3.11.3 Aufsichtsratsmitglieder“ auf S. 75 ff. des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden gelöscht und durch folgende Informationen ersetzt:

„Zum Datum des Nachtrags vom 12. April 2018 zu diesem Basisprospekt besteht der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern:

Name und Position	Weitere relevante Mandate
Dr. Johannes-Jörg Riegler Vorsitzender des Aufsichtsrats	BayernLB, München (Vorsitzender des Vorstands) BayernLB Holding AG, München (Vorsitzender des Vorstands)

Bernd Fröhlich Mitglied des Aufsichtsrats	Sparkasse Mainfranken Würzburg, Würzburg (Vorsitzender des Vorstands) Landesbank Berlin AG, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrats) Sparkassenverband Bayern, München (Mitglied des Verbandsverwaltungsrats)
Stefan Höck Mitglied des Aufsichtsrats	Bayerngrund, Grundstücksbeschaffungs- und - erschließungs GmbH, München (stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats) Internationale Münchner Filmwochen GmbH, München (Mitglied des Aufsichtsrats)
Michael Huber Mitglied des Aufsichtsrats	Sparkasse Karlsruhe, Karlsruhe (Vorsitzender des Vorstands) Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart (Mitglied des Vorstands) Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Hom- burg v. d. Höhe (Mitglied des Aufsichtsrats)
Marcus Kramer Mitglied des Aufsichtsrats	BayernLB, München (Mitglied des Vorstands)
Walter Pache Mitglied des Aufsichtsrats	Sparkasse Günzburg-Krumbach, Günzburg (Vorsitzender des Vorstands) Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktien- gesellschaft, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats) Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München (Mitglied des Verwaltungs- rats) Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesell- schaft, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats) Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesell- schaft, München (Mitglied des Aufsichtsrats) Versicherungskammer Bayern Konzern- Rückversicherung Aktiengesellschaft, München (Vorsit- zender des Aufsichtsrats) Sparkassenverband Bayern, München (Mitglied des Ver- bandsverwaltungsrats)
Dr. Markus Wiegelmann Mitglied des Aufsichtsrats	BayernLB, München (Mitglied des Vorstands) BayernLB Holding AG, München (Mitglied des Vor- stands)
Dr. Edgar Zoller Mitglied des Aufsichtsrats	BayernLB, München (stv. Vorsitzender des Vorstands) BayernLB Holding AG, München (Mitglied des Vor- stands)
	Real I.S. AG Gesellschaft für Immobilien Assetmanage- ment, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats) Real I.S. Finanz GmbH, München (Vorsitzender des Auf- sichtsrats) Real I.S. Fonds Service GmbH, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Bianca Häsen*) stellv. Vorsitzende des Auf-	-

sichtsrats

Michaela Bergholz ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Carsten Birkholz ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Christine Enz ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Jörg Feyerabend ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Jens Hübler ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Maria Miranow ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-
Frank Radtke ^{*)} Mitglied des Aufsichtsrats	-

^{*)} Arbeitnehmervertreter.

Die Geschäftsadresse des Aufsichtsrats ist Taubenstraße 7-9, 10117 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.“

- *Die in dem Unterabschnitt „3.13.2 Historische Finanzinformationen“ auf S. 77f. des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden durch Hinzufügen der folgenden Absätze am Ende des Unterabschnitts ergänzt:*

„Die DKB hat am 29. März 2018 für ihr zum 31. Dezember 2017 abgelaufenes Geschäftsjahr geprüfte Finanzinformationen veröffentlicht.

Die geprüften, konsolidierten historischen Finanzinformationen der DKB für das zum 31. Dezember 2017 geendete Geschäftsjahr, einschließlich Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzernkapitalflussrechnung, Anhang (Notes) sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (zusammen die „Konsolidierten Finanzinformationen 2017“), welche dem Geschäftsbericht 2017 der DKB entnommen wurden, sind im Anhang V zu diesem Basisprospekt enthalten (siehe Seiten J-1 bis J-103).

Die geprüften, unkonsolidierten historischen Finanzinformationen der DKB für das zum 31. Dezember 2017 geendete Geschäftsjahr, einschließlich HGB-Bilanz, HGB-Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (zusammen die „Unkonsolidierten Finanzinformationen 2017“), welche dem Einzelabschluss 2017 der DKB entnommen wurden, sind im Anhang VI zu diesem Basisprospekt enthalten (siehe Seiten K-1 bis K-42).

Die Konsolidierten Finanzinformationen 2017 wurden nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind (den „IFRS“), erstellt. Die Unkonsolidierten Finanzinformationen 2017 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs erstellt.

Die Konsolidierten Finanzinformationen 2017 und die Unkonsolidierten Finanzinformationen 2017 wurden von der KPMG AG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, wobei sich der Bestätigungsvermerk (i) im Fall der Konsolidierten Fi-

nanzinformationen 2017 nicht nur auf den Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - bezieht, sondern auch auf den Konzernlagebericht und (ii) im Fall der Unkonsolidierten Finanzinformationen 2017 nicht nur auf den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung bezieht, sondern auch auf den Lagebericht der Deutsche Kreditbank AG.“

- *Die in dem Unterabschnitt „3.15 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des DKB-Konzerns“ auf S. 78 des Basisprospekts enthaltenen Informationen werden gelöscht und durch den folgenden Absatz ersetzt:*

„Seit dem 31. Dezember 2017 (Stichtag der letzten veröffentlichten Finanzinformationen) hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des DKB-Konzerns gegeben.“

IV. Änderungen im Hinblick auf die Anhänge zum Basisprospekt

- *Die im Appendix I zu diesem Nachtrag enthaltenen Konsolidierten Finanzinformationen 2017 der DKB AG werden als „Anhang V: Konsolidierte Finanzinformationen 2017“ und die im Appendix II zu diesem Nachtrag enthaltenen Unkonsolidierten Finanzinformationen 2017 der DKB werden als „Anhang VI: Unkonsolidierte Finanzinformationen 2017“ unmittelbar vor der Unterschriftenseite auf der Seite U-1 des Basisprospekts hinzugefügt.*

Appendix I

Anhang V: Konsolidierte Finanzinformationen 2017

Konzernabschluss

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016
Zinserträge		1.876,1	2.064,8
Positive Zinsaufwendungen		2,2	0,6
Zinsaufwendungen		-897,7	-1.247,1
Negative Zinserträge		-45,4	-23,2
Zinsüberschuss	(27)	935,2	795,1
Risikovorsorge	(28)	-127,3	-128,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		807,9	666,4
Provisionserträge		329,7	329,1
Provisionsaufwendungen		-368,9	-322,3
Provisionsergebnis	(29)	-39,2	6,9
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	(30)	89,7	46,2
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)	(31)	-124,2	-94,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	(32)	20,8	160,8
Verwaltungsaufwand	(33)	-446,3	-417,0
Aufwendungen aus Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht	(34)	-37,4	-29,8
Sonstiges Ergebnis	(35)	-3,2	-5,0
Restrukturierungsergebnis	(36)	-3,4	-2,9
Ergebnis vor Steuern		264,7	331,2
Ertragsteuern	(37)	-1,5	-4,3
Konzernergebnis		263,2	326,9
den DKB AG-Eigentümern zurechenbar		263,2	326,9
Abgeführter Gewinn an beherrschenden Gesellschafter		-	-256,9
Gewinnvortrag		12,2	10,2
Einstellung in die Gewinnrücklagen		-0,5	-0,5
Konzernbilanzgewinn		274,9	79,7

Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten.

Überleitung Gesamtergebnis der Periode

in Mio. EUR	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016
Konzernergebnis	263,2	326,9
Temporär erfolgsneutrale Bestandteile des sonstigen Gesamtergebnisses		
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus AfS-Finanzinstrumenten	-28,2	28,6
Bewertungsänderung	-6,9	45,3
Bestandsänderung aufgrund von Gewinn- oder Verlustrealisierung	-21,5	-17,0
Veränderung latenter Steuern	0,2	0,3
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	-	-117,0
Bewertungsänderung	-	12,5
Bestandsänderung aufgrund von Gewinn- oder Verlustrealisierung	-	-129,5
Dauerhaft erfolgsneutrale Bestandteile des sonstigen Gesamtergebnisses		
Veränderungen aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne	1,4	-8,2
Bewertungsänderung	1,4	-8,2
Veränderung latenter Steuern	0,0	0,0
Sonstiges Gesamtergebnis	-26,8	-96,6
Gesamtergebnis	236,4	230,3
den DKB AG-Eigentümern zurechenbar	236,4	230,3

Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten.

Konzern-Bilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

in Mio. EUR	Notes	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	(7/38)	1.742,8	1.428,6
Forderungen an Kreditinstitute	(8/39)	4.601,6	5.365,5
Forderungen an Kunden	(8/40)	64.552,2	63.228,3
Risikovorsorge	(9/41)	-356,9	-448,8
Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment	(10/42)	455,4	831,4
Handelsaktiva	(11/43)	3,6	4,3
Finanzanlagen	(13/44)	6.027,9	5.880,1
Sachanlagen	(15)	46,5	44,9
Immaterielle Vermögenswerte	(16)	9,2	5,4
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(25/45)	0,0	0,2
Latente Ertragsteueransprüche	(25/45)	0,3	-
Sonstige Aktiva	(17)	240,3	182,4
Summe der Aktiva		77.322,9	76.522,3

Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten.

Passivseite

in Mio. EUR	Notes	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(18/46)	14.381,1	14.510,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(18/47)	53.931,0	53.438,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(18/48)	4.725,1	4.459,0
Handelspassiva	(19/49)	22,3	53,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	(20/50)	17,7	119,2
Rückstellungen	(21/51)	164,4	143,3
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(25/52)	1,2	0,4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(25/52)	0,0	0,5
Sonstige Passiva	(22/53)	139,9	372,6
Nachrangkapital	(23/54)	684,7	406,8
Eigenkapital	(55)	3.255,5	3.019,1
Eigenkapital ohne Anteile nicht beherrschender Gesellschafter		3.255,5	3.019,1
Gezeichnetes Kapital		339,3	339,3
Kapitalrücklage		1.414,4	1.414,4
Gewinnrücklagen		1.093,4	1.024,0
Neubewertungsrücklage		133,5	161,7
Konzernbilanzgewinn		274,9	79,7
Summe der Passiva		77.322,9	76.522,3

Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. EUR	Gezeichnetes Kapital	Hybrides Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungs- rücklage	Konzernbilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital vor Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter	Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	Eigenkapital insgesamt
Stand 01.01.2016	339,3	0,0	1.314,4	970,1	250,1	71,8	2.945,7	0,0	2.945,7
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus AfS-Finanzinstrumenten					28,6		28,6		28,6
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten					-117,0		-117,0		-117,0
Veränderungen aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne				-8,2			-8,2		-8,2
Sonstiges Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-8,2	-88,4	0,0	-96,6	0,0	-96,6
Konzernergebnis						326,9	326,9		326,9
Summe Konzerngesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-8,2	-88,4	326,9	230,3	0,0	230,3
Kapitalerhöhungen/Kapitalherabsetzungen			100,0				100,0		100,0
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen							0,0		0,0
Einstellungen in/Entnahmen aus Rücklagen				62,1		-62,1	0,0		0,0
Abgeführter Gewinn						-256,9	-256,9		-256,9
Ausschüttung							0,0		0,0
Stand 31.12.2016	339,3	0,0	1.414,4	1.024,0	161,7	79,7	3.019,1	0,0	3.019,1
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus AfS-Finanzinstrumenten					-28,2		-28,2		-28,2
Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten							0,0		0,0
Veränderungen aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne				1,4			1,4		1,4
Sonstiges Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	1,4	-28,2	0,0	-26,8	0,0	-26,8
Konzernergebnis						263,2	263,2		263,2
Summe Konzerngesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	1,4	-28,2	263,2	236,4	0,0	236,4
Kapitalerhöhungen/Kapitalherabsetzungen							0,0		0,0
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen							0,0		0,0
Einstellungen in/Entnahmen aus Rücklagen				68		-68,0	0,0		0,0
Abgeführter Gewinn							0,0		0,0
Ausschüttung							0,0		0,0
Stand 31.12.2017	339,3	0,0	1.414,4	1.093,4	133,5	274,9	3.255,5	0,0	3.255,5

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. EUR	2017	2016
Konzernjahresergebnis	263,2	326,9
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	133,0	136,8
Veränderungen der Rückstellungen	43,0	23,3
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	269,6	170,4
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	0,2	-131,9
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-934,1	-792,6
Zwischensumme	-225,1	-267,1
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	762,3	-509,2
Forderungen an Kunden	-1.487,2	-1.761,3
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-165,8	-480,1
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	42,7	-86,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-117,2	-1.255,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	508,5	4.875,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	266,2	358,6
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-163,2	-1.088,6
Erhaltene Zinsen und Dividenden	1.821,1	2.078,5
Gezahlte Zinsen	-949,5	-1.278,7
Ertragsteuerzahlungen	-1,1	-2,5
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	291,7	582,6

in Mio. EUR	2017	2016
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	16,1	105,5
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,1	0,1
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-0,3	-
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-13,4	-5,0
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-	-
Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-	-
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (per Saldo)	-	-
Cashflow aus Investitionstätigkeit	2,5	100,6
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	100,0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	-	-
Auszahlungen an Unternehmenseigner und an nicht beherrschende Gesellschafter	-255,8	-159,6
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (per Saldo)	275,8	85,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	20,0	25,5
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.428,6	719,9
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	291,7	582,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	2,5	100,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	20,0	25,5
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	-	-
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.742,8	1.428,6

Erläuterung zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung und Zusammensetzung des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres und ist aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Konzernjahresüberschuss vor Ergebnisabführungsvertrag nach der indirekten Methode dargestellt.

Hier werden Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Wertpapieren des Handelsbestands, verbrieften Verbindlichkeiten sowie anderen Aktiva und Passiva ausgewiesen. Ebenfalls enthalten sind die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst die Zahlungsvorgänge für den Beteiligungs-, Wertpapier- und Sachanlagenbestand sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zeigt den zahlungswirksamen Anteil der Veränderung des Nachrangkapitals und die Auszahlungen an den Unternehmenseigner. Die zahlungsunwirksame Veränderung des Nachrangkapitals in Höhe von 2,1 Mio. EUR betrifft Disagien und abgegrenzte Zinsen.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst damit den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Anhang (Notes)

Erläuterungen zum Konzernabschluss

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1	Grundlagen der Konzernrechnungslegung
2	Änderungen gegenüber dem Vorjahr
3	Konsolidierungsgrundsätze
4	Konsolidierungskreis
5	Währungsumrechnung

Spezifische Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

6	Finanzinstrumente
7	Barreserve
8	Forderungen
9	Risikovorsorge
10	Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment
11	Handelsaktiva
12	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)
13	Finanzanlagen
14	Wertpapierleihe- und Wertpapierpensionsgeschäfte
15	Sachanlagen
16	Immaterielle Vermögenswerte
17	Sonstige Aktiva
18	Verbindlichkeiten
19	Handelspassiva
20	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)
21	Rückstellungen
22	Sonstige Passiva
23	Nachrang- und Genussrechtskapital
24	Leasinggeschäfte
25	Steuern

Segmentberichterstattung

26	Segmentberichterstattung
----	--------------------------

Angaben zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

27	Zinsüberschuss
28	Risikovorsorge
29	Provisionsergebnis
30	Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung
31	Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)
32	Ergebnis aus Finanzanlagen
33	Verwaltungsaufwand
34	Aufwendungen aus Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht
35	Sonstiges Ergebnis
36	Restrukturierungsergebnis
37	Ertragsteuern

Angaben zur Konzern-Bilanz

38	Barreserve
39	Forderungen an Kreditinstitute
40	Forderungen an Kunden
41	Risikovorsorge
42	Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment
43	Handelsaktiva
44	Finanzanlagen
45	Ertragsteueransprüche
46	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
47	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
48	Verbriefte Verbindlichkeiten
49	Handelspassiva
50	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)
51	Rückstellungen
52	Ertragsteuerverpflichtungen
53	Sonstige Passiva
54	Nachrangkapital
55	Eigenkapital

Angaben zu Finanzinstrumenten

56	Fair Value und Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten
57	Bewertungskategorien der Finanzinstrumente
58	Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten
59	Nettogewinne oder -verluste aus Finanzinstrumenten
60	Derivative Geschäfte

Angaben zur Risikosituation

61	Risiken aus Finanzinstrumenten
----	--------------------------------

Sonstige Angaben

62	Nachrangige Vermögenswerte
63	Pfandbriefumlauf
64	Deckung der umlaufenden Pfandbriefe
65	Weitere Angabe nach PfandBG
66	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung
67	Als Sicherheit an Dritte übertragene finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige übertragene finanzielle Vermögenswerte ohne Ausbuchung
68	Erhaltene Sicherheiten, die weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen
69	Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
70	Leasinggeschäfte
71	Treuhandgeschäfte
72	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen
73	Sonstige finanzielle Verpflichtungen
74	Sonstige Haftungsverhältnisse
75	Anteilsbesitz
76	Organe der Deutschen Kreditbank AG
77	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
78	Nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen
79	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten
80	Honorar für den Abschlussprüfer
81	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
82	Gesellschafter

Erläuterungen zum Konzernabschluss

Der Konzernabschluss der Deutschen Kreditbank AG (DKB), mit Sitz in Berlin (Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregisternummer: HRB 34165), wurde in Übereinstimmung mit § 315a Abs. 1 HGB und der EG-Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 sowie weiteren Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC). Dieser Konzernabschluss basiert auf den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind.

Alle verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen wurden – sofern im DKB-Konzern relevant – berücksichtigt.

Der Konzernabschluss beinhaltet die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzern-Bilanz, die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Konzern-Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes) einschließlich der Segmentberichterstattung. Berichtswährung ist der Euro.

Der Konzernlagebericht ist in einem separaten Abschnitt des Geschäftsberichts abgedruckt. Ebenso wird der überwiegende Teil der Risikoberichterstattung als Bestandteil des Risikoberichts im Konzernlagebericht dargestellt. Weitere Angaben zur Risikosituation nach IFRS 7 sind in der Note 61 „Risiken aus Finanzinstrumenten“ enthalten.

Alle Beträge sind, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. EUR) dargestellt. Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgte unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die Rechnungslegung im DKB-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Der Konzernabschluss enthält Werte, die wir zulässigerweise unter Verwendung von Schätzungen und Annahmen ermittelt haben. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren, wie Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Nach unserer Ansicht sind die verwendeten Parameter sachgerecht. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderem bei der Ermittlung der Rückstellungen, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, der aktiven latenten Steuern sowie der Fair-Value-Ermittlung von Finanzinstrumenten.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen bestehen Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Höhe des Erfüllungsbetrags und der Eintrittswahrscheinlichkeit.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den Fair Value. Grundsätzlich besteht bei diesen Finanzinstrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des Fair Values signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Die Klassifizierung und die Bewertung finanzieller Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und derivativer Sicherungsinstrumente erfolgen unter Anwendung von IAS 32, IAS 39 und IFRS 13.

Vermögenswerte werden bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen künftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließt, und wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten oder ein anderer Wert verlässlich ermittelt werden können.

Verpflichtungen werden bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus ihrer Erfüllung ein Abfluss von Ressourcen ergibt, die wirtschaftlichen Nutzen enthalten, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann.

Erstmals angewendete IFRS

Im Geschäftsjahr 2017 waren erstmals folgende neue bzw. geänderte Standards/Interpretationen anzuwenden:

- Die Änderungen an IAS 7 – Disclosure-Initiative haben die Zielsetzung, die Informationen über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Nach den Änderungen hat ein Unternehmen Angaben über die Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten zu machen, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Dazugehörige finanzielle Vermögenswerte sind ebenfalls in die Angaben einzubeziehen (z. B. Vermögenswerte aus Absicherungsgeschäften). Anzugeben sind zahlungswirksame Veränderungen, Änderungen aus dem Erwerb oder der Veräußerung von Unternehmen, währungskursbedingte Änderungen, Änderungen der beizulegenden Zeitwerte und übrige Änderungen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den DKB-Konzern.
- Die Änderungen an IAS 12 – Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste verdeutlichen die Bilanzierung der latenten Steueransprüche für nicht realisierte Verluste bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schuldinstrumenten. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den DKB-Konzern.
- Im Rahmen der jährlichen Verbesserungen an den IFRS/IAS wurden Änderungen an drei Standards vorgenommen. In IFRS 12 wird klargestellt, dass die Angaben nach IFRS 12 grundsätzlich auch für solche Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen oder assoziierten Unternehmen gelten, die als zur Veräußerung gehalten im Sinne des IFRS 5 klassifiziert werden. Eine Ausnahme hiervon bilden die Angaben nach

IFRS 12.B10–B16. In IAS 28 wird klargestellt, dass das Wahlrecht zur Bewertung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, das von einer Wagniskapitalgesellschaft oder einem anderen qualifizierenden Unternehmen gehalten wird, je Beteiligung unterschiedlich ausgeübt werden kann. Darüber hinaus erfolgte die Streichung der befristeten Erleichterungsvorschriften in IFRS 1. Appendix E (IFRS 1.E3–E7) für erstmalige IFRS-Anwender. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den DKB-Konzern.

Zukünftig anzuwendende IFRS

Für die folgenden neuen und durch die EU-Kommission in europäisches Recht übernommenen Standards, die in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, plant der DKB-Konzern keine frühzeitige Anwendung.

- **IFRS 9 „Finanzinstrumente“:** Im Juli 2014 hat das IASB sein Projekt zur Ablösung des bestehenden Standards IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ durch die Veröffentlichung der finalen Version des IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. Der neue Standard wurde im November 2016 in europäisches Recht übernommen und tritt grundsätzlich für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Ausnahmeregelungen hinsichtlich des Zeitpunkts des Inkrafttretens bestehen für Unternehmen, die Verträge im Anwendungsbereich von IFRS 4 vereinbaren. Diese Ausnahmeregelungen sind für den DKB-Konzern nicht anwendbar.

IFRS 9 enthält neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten sowie Neuregelungen zur Erfassung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting).

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten ist nach IFRS 9 zum einen abhängig vom Geschäftsmodell, in dem der finanzielle Vermögenswert gehalten wird (Geschäftsmodellkriterium), zum anderen von den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme des jeweiligen Finanzinstruments (Zahlungsstromkriterium). Die Festlegung der Geschäftsmodelle erfolgt in Abhängigkeit von der durch das Management beschlossenen Zielsetzung, wie Gruppen finanzieller Vermögenswerte gemeinsam gesteuert werden. Im Rahmen der Analyse des Zahlungsstromkriteriums ist zu

untersuchen, ob das jeweilige Finanzinstrument lediglich Zahlungsströme einer typischen Kreditvereinbarung aufweist. Beim erstmaligen Ansatz werden finanzielle Vermögenswerte als Financial Assets measured at Amortised Cost (AAC), als Financial Assets measured at Fair Value through Profit or Loss (FVPL) oder als Financial Assets measured at Fair Value through Other Comprehensive Income (FVOCI) klassifiziert. Die Klassifizierung eines finanziellen Vermögenswerts wird als Wertmaßstab für seine Folgebewertung herangezogen. Für das Kreditgeschäft hat der DKB-Konzern im Wesentlichen das Geschäftsmodell „Halten“ und für das Wertpapiergeschäft das Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ festgelegt. Die Analyse der vertraglichen Zahlungsströme führte zu dem Ergebnis, dass im DKB-Konzern mehrheitlich Vereinbarungen vorliegen, die Zahlungsströme einer typischen Kreditvereinbarung aufweisen. Vor diesem Hintergrund werden die Kreditforderungen des DKB-Konzerns künftig weitestgehend der Kategorie AAC und die Wertpapiere des DKB-Konzerns den Kategorien FVOCI und FVPL angehören.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten bleibt im Vergleich zu den Regelungen unter IAS 39 weitgehend unverändert. Zukünftig sind jedoch die aus dem eigenen Ausfallrisiko resultierenden Wertänderungen von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designierten finanziellen Verbindlichkeiten grundsätzlich nicht mehr erfolgswirksam, sondern erfolgsneutral im sonstigen Gesamtergebnis zu erfassen, es sei denn, dies würde eine Ausweis- oder Bewertungsinkongruenz bedingen oder verschärfen. In diesem Fall wären alle Wertänderungen einschließlich der aus dem eigenen Ausfallrisiko resultierenden Wertänderungen erfolgswirksam zu zeigen. Im DKB-Konzern liegen derartige Ausweis- oder Bewertungsinkongruenzen derzeit nicht vor.

IFRS 9 sieht ferner ein neues Wertminderungsmodell vor, das auf den erwarteten Kreditausfällen basiert. Der Anwendungsbereich des neuen Wertminderungsmodells erstreckt sich neben den nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten auch auf bestimmte Kreditzusagen und Finanzgarantien. Bei den Wertminderungsvorschriften haben Unternehmen das allgemeine Verfahren, das vereinfachte Verfahren oder das Verfahren für finanzielle Vermögenswerte, die bereits bei Erwerb oder Ausreichung wertgemindert

sind, anzuwenden. Nach dem allgemeinen Verfahren ist an jedem Abschlussstichtag eine Wertberichtigung entweder in Höhe der Kreditausfälle, deren Eintritt innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet wird, oder in Höhe der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditausfälle zu bilden. Dies hängt davon ab, ob ein signifikanter Anstieg des Ausfallrisikos seit dem erstmaligen Ansatz eingetreten ist. Das vereinfachte Verfahren kann für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Vertragsvermögenswerte und Forderungen aus Leasingverhältnissen angewandt werden. Die Wertberichtigung ist in diesen Fällen auf Basis der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditausfälle unmittelbar ab der Ausreichung vorzunehmen. Für finanzielle Vermögenswerte, die bereits bei Erwerb oder Ausreichung wertgemindert sind, sind die kumulierten Veränderungen der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditausfälle zu erfassen. Durch die erweiterte Berücksichtigung der über die Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditausfälle geht der DKB-Konzern zukünftig von einer höheren Volatilität seiner Ertragslage aus.

IFRS 9 enthält zudem neue Regelungen hinsichtlich der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting). Hierdurch soll insbesondere eine engere Verzahnung der Bilanzierung und der Risikomanagementaktivitäten eines Unternehmens geschaffen werden. Allerdings wurden im Regelungswerk des IFRS 9 die Vorschriften zum dynamischen Makro-Hedge-Accounting ausgeklammert. Aus diesem Grund beinhaltet IFRS 9 Wahlrechte zur weiteren Anwendung der Regelungen des IAS 39 einerseits für die Bilanzierung sämtlicher Sicherungsbeziehungen, andererseits ausschließlich für die Abbildung von Portfolio-Fair-Value-Hedge-Strategien. Der DKB-Konzern nutzt das Wahlrecht, sämtliche Sicherungsbeziehungen weiterhin nach den Regelungen des IAS 39 zu bilanzieren. Unabhängig hiervon werden jedoch zukünftig die erweiterten Angaben zu Hedge Accounting gemäß IFRS 7 gemacht.

Die neuen Anforderungen des IFRS 9 wurden im Rahmen eines bereichsübergreifenden Projekts innerhalb des DKB-Konzerns analysiert und umgesetzt. Die Fachkonzeptionsphase wurde Anfang 2017 abgeschlossen und im Januar 2017 mit der Umsetzung der fachlichen Anforderungen in die bankbetrieblichen Prozesse sowie der Implementierung neuer IT-Lösungen begonnen. Zum Jahresbeginn 2018 konnten die Projektergebnisse den zuständigen Linieneinheiten übergeben werden.

Bei der erstmaligen Anwendung der neuen Anforderungen des IFRS 9 zum 1. Januar 2018 erwartet der DKB-Konzern einen Effekt (ohne Berücksichtigung von latenten Steuern) auf das Eigenkapital von –95 Mio. EUR bis –105 Mio. EUR. Dieser ist im Wesentlichen auf die zusätzliche Bildung von Wertberichtigungen aufgrund der neuen Wertminderungsvorschriften zurückzuführen. Weitere Auswirkungen auf den Konzernabschluss der DKB ergeben sich aus den erweiterten Offenlegungsanforderungen des IFRS 7.

- **IFRS 15 „Erlöse aus Verträgen mit Kunden“** legt einen umfassenden Rahmen zur Bestimmung fest, ob, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt Umsatzerlöse erfasst werden. Er ersetzt bestehende Leitlinien zur Erfassung von Umsatzerlösen, darunter IAS 18 „Umsatzerlöse“, IAS 11 „Fertigungsaufträge“ und IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“.

Die DKB ist verpflichtet, IFRS 15 ab dem 1. Januar 2018 anzuwenden. Der Konzern hat sein Implementierungsprojekt für die Bilanzierung von Erlösen aus Verträgen mit Kunden weitgehend abgeschlossen. Wir erwarten keine ergebniswirksamen Änderungen gegenüber der bisherigen Praxis unter IAS 18.

- **IFRS 16 „Leasing“** führt ein einheitliches Rechnungslegungsmodell ein, wonach Leasingverhältnisse in der Bilanz des Leasingnehmers zu erfassen sind. Ein Leasingnehmer erfasst ein Nutzungsrecht (Right-of-Use Asset), das sein Recht auf die Nutzung des zugrunde liegenden Vermögenswerts darstellt, sowie eine Schuld aus dem Leasingverhältnis, die seine Verpflichtung zu Leasingzahlungen darstellt. Es gibt Ausnahmeregelungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse hinsichtlich geringwertiger Wirtschaftsgüter. Die Rechnungslegung beim Leasinggeber ist vergleichbar mit dem derzeitigen Standard – d. h., dass Leasinggeber Leasingverhältnisse weiterhin als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnisse einstufen.

IFRS 16 ersetzt die bestehenden Leitlinien zu Leasingverhältnissen, darunter IAS 17 „Leasingverhältnisse“, IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“, SIC-15 „Operating-Leasingverhältnisse – Anreize“ und SIC-27 „Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen“.

Der IFRS 16 ist ab dem 1. Januar 2019 anzuwenden. Der DKB-Konzern hat mit der Beurteilung der möglichen Auswirkungen der Anwendung des IFRS 16 auf seinen Konzernabschluss begonnen. Wir erwarten durch die Anwendung des IFRS 16 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Darüber hinaus wurde eine Reihe Änderungen an weiteren Standards verabschiedet, die jedoch erwartungsgemäß keine signifikanten Auswirkungen auf den DKB-Konzern haben werden.

(2) Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Seit dem Berichtsjahr werden die Direktabschreibungen als Verbrauch von Einzelwertberichtigungen dargestellt. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis noch unter den Portfoliowertberichtigungen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Im Konzernabschluss werden das Mutterunternehmen DKB sowie die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen als eine wirtschaftliche Einheit dargestellt.

Die Tochterunternehmen umfassen auch strukturierte Einheiten, die durch den DKB-Konzern beherrscht werden. Strukturierte Einheiten sind solche, bei denen Stimmrechte oder ähnliche Rechte nicht den dominierenden Faktor zur Beurteilung der Beherrschung darstellen. Dazu gehören auch Gesellschaften, deren relevante Aktivitäten durch eine enge Zwecksetzung im Gesellschaftsvertrag oder in sonstigen vertraglichen Vereinbarungen vorbestimmt sind oder bei denen eine dauerhafte Beschränkung der Entscheidungsgewalt des Leitungsgremiums vorliegt. Der DKB-Konzern fasst die Investmentfonds sowie die DKB STIFTUNG für gesellschaftliches Engagement unter die strukturierten Einheiten. Strukturierte Einheiten werden in den Konsolidierungskreis einbezogen, wenn sie Tochterunternehmen sind und für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DKB-Konzerns wesentlich sind. Angaben zur Art der Risiken im Zusammenhang mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten werden in der Note 78 „Nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen“ offengelegt.

Beherrschung über ein Tochterunternehmen liegt vor, wenn der DKB-Konzern variablen Rückflüssen aus dem Engagement mit diesem Unternehmen ausgesetzt ist oder Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Rückflüsse mittels seiner Entscheidungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen.

Als variable Rückflüsse gelten sämtliche Rückflüsse, die in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit des Unternehmens variieren können. Demzufolge können Rückflüsse aus dem Engagement mit einem anderen Unternehmen sowohl positiv als auch negativ sein. Variable Rückflüsse beinhalten Dividenden, feste und variable Zinsen, Vergütungen und Gebühren, Wertschwankungen des Investments sowie sonstige wirtschaftliche Vorteile.

Die Beurteilung, ob Entscheidungsgewalt vorliegt, erfolgt auf Basis der relevanten Aktivitäten des Unternehmens sowie der Einflussbefugnisse des DKB-Konzerns. Dabei werden sowohl Stimmrechte als auch sonstige vertragliche Rechte zur Steuerung der relevanten Aktivitäten berücksichtigt, sofern es keine ökonomischen oder sonstigen Hindernisse bei der Ausübung der bestehenden Rechte gibt. Ein Tochterunternehmen wird auch dann durch den DKB-Konzern beherrscht, wenn die Entscheidungsgewalt durch Dritte im Interesse und zum Nutzen des DKB-Konzerns ausgeübt wird. Ob eine solche delegierte Entscheidungsmacht vorliegt, wird anhand der bestehenden Organstellungsbefugnisse, des rechtlichen und faktischen Entscheidungsspielraums sowie der wirtschaftlichen Anreizstruktur beurteilt.

In Einzelfällen hält die DKB direkt oder indirekt Stimmrechtsanteile von mehr als 50% an Gesellschaften, die aufgrund von vertraglichen oder rechtlichen Restriktionen keinen entsprechenden beherrschenden Einfluss nach sich ziehen. In derartigen Fällen wurde für Zwecke der Konsolidierungskreisabgrenzung trotz einer Anteilmehrheit keine Beherrschung angenommen. Umgekehrt verfügt die DKB in Einzelfällen aufgrund von vertraglichen Gestaltungsrechten über einen beherrschenden Einfluss, obwohl sie weniger als 50% der Stimmrechte hält.

Tochterunternehmen werden im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Zum Erwerbszeitpunkt werden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung die Anschaffungskosten des Tochterunternehmens mit dem Konzernanteil am vollständig neu berechneten

Eigenkapital verrechnet. Dieses Eigenkapital ist der Saldo zwischen den jeweils mit ihren beizulegenden Zeitwerten (Fair Value) zum Erstkonsolidierungszeitpunkt bewerteten Vermögenswerten und den Schulden des erworbenen Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern sowie aufgedeckter stiller Reserven und Lasten. Ergeben sich aktivische Unterschiedsbeträge zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem anteiligen, neu berechneten Eigenkapital, werden diese in der Bilanz als Geschäfts- und Firmenwerte unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Ein eventuell negativ verbleibender Unterschiedsbetrag wird zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam vereinnahmt.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung sowie der Zwischenergebniseliminierung werden alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DKB-Konzerns nicht konsolidiert werden, werden nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IAS 39 als Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) bilanziert.

Gemeinschaftliche Vereinbarungen (Joint Arrangements) basieren auf vertraglichen Vereinbarungen, auf deren Grundlage zwei oder mehr Partner eine wirtschaftliche Aktivität begründen, die der gemeinschaftlichen Führung unterliegt. Gemeinschaftliche Führung liegt vor, wenn die Partner zusammenwirken müssen, um die relevanten Aktivitäten der gemeinschaftlichen Vereinbarung zu steuern, und Entscheidungen die einstimmige Zustimmung der beteiligten Partner erfordern. Um ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) handelt es sich bei einer solchen gemeinschaftlichen Vereinbarung dann, wenn die Partner, die die gemeinschaftliche Führung ausüben, Rechte und Pflichten am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen. Haben die Partner hingegen unmittelbare Rechte an den der gemeinschaftlichen Vereinbarung zuzurechnenden Vermögenswerten bzw. Verpflichtungen für deren Schulden, handelt es sich bei der Vereinbarung um eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation).

Assoziierte Unternehmen sind Unternehmen, auf die die DKB direkt oder indirekt zwar einen maßgeblichen, jedoch keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Als maßgeblichen Einfluss bezeichnet man die Möglichkeit, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen eines anderen Unternehmens mitzuwirken, ohne diese jedoch zu beherrschen. Maßgeblicher Einfluss liegt grundsätzlich vor, wenn die DKB als Investor direkt oder indirekt 20% oder mehr Stimmrechte hält. Um ein assoziiertes Unternehmen kann es sich auch handeln, wenn die DKB direkt oder indirekt über weniger als 20% der Stimmrechte verfügt, aber aufgrund von anderen Faktoren die Möglichkeit der Mitwirkung an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Unternehmens hat. Dazu zählen insbesondere die Vertretung des DKB-Konzerns im Entscheidungsgremium des Unternehmens sowie vertragliche Rechte zur Bewirtschaftung oder Verwertung von Vermögenswerten einschließlich Investitionsentscheidungen.

In Einzelfällen hält die DKB direkt oder indirekt Stimmrechtsanteile von mindestens 20% an Gesellschaften, die aufgrund von vertraglichen oder rechtlichen Restriktionen keinen entsprechenden maßgeblichen Einfluss nach sich ziehen. In derartigen Fällen liegt für Zwecke der Konsolidierungskreisabgrenzung kein maßgeblicher Einfluss vor.

Es bestehen derzeit keine wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen oder assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen werden. Anteile an Gemeinschaftsunternehmen bzw. assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des DKB-Konzerns nicht nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, werden nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IAS 39 als Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) bilanziert und unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Für Eigenkapitalinstrumente, für die auf einem aktiven Markt kein notierter Preis vorliegt und damit der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, darf nach IAS 39.9 i. V. m. IAS 39.46(c) eine Bewertung zu Anschaffungskosten (gegebenenfalls unter Berücksichtigung von bereits aufgetretenen Wertminderungen) erfolgen. Für diese Anteile wie auch für die Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten.

(4) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 sind wie im Vorjahr neben der DKB sechs Tochterunternehmen einbezogen. An den konsolidierten Tochterunternehmen hält die DKB direkt oder indirekt eine 100%ige Kapitalbeteiligung. Zum Stichtag bestanden keine Anteile nicht beherrschender Gesellschafter. Der Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen wurde nach Wesentlichkeitskriterien festgelegt. Nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen sind im Konzernabschluss nicht enthalten.

Eine vollständige Übersicht über die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes (siehe auch Note 75 „Anteilsbesitz“).

(5) Währungsumrechnung

Sämtliche Vermögenswerte und Schulden in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. In den Folgeperioden ist für die Währungsumrechnung zwischen monetären und nichtmonetären Posten zu unterscheiden. Auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Nichtmonetäre Vermögenswerte und Schulden in Fremdwährung sind im Konzernabschluss nicht enthalten. Aus der Währungsumrechnung resultierende Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Spezifische Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(6) Finanzinstrumente

Ansatz und Bewertung

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei einem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist. Dabei werden Käufe oder Verkäufe von Derivaten und sonstigen Wertpapieren zum Handelstag erfasst. Die übrigen Finanzinstrumente werden zum Erfüllungstag bilanziert.

Alle Finanzinstrumente einschließlich der derivativen Finanzinstrumente gemäß IAS 39 werden in der Bilanz angesetzt und den Bewertungskategorien zugeordnet. Die erstmalige Erfassung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt bei der Zugangsbewertung mit dem Fair Value. Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden unter Einbeziehung von Transaktionskosten, die direkt dem Erwerb des Finanzinstruments zuzurechnen sind, bewertet. Bei Finanzinstrumenten, die in der Folgebewertung zum Fair Value angesetzt werden, erfolgt eine sofortige erfolgswirksame Erfassung der Transaktionskosten.

Die Folgebewertung der Finanzinstrumente richtet sich nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Bewertungskategorien, die wie folgt unterschieden werden:

- **Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:** Hierzu zählen die als zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente eingestufted Derivate (Held for Trading/HfT), die nicht die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen, sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option (FVO) angewendet wird. Die Fair-Value-Option wird im DKB-Konzern angewendet, um bewertungsbedingte Inkongruenzen (Accounting Mismatch) zu verringern bzw. zu beseitigen. Die Fair-Value-Option der Finanzinstrumente betrifft ausschließlich Anleihen und Schuldverschreibungen. Die

Bewertung dieser Finanzinstrumente erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsergebnisse sowie die realisierten Ergebnisse werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung erfasst. Die laufenden Ergebnisse werden im Zinsüberschuss bilanziert. Die Handelsinstrumente werden in den Bilanzposten Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen. Die Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option (FVO) angewendet wird, werden in der Position Finanzanlagen abgebildet.

- **Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity/HtM):** Hierunter fallen nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten will und kann. Zum Bilanzstichtag hat der DKB-Konzern keine Vermögenswerte in dieser Kategorie ausgewiesen.
- **Kredite und Forderungen (Loans and Receivables/LaR):** Diese Kategorie umfasst nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Finanzanlagen ausgewiesen.
- **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale/AfS):** Dieser Klassifizierung unterliegen jene nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind oder nicht einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Sie werden zum Fair Value bewertet. AfS-Finanzinstrumente sind in den Posten Finanzanlagen und Forderungen an Kunden enthalten. Im Rahmen der Folgebewertung sind die Wertänderungen erfolgsneutral unter Berücksichtigung von latenten Steuern in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) zu erfassen. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des Finanzinstruments oder bei Eintritt einer Wertminderung aufgelöst und grundsätzlich erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Fallen die Gründe für eine Wertminderung weg, ist für Fremdkapitalinstrumente eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Darüber hinausgehende Zuschreibungen werden erfolgsneutral erfasst. Wertminderungen von nicht zu

fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumenten dürfen nur erfolgsneutral gegen die Neubewertungsrücklage rückgängig gemacht werden. Wertänderungen, die bei zinstragenden Titeln aus der Amortisation von Agien und Disagien resultieren, werden erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Bei nicht auf einem aktiven Markt notierten Eigenkapitaltiteln erfolgt eine Bewertung zu Anschaffungskosten, wenn deren Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann.

- **Finanzielle Verbindlichkeiten** (Financial Liabilities measured at amortised cost/LaC): Zu den finanziellen Verbindlichkeiten zählen Finanzinstrumente, die nicht Handelszwecken dienen und für die nicht die Fair-Value-Option angewendet wird. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten sowie dem Nachrangkapital ausgewiesen. Agien bzw. Disagien werden erfolgswirksam im Zinsergebnis amortisiert.

Die Zugangsbewertung für alle Finanzinstrumente erfolgt zum Fair Value:

- Der Fair Value eines Vermögenswerts ist nach IFRS 13 der Betrag, zu dem dieser zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern verkauft werden könnte. Der Fair Value entspricht somit einem Veräußerungspreis.
- Für Verbindlichkeiten ist der Fair Value definiert als der Preis, zu dem die Schuld im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion an einen Dritten übertragen werden könnte. Für die Bewertung von Schulden ist zudem das eigene Ausfallrisiko zu berücksichtigen.

Der relevante Markt für die Bestimmung des Fair Value ist grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität, zu dem der DKB-Konzern Zugang hat (Hauptmarkt). Sofern kein Hauptmarkt vorhanden ist, wird der vorteilhafteste Markt herangezogen. Zur Ermittlung des Fair Value wird – soweit möglich – auf den notierten (unverändert übernommenen) Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt zurückgegriffen (Level 1). Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Ermittlung des Fair Value mittels Bewertungsmethoden, deren

Bewertungsparameter direkt (als Preise) oder indirekt (abgeleitet von Preisen) beobachtbar sind und nicht unter Level 1 fallen. Hierbei kann es sich um notierte Preise an aktiven Märkten für ähnliche Finanzinstrumente, um notierte Preise auf inaktiven Märkten, um andere beobachtbare Eingangsparameter (z. B. Zinssätze und Wechselkurse) sowie um marktgestützte Inputfaktoren handeln. Ziel hierbei ist es, den Preis zu bestimmen, zu dem unter aktuellen Marktbedingungen am Bewertungsstichtag eine gewöhnliche Transaktion unter Marktteilnehmern stattfinden würde.

Zur Identifizierung, ob ein aktiver Markt vorliegt, prüft der DKB-Konzern, inwiefern im Handelssystem Bloomberg BondTrader handelbare Preise vorliegen, sodass von der Annahme ausgegangen werden kann, dass Geschäftsvorfälle in ausreichender Häufigkeit und ausreichendem Volumen auftreten, sodass fortwährend Preisinformationen zur Verfügung stehen.

Im DKB-Konzern kommen anerkannte Bewertungsmodelle zum Einsatz, die im Wesentlichen auf beobachtbaren Marktdaten basieren. Die Bewertungsmodelle umfassen die Discounted-Cashflow-Methode sowie Optionspreismodelle.

Die Discounted-Cashflow-Methode wird für zinstragende Finanzinstrumente angewendet, sofern kein am Markt beobachtbarer Preis für ein identisches oder vergleichbares Finanzinstrument vorliegt. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der Cashflow-Struktur unter Berücksichtigung von Nominalwerten, Restlaufzeiten sowie der vereinbarten Zinszahlungsmethode. Zur Ermittlung der Cashflow-Struktur wird bei Finanzinstrumenten mit vertraglich fixierten Cashflows auf die vereinbarten Cashflows zurückgegriffen. Bei variabel verzinslichen Instrumenten bzw. Bestandteilen von Instrumenten erfolgt die Bestimmung der Cashflows unter Verwendung von Terminkurven. Die Diskontierung erfolgt unter Verwendung von währungs- und laufzeitkongruenten Zinskurven und einem risikoadäquaten Spread. Sofern es sich um öffentlich verfügbare Spreads handelt, werden die am Markt beobachtbaren Daten herangezogen. Dies betrifft außerbörsliche Derivate wie Zinsswaps und Devisentermingeschäfte.

Die Bewertung von Zinsoptionen erfolgt mithilfe von Optionspreismodellen.

Bei OTC-Derivaten wird dem Ausfallrisiko des Kontrahenten, dem eigenen Ausfallrisiko sowie den Liquiditätskosten Rechnung getragen.

Die Ermittlung der Fair Values der auf dem Non-Performing-Loan-Markt erworbenen durch Immobilien besicherten Forderungen erfolgt über die Diskontierung des Verwertungswerts der jeweiligen Sicherheit über den geschätzten Verwertungszeitraum mit einem risikoadjustierten Zinssatz.

Die Bewertung der Sicherheiten erfolgt grundsätzlich unter Ertragswertgesichtspunkten, überwiegend in Kombination mit einer Wertüberprüfung durch Vergleichswerte. Zur Ermittlung der Verwertungswerte werden als Vergleichsmaßstab auch beobachtbare Marktparameter (Angebotspreise anderer Objekte) oder Informationen aus vergangenen Transaktionen herangezogen. Der voraussichtliche Verwertungszeitraum bestimmt sich nach dem prognostizierten Zeitraum, der zur Herstellung der Lieferfähigkeit (in Abhängigkeit von der Art der Verwertung, z. B. Zwangsversteigerung) benötigt wird, zuzüglich des Zeitraums, der nach Einschätzung der jeweiligen Marktlage für den Vertrieb zu kalkulieren ist. In die Einschätzung des Verwertungszeitpunkts fließen teilweise auch Erfahrungen aus vergangenen Transaktionen ein (beispielsweise die Dauer zwischen einem Zwangsversteigerungszuschlag und dem Zeitpunkt des Geldeingangs). Die Diskontierung erfolgt unter Verwendung der risikolosen Zinskurve und eines risikoadäquaten Spreads.

Die Ermittlung der Fair Values der in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente erfolgt ebenfalls mithilfe der Discounted-Cashflow-Methode. Bei Aktivgeschäften werden die Cashflows mit der risikolosen Zinskurve, die um einen geschäftsspezifischen Spread angepasst wird, diskontiert. Dieser Spread beinhaltet neben der Marge zur Abdeckung der Kosten sowie der Gewinnerwartung einen Bonitätsanteil, der die Bonitätsentwicklung des Geschäftspartners widerspiegelt, und einen Aufschlag, den die Bank für die eigene Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt zahlt. Bei Passivgeschäften erfolgt die Diskontierung der Cashflows mit der risikolosen Zinskurve und einem Margenspread zur Abdeckung der Kosten sowie der Gewinnerwartung und einem Liquiditätsspread, der die aktuelle Bonität widerspiegelt.

Die in den Bewertungsmodellen verwendeten Eingangsparameter bestimmen die Level-Zuordnung des Finanzinstruments in der Fair-Value-Hierarchie.

Die dargestellten Bewertungsmodelle kommen bei den in der Bilanz zum Fair Value angesetzten HfT-Finanzinstrumenten zur Anwendung und betreffen die Bilanzposten Handelsaktiva, Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), Handelspassiva und Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting).

Darüber hinaus werden die Fair Values der in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzten Finanzinstrumente mittels Bewertungsmodellen ermittelt. Davon betroffen sind die als LaR kategorisierten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie die als LaC kategorisierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und das Nachrangkapital.

Zum Bilanzstichtag hält der DKB-Konzern Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die allerdings nicht als trennungspflichtig einzustufen sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Zur Steuerung von Zinsrisiken werden derivative Finanzinstrumente in Form von Fair Value Hedges eingesetzt. Dabei wird ein bilanzierter Vermögenswert gegen Änderungen des Fair Value abgesichert, die aus dem Zinsrisiko resultieren und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnten. Hierbei ist eine hohe Effektivität erforderlich, bei der sich die Änderungen der Fair Values von gesichertem Grundgeschäft mit Bezug auf das gesicherte Risiko und Sicherungsderivat in einer Bandbreite von 80% bis 125% ausgleichen. Der DKB-Konzern nutzt den Portfolio-Hedge zur Absicherung der Festzinsposition aus dem Kundenkreditgeschäft.

Für das Portfolio werden kalendarische Laufzeitbänder festgelegt, denen die erwarteten Zahlungsströme (Zinsen und Tilgungen) aus den Forderungen zugeordnet werden. Jedem Laufzeitband sind somit die entsprechenden (Teil-)Cashflows eines Portfolios von Grundgeschäften zugewiesen.

Die Sicherungsgeschäfte werden den Laufzeitbändern entsprechend ihrer Fälligkeit zugeordnet. Nachdem die Zuordnung der Grund- und der Sicherungsgeschäfte erfolgt ist, wird festgelegt, mit welchem Anteil jedes Grundgeschäft in die Sicherungsbeziehung des Laufzeitbands eingeht (Hedge-Quote). Die Hedge-Quote wird bis zum Ende des Absicherungszeitraums konstant gehalten und ist Grundlage des pro- und des retrospektiven Effektivitätstests. Die Effektivität wird monatlich pro Laufzeitband gemessen.

Effektivitätsmessung, Designation und Neuedesignation erfolgen im Rahmen einer dynamischen Sicherungsbeziehung auf monatlicher Basis. Untermonatliche Neuedesignationen und Dedesignationen erfolgen im Einklang mit der Abbildung der Sicherungsbeziehungen im Risikomanagement.

Die Dokumentation der Hedge-Strategie erfolgt bei Designation der Sicherungsbeziehung.

Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps verwendet. Die Bewertung der Zinsswaps erfolgt zum Fair Value; daraus resultierende Wertänderungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) erfasst.

Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden erfolgswirksam um die Bewertungsergebnisse angepasst, die sich auf das abgesicherte Risiko zurückführen lassen. Die Anpassung erfolgt im Bilanzposten Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente in wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen, die die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 nicht erfüllen, werden in den Handelsaktiva bzw. Handelspassiva bilanziert und zum Fair Value bewertet. Die laufenden Erträge und Aufwendungen werden im Zinsüberschuss, das Bewertungsergebnis im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung gezeigt.

Ausbuchung

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Cashflows aus den jeweiligen Vermögenswerten erloschen sind oder wenn der Konzern im Wesentlichen alle Chancen und Risiken übertragen hat.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Aufrechnung

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden aufgerechnet, sofern zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu saldieren sind und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen.

(7) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand sowie das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Der Ansatz erfolgt zum Nennwert.

(8) Forderungen

Bei den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden handelt es sich um nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und nicht Handelszwecken dienen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern die Forderungen nicht als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Zur Veräußerung verfügbar klassifizierte Forderungen werden mit dem Fair Value ergebnisneutral bewertet. Das Bewertungsergebnis wird in der Neubewertungsrücklage erfasst.

(9) Risikovorsorge

Wertminderungen aufgrund von Bonitätsveränderungen von LaR-Forderungen werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch in einer eigenen Aktivposition abgesetzt.

Die Risikovorsorge umfasst Einzel- sowie Portfoliowertberichtigungen auf bilanzielle Geschäfte:

- Die Höhe der Einzelwertberichtigung bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cashflow-

Methode unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes berechneten Barwerts der künftig erwarteten Zahlungseingänge unter Berücksichtigung von Sicherheiten.

- Für Portfolios aus homogenen, einzeln nicht wesentlichen Forderungen werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen auf Basis einer kollektiven Risikobewertung in Anlehnung an die Systematik der Portfoliowertberichtigung gebildet. Diese werden ebenfalls unter den Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.
- Für LaR-Forderungen, für die bei einer Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt und für die keine pauschalierte Einzelwertberichtigung gebildet wurde, wird eine Portfoliowertberichtigung ermittelt.

Zur Ermittlung der Risikovorsorge werden die Kundenbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen analysiert. Für einzelne wesentliche Kreditengagements werden Einzelwertberichtigungen gebildet, wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung bestehen. Objektive Hinweise liegen beispielsweise vor, wenn zur Sanierung/ Restrukturierung von Engagements die ursprünglich vereinbarten Kreditbedingungen modifiziert werden. Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen kann mit dem Kunden, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Stundung (von Zins- und Tilgungsleistungen) vereinbart werden, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Die Genehmigung dieser Maßnahme führt grundsätzlich zur Erfassung des Ausfallgrundes „Restrukturierung/ Umschuldung“. Weitere unternehmensspezifische Ausfallgründe sind „Zahlungsverzug/Überziehung über 90 Tage“, „Unwahrscheinliche Rückzahlung“, „Kündigung/Fälligkeit“, „Forderungsverkauf“ sowie „Insolvenz(-antrag)“. Aufgrund eines Ausfalls sind bestehende Inanspruchnahmen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen im Hinblick auf notwendige Wertkorrekturen oder Rückstellungen zu überprüfen.

Abschreibungen werden vorgenommen, wenn basierend auf den aktuellen Informationen die Überzeugung besteht, dass alle wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen zur Verlustbegrenzung ausgeschöpft worden sind. Dies erfolgt grundsätzlich gegen Verbrauch von gebildeter Risikovorsorge. Sofern keine ausreichende Risikovorsorge gebildet wurde, erfolgt dies durch Direktabschreibung.

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Aufwendungen für die Zuführung zur Risikovorsorge, Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorge sowie Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden im gleichnamigen Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

(10) Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment

In diesem Bilanzposten werden die auf das gesicherte Zinsrisiko entfallenden Buchwertanpassungen für die im Hedge Accounting designierten Grundgeschäfte erfasst. Die designierten Grundgeschäfte werden weiterhin zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

(11) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva enthalten ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossene derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accountings gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.

(12) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente (Zinsswaps) mit positiven Marktwerten, die in das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 einbezogen werden. Die derivativen Instrumente werden mit dem Fair Value bewertet. Die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair-Value-Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem Zinsänderungsrisiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen.

(13) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen AfS-, LaR- und FVO-Finanzanlagen. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen werden unter den AfS-Finanzanlagen ausgewiesen, sofern keine Veräußerungsabsicht gemäß IFRS 5 besteht. Die Bewertung erfolgt entsprechend den Bewertungskategorien.

Zu jedem Bilanzstichtag wird ermittelt, ob objektive, substantielle Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Dabei finden die in IAS 39.59 genannten Kriterien Anwendung. Für Eigenkapitalinstrumente liegt darüber hinaus eine Wertminderung vor, wenn der Fair Value des Finanzinstruments für mehr als zwölf Monate unterhalb der Anschaffungskosten liegt. Eine signifikante Wertminderung liegt grundsätzlich ab 20 % unterhalb der Anschaffungskosten vor. Für Beteiligungen, die unter Anwendung des IAS 39.9 i. V. m. IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten (gegebenenfalls unter Berücksichtigung von bereits aufgetretenen Wertminderungen) bewertet werden, erfolgt die Ermittlung des Abschreibungsbedarfs nach einem erweiterten Bewertungsverfahren (Ertragswert- bzw. Substanzwertverfahren).

Die AfS-Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern bis zur Veräußerung in der Neubewertungsrücklage bzw. bei Wertminderung im Ergebnis aus Finanzanlagen.

Agien und Disagien werden erfolgswirksam im Zinsergebnis amortisiert.

Für die in die Kategorie LaR umgegliederten Wertpapiere erfolgt eine effektivzinskonforme Amortisation der bisher erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfassten Wertänderungen entsprechend der Zuschreibung der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips und bonitätsbedingter Wertminderungen über deren Restlaufzeit.

Auf LaR-Finanzanlagen wird analog zur Bildung von Risikovorsorge im Kreditgeschäft eine Portfoliowertberichtigung gebildet. Allerdings erfolgt der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht unter dem Posten Risikovorsorge, sondern im Ergebnis aus Finanzanlagen.

(14) Wertpapierleihe- und Wertpapierpensionsgeschäfte

Per Wertpapierleihetransaktionen entlehene bzw. per Wertpapierpensionsgeschäften gekaufte Wertpapiere werden entsprechend der Auffassung der Bilanzierungspraxis, dass das wirtschaftliche Eigentum beim Verleiher/ Pensionsgeber der Wertpapiere verbleibt, nicht bilanziert. Verlehene bzw. verkaufte Wertpapiere werden im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend dem

zugeordneten Bestand bewertet. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsergebnis berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag hat der DKB-Konzern keine Wertpapierleihegeschäfte abgeschlossen.

(15) Sachanlagen

Die Sachanlagen umfassen selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der Erstantritt erfolgt zu ihren Anschaffungskosten.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, d. h., die Anschaffungs- und Herstellungskosten werden bei abnutzbaren Vermögenswerten um planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer gemindert. Hierbei werden bei Gebäuden die Komponenten über ihre spezifischen Nutzungsdauern abgeschrieben (Komponentenansatz).

Bei Vorliegen einer Wertminderung (Impairment) wird diese als Wertminderungsaufwand erfasst. Fallen die Gründe für die Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, sofern sie den wirtschaftlichen Nutzen der Sachanlagen erhöhen. Instandhaltungskosten werden in dem jeweiligen Geschäftsjahr als Aufwand erfasst. Ebenso werden Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern sofort als Aufwand erfasst.

Abschreibungen auf Sachanlagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Zuschreibungen werden im sonstigen Ergebnis gezeigt.

(16) Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nichtmonetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Hierzu zählen vor allem Lizenzen und gekaufte Software.

Der Erstansatz von erworbenen immateriellen Vermögenswerten erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die immateriellen Vermögenswerte werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern eine Wertminderung vorliegt oder mit einem zukünftigen Nutzenzufluss nicht mehr gerechnet wird. Zuschreibungen erfolgen bei Wegfall der Wertminderungsgründe, höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt im Verwaltungsaufwand. Die Zuschreibungen werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

(17) Sonstige Aktiva

Unter der sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnen sind. Hierzu zählen unter anderem aktive Rechnungsabgrenzungsposten und Immobilien des Vorratsvermögens.

(18) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

(19) Handelspassiva

Die Handelspassiva enthalten ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossene derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.

(20) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente (Zinsswaps) mit negativen Marktwerten, die in das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 einbezogen werden. Die derivativen Instrumente werden

mit dem Fair Value bewertet. Die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair-Value-Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem Zinsänderungsrisiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen.

(21) Rückstellungen

Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen aus einem Ereignis der Vergangenheit, das wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen führt, gebildet. Die Höhe des Ressourcenabflusses muss verlässlich zu schätzen sein. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen und den Regelungen des IAS 37.47 entsprechenden Zinssatzes abgezinst.

Sofern die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen bei der Erfüllung nicht unwahrscheinlich ist (Eintrittswahrscheinlichkeit zwischen 25 % und 50 %) verweisen wir auf die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten (Note 72 „Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen“).

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Die leistungsorientierten Verpflichtungen des DKB-Konzerns umfassen im Wesentlichen Endgehaltsvereinbarungen und auf Kapitalbausteinen basierende Pläne, die den Mitarbeitern lebenslange Renten oder Kapitalzahlungen garantieren.

Die Altersversorgung im Konzern besteht aus folgenden Altersversorgungsplänen:

Im Rahmen der Versorgungsordnung I (Mitarbeiter mit Eintritt vor dem 2. April 1995) bestehen für nicht mehr aktiv beschäftigte Mitarbeiter Versorgungsansprüche auf lebenslange Rentenzahlungen.

Mitarbeiter mit einem Eintrittsdatum ab dem 2. April 1995 sowie aktiv beschäftigte Mitarbeiter mit einem Eintrittsdatum vor dem 2. April 1995 erhalten im Rahmen der Versorgungsordnung II einen altersabhängigen Bausteinplan als Kapitalzusage. Die Summe der in den einzelnen Kalenderjahren erworbenen Kapitalbausteine ergibt das Versorgungskapital, das bei Eintritt des Versorgungsfalls in eine Kapitalauszahlung umgerechnet wird.

Darüber hinaus bestehen für Mitglieder des Vorstands endgehaltsabhängige Zusagen auf lebenslange Rentenzahlungen.

Weiterhin besteht für die Mitarbeiter des DKB-Konzerns ein arbeitnehmerfinanzierter Leistungsplan. Dieser Plan gibt den Mitarbeitern die Möglichkeit, Teile ihrer Entgeltansprüche in ein Versorgungskapital umzuwandeln. Die Versorgungsleistung besteht in einer Kapitalzahlung bei Erreichen der Altersgrenze oder gegebenenfalls zu einem früheren Zeitpunkt aufgrund von Invalidität oder Tod. Das Versorgungskapital wird mit 3,5 % p. a. verzinst.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen sowie der langfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer (Alterszeitregelung) erfolgt durch ein versicherungsmathematisches Gutachten, das von der Mercer Deutschland GmbH (Mercer) erstellt wird. Es werden die unmittelbaren leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen bewertet, wobei die dort vorhandenen Vermögensmittel diesen Verpflichtungen gegenübergestellt werden. Die Berechnung erfolgt nach der „Projected Unit Credit“-Methode (Anwartschaftsbarwertmethode).

Für die Berechnung werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Rechnungszinssatz	1,9 % (Vorjahr: 1,80 %)
Karrieretrend	1,9 % (Vorjahr: 1,00 %)
Gehaltstrend	2,25 % (Vorjahr: 2,25 %)
Rententrend	2,0 % (Vorjahr: 2,00 %)
Pensionsalter	64. Lebensjahr (Vorjahr: 64. Lebensjahr)
Fluktuation	2,0 % (Vorjahr: 2,00 %)
Rechnungsgrundlagen	„Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck

Bei der Festlegung des Rechnungszinses orientiert sich der DKB-Konzern an der Zinsempfehlung von Mercer. Mercer verwendet den Mercer Pension Discount Yield Curve Approach.

Effekte aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne, wie versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Pensionsverpflichtung und aus dem Planvermögen, die aufgrund des Unterschieds von erwarteten und tatsächlichen Werten oder geänderter Annahmen entstehen, werden in der Periode ihrer Entstehung erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis erfasst und als Bestandteil der Gewinnrücklagen im bilanziellen Eigenkapital und analog in den Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand, der aus einer rückwirkenden Planänderung resultiert, wird im Personalaufwand erfasst.

Der DKB-Konzern hat seine Pensionsverpflichtungen nicht durch Planvermögen gedeckt. Der Finanzierungsstatus entspricht somit vollständig dem Pensionsverpflichtungswert.

Die mit den leistungsorientierten Verpflichtungen verbundenen Risiken betreffen die üblichen versicherungsmathematischen Risiken, unter anderem:

- Inflationsrisiken: Mögliche Inflationsrisiken, die zu einem Anstieg der leistungsorientierten Verpflichtungen führen könnten, bestehen insoweit, als es sich bei einigen Plänen um Endgehaltspläne handelt bzw. die jährlichen Kapitalbausteine unmittelbar an die Gehälter gebunden sind.
- Zinsänderungsrisiken: Die Höhe der Nettoverpflichtung wird wesentlich durch die Höhe der Diskontierungszinssätze beeinflusst.

Rückstellungen im Kreditgeschäft

Für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden auf Einzelgeschäftsebene wie auch auf Portfolioebene Rückstellungen im Kreditgeschäft gebildet.

Prozessrückstellungen

Die Prozessrückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Vorsorge für Prozessrisiken, die sich im Kreditgeschäft des Segments Privatkunden aus der Entwicklung der Rechtsprechung der letzten Jahre ergeben haben.

Dabei kann die Bildung von solchen Rückstellungen dem Risiko von Fehleinschätzungen unterliegen. Dies kann sowohl die Einschätzung der Erfolgsaussichten als auch die Höhe der anfallenden Prozesskosten (Risiko der Über- bzw. Unterschätzung) betreffen, während die Höhe der jeweiligen Risiken in den vorliegenden Verfahren meist recht genau beziffert werden kann.

Die Bildung der Rückstellung sowie der Betragshöhe erfolgt unter Berücksichtigung einer qualifizierten Einschätzung sowohl in Bezug auf die Erfolgsaussichten als auch in Bezug auf die voraussichtlichen Prozesskosten und Prozessrisiken, wobei die Einschätzung einzeln je Verfahren vorgenommen wird.

Um mögliche Schätzungsrisiken zu minimieren, erfolgt auf Basis bereits erlangter Informationen eine regelmäßige Überprüfung und Adjustierung der vorgenommenen Einschätzungen.

(22) Sonstige Passiva

In den sonstigen Passiva sind die passiven Rechnungsabgrenzungsposten und sonstigen Verpflichtungen sowie abgegrenzte Schulden enthalten.

(23) Nachrang- und Genussrechtskapital

Im Nachrangkapital werden nachrangige Schuldscheindarlehen sowie sonstige nachrangige Darlehen und die vom DKB-Konzern emittierten Genussscheine ausgewiesen. Der gesamte Bestand ist der Kategorie LaC zugeordnet.

Das Nachrangkapital wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

(24) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 werden Leasingverhältnisse als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse gelten als Operating Leasing.

Derzeit bestehen keine Operating-Leasing- oder Finanzierungsleasingverträge, bei denen der DKB-Konzern als Leasinggeber auftritt.

Die vom DKB-Konzern als Leasingnehmer im Rahmen des Operating Leasing zu leistenden Leasingraten werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Derzeit bestehen keine Finanzierungsleasingverträge, bei denen der DKB-Konzern als Leasingnehmer auftritt.

(25) Steuern

Tatsächliche (laufende) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet. Ertragsteuerforderungen bzw. -verpflichtungen werden insoweit angesetzt, als mit einer Erstattung bzw. Zahlung zu rechnen ist.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ergeben sich aus unterschiedlichen temporären Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen Steuerwert. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- und -entlastungseffekte. Diese wurden für jedes Unternehmen, das in den Konzernabschluss einbezogen wird, mit den jeweils anzuwendenden Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die Periode der Umkehrung der temporären Differenzen aufgrund in Kraft getretener oder bereits verabschiedeter Steuergesetze zu erwarten ist.

Aktive latente Steuern auf bestehende steuerliche Verlustvorträge und abzugsfähige temporäre Differenzen werden nur insoweit bilanziert, als es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft ausreichende zu versteuernde Gewinne anfallen, um diese Steuervorteile nutzen zu können. Soweit bei Konzernunternehmen, die im laufenden oder im vorhergehenden Geschäftsjahr einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, die Verlustvorträge und die abzugsfähigen temporären Differenzen die zu versteuernden temporären Differenzen übersteigen, wurde die Höhe des Ansatzes aktiver latenter Steuern auf der Basis einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. – wenn steuerliche Organschaft besteht – für den jeweiligen Organträger bestimmt.

Eine Abzinsung latenter Steuern erfolgt nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wird erfolgswirksam vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgswirksam behandelt wurde, und wird erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgsneutral behandelt wurde.

In der Bilanz sind die tatsächlichen und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen grundsätzlich in separaten Positionen ausgewiesen.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der BayernLB und der DKB. Die Voraussetzungen einer ertragsteuerlichen Organschaft sind erfüllt. Für die Gesellschaften des Teilorgankreises der DKB sind somit latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten nicht anzusetzen. Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung des DKB-Konzerns im Posten Ertragsteuern ausgewiesen und betrifft die Gesellschaften außerhalb des Organkreises bzw. Steueraufwendungen aus Vorjahren. 2013 wurde zum Erhalt der umsatzsteuerlichen Organschaft ein Beherrschungsvertrag mit der BayernLB geschlossen.

Segmentberichterstattung

(26) Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung erfolgt nach den Regelungen des IFRS 8 und liefert Informationen über die unterschiedlichen Geschäftsfelder des DKB-Konzerns.

Grundlage für die Segmentberichterstattung ist das Geschäftsmodell der DKB in Verbindung mit der strategischen Ausrichtung des BayernLB-Konzerns. Die Segmentierung spiegelt daher die strategischen Geschäftsfelder der Bank wider, die die Basis der internen Steuerungs-, Organisations- und Berichtsstrukturen sind.

Das Konzernergebnis ist nahezu ausschließlich dem deutschsprachigen Raum zuzuordnen. Auf eine regionale Differenzierung wird daher verzichtet.

Die Segmentberichterstattung ist in sechs nachstehend erläuterte Segmente aufgeteilt:

- Im Segment Privatkunden wird das Geschäft mit Privat- und Individualkunden der DKB zusammengefasst. Die wesentlichen Produkte sind die Kontopakete DKB-Cash und DKB-Business (bestehend aus Girokonto und Kreditkarte mit Guthabenverzinsung), Baufinanzierungen und Privatdarlehen, Anlageprodukte sowie das Co-Branding-Kreditkartengeschäft und das DKB-Brokeragegeschäft. Weiterhin sind dem Segment die kundengruppenunterstützenden Gesellschaften DKB Grund GmbH und FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH zugeordnet. Deren Geschäftszweck ist die Vermittlung von Finanzdienstleistungen und Immobilien bzw. das Servicing und die Verwertung von Forderungen, vorrangig aus dem Privatkundengeschäft.
- Das Segment Infrastruktur beinhaltet das Geschäft mit Kunden aus den Bereichen Kommunen und soziale Infrastruktur, Energie und Versorgung, Wohnen sowie Verwaltung. Wesentliche Produkte sind Darlehen, Durchleitungsdarlehen, Termin- und Kontokorrentkredite, Avale, das Einlagengeschäft sowie das Führen von Geschäftskonten einschließlich der Dienstleistungen im Zahlungsverkehr.
- Im Segment Firmenkunden wird das Geschäft mit Kunden aus den Bereichen Umwelttechnik, Landwirtschaft und Ernährung sowie Tourismus dargestellt. Darüber hinaus liegt ein Fokus auf dem Kompetenzzentrum für

Erneuerbare Energien. In dieses Segment fließen auch das Kredit- und Einlagengeschäft mit den strategischen Konzerntöchtern sowie das Leasing- und Konsortialgeschäft ein. Wesentliche Produkte sind Darlehen, Durchleitungsdarlehen, Termin- und Kontokorrentkredite, Avale, das Einlagengeschäft sowie das Führen von Geschäftskonten einschließlich der Dienstleistungen im Zahlungsverkehr. Außerdem sind die Tochterunternehmen DKB Finance GmbH sowie MVC Unternehmensbeteiligungs GmbH diesem Segment zugeordnet, die kundengruppenunterstützend durch Unternehmens- und Venture-Capital-Beteiligungen sowie im Rahmen der Weiterentwicklung gewerblicher Immobilien über Objektbeteiligungen tätig sind.

- Das Segment Finanzmärkte umfasst das Treasury der DKB. Darunter fallen im Wesentlichen das Refinanzierungsgeschäft inklusive Zinsbuchsteuerung, das Einlagengeschäft mit institutionellen Kunden, die Weiterleitung von Kundeneinlagen an die BayernLB im Rahmen des Intragroup-Fundings sowie konzerninterne Geschäfte mit der BayernLB im Rahmen der Liquiditätssteuerung. Des Weiteren sind die Aktivitäten im Rahmen des Depot-A-Geschäfts diesem Segment zugeordnet. Dies betrifft vor allem die Steuerung des für das Kerngeschäft notwendigen Wertpapierbestands (inklusive des aufsichtsrechtlichen Liquiditätsportfolios) sowie das Geschäft mit den DKB-Publikumsfonds. Darüber hinaus ist das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen der DKB dem Segment Finanzmärkte zugeordnet.
- Im Segment Nicht-Kerngeschäft werden die nicht mehr strategiekonformen Geschäfte dargestellt, die im Rahmen des übergeordneten Restrukturierungskonzepts des BayernLB-Konzerns abgebaut werden. Dazu zählen ausgewählte Kundenportfolios, Wertpapierbestände und Beteiligungen inklusive des Kredit- und Einlagengeschäfts der DKB mit diesen Beteiligungen.
- Das Segment Sonstiges beinhaltet übergreifende Geschäftsvorfälle sowie Ergebnisbeiträge, die nicht verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt werden können. Dies sind unter anderem der zentrale Verwaltungsaufwand, die Beteiligungserträge von Tochterunternehmen, die Bankenabgabe, Einlagensicherung und Aufsichtsgebühren für die DKB sowie sonstige Sondereffekte. Die Tätigkeit der DKB Service GmbH wird ebenfalls in diesem Segment dargestellt. Ihre wesentlichen Tätigkeitsfelder sind die Bearbeitung

von Backoffice-Aufgaben für den DKB-Konzern, die Abwicklung des standardisierten Massengeschäfts für die DKB-Produkte sowie das Erbringen von Dienstleistungen für die Konzerngesellschaften. In den Vorjahreszahlen wurde diesem Segment im Ergebnis aus Finanzanlagen der Veräußerungsgewinn der Visa Europe Limited von 131,8 Mio. EUR zugeordnet.

Die Segmentinformationen basieren auf der betriebswirtschaftlichen internen Deckungsbeitragsrechnung sowie auf den Daten des externen Rechnungswesens.

Grundsätzlich werden sämtliche Konsolidierungseffekte innerhalb des DKB-Konzerns in der Überleitungsspalte dargestellt. Für das Ergebnis des aktuellen Jahres sind dies im Zinsüberschuss insbesondere Konsolidierungsbuchungen aus Ergebnisverrechnungen zwischen Konzerngesellschaften sowie die Konsolidierungssachverhalte zwischen der DKB und der DKB Service GmbH. Durch die Konsolidierung der DKB Service GmbH werden sowohl im Segment Sonstiges als auch in der Konsolidierung insbesondere die Positionen Verwaltungsaufwand, Sonstiges Ergebnis und Provisionsergebnis deutlich beeinflusst. In Summe sind diese Effekte für das Ergebnis des Konzerns jedoch von untergeordneter Bedeutung. Davon abweichend werden Konsolidierungsbuchungen in der Position Restrukturierungsergebnis dem Segment Nicht-Kerngeschäft zugeordnet. Im Ergebnis des aktuellen Berichtsjahres gibt es keine darüber hinausgehenden erläuterungspflichtigen Überleitungspositionen.

Intrasegmentäre Transaktionen sind lediglich in der Position Zinsüberschuss der Segmente Nicht-Kerngeschäft und Firmenkunden enthalten und betreffen das Kredit- und Einlagengeschäft der jeweiligen Konzerntöchter. Dies betrifft ein Segmentvermögen von insgesamt 83,6 Mio. EUR ohne wesentliche intrasegmentäre Erträge. Es bestehen keine Abhängigkeiten von wesentlichen Kunden gemäß IFRS 8.34.

Der Zinsüberschuss der DKB wird für die interne Steuerung der Geschäftsfelder auf der Basis von Teilbankbilanzen erhoben und auf die Marktzinsmethode für Zwecke der Kundengruppensteuerung übergeleitet. Zinserträge und -aufwendungen der Tochterunternehmen werden im jeweils zugeordneten Segment dargestellt. Besonderheiten der IFRS-Rechnungslegung sind – soweit eine direkte Zuordnung möglich ist – in den jeweiligen Segmenten berücksichtigt.

In Übereinstimmung mit der IFRS-Rechnungslegung wurde das Provisionsergebnis auf Basis der Geschäftsherkunft mit Daten des internen Reportings und des externen Rechnungswesens auf die Segmente verteilt.

Die Risikovorsorge, die Ergebnisse aus der Fair-Value-Bewertung, aus Sicherungsgeschäften und aus Finanzanlagen sowie das sonstige Ergebnis werden nach den Grundsätzen der IFRS ermittelt. Der Verwaltungsaufwand der jeweiligen Segmente enthält alle direkt zuordenbaren Personal- und Sachaufwendungen, allokierte indirekte Verwaltungsaufwendungen (insbesondere zentrale Vertriebs- und IT-Kosten) sowie Umlagen von Overheadkosten. Das Restrukturierungsergebnis enthält Aufwendungen aus Abbaumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Restrukturierungskonzepts sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen für nicht konzernstrategische Tochtergesellschaften. Daher wird es im Segment Nicht-Kerngeschäft ausgewiesen.

Das Segmentvermögen wird grundsätzlich auf Basis der bilanziellen Werte ermittelt. Eine Ausnahme bilden die Kundenforderungen, die mit Nominalwerten ausgewiesen werden. Der Unterschiedsbetrag von 98,1 Mio. EUR (31. Dezember 2016: 73,2 Mio. EUR) sowie der Bestand der Risikovorsorge auf Forderungen der DKB von –351,9 Mio. EUR (31. Dezember 2016: –444,5 Mio. EUR) sind in der Überleitungsspalte enthalten.

Das durchschnittliche wirtschaftliche Eigenkapital wird auf Basis des aufsichtsrechtlichen harten Kernkapitals ermittelt und entsprechend den durchschnittlichen, allokierten Risikopositionen gemäß den aufsichtsrechtlichen Meldekennziffern (Risikoaktiva und Marktrisiken gemäß Kreditrisiko-Standardansatz nach Artikel 111 ff. der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie operationelle Risiken) zugeordnet.

Der Return on Equity (ROE) ermittelt sich als Quotient zwischen dem Ergebnis vor Steuern und dem zugeordneten durchschnittlichen Eigenkapital. Das Verhältnis des Verwaltungsaufwands zur Summe der Ergebnispositionen Zinsüberschuss, Provisionsergebnis, Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung, Ergebnis aus Sicherungsgeschäften, Ergebnis aus Finanzanlagen und Sonstiges Ergebnis wird in der Cost Income Ratio (CIR) dargestellt. Die Kennzahlen werden für alle marktrelevanten Geschäftsfelder erhoben. Für das Segment Sonstiges wird aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft auf die Erhebung und Angabe dieser Kennzahlen verzichtet.

Gegenüber dem Vorjahresbericht haben sich Zuordnungen zu den Segmenten verändert. Die entsprechenden Vergleichszahlen des Vorjahres wurden angepasst.

Segmentberichterstattung 31.12.2017

in Mio. EUR	Privatkunden	Infrastruktur	Firmenkunden	Finanzmärkte	Nicht-Kerngeschäft	Sonstiges	Überleitung/ Konsolidierung	Konzern
Zinsüberschuss	394,3	316,9	160,5	41,8	6,1	20,8	-5,2	935,2
Risikovorsorge	-43,9	-22,8	-51,4	-0,0	-8,5	-0,7	-	-127,3
Provisionsergebnis	-76,0	3,6	25,2	-2,6	0,2	2,1	8,3	-39,2
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-	-	-	89,7	-	-	-	89,7
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	-	-	-	-124,2	-	-	-	-124,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	0,0	20,8	-	-	-	20,8
Verwaltungsaufwand	-206,9	-88,4	-65,1	-6,6	-16,9	-201,0	138,6	-446,3
Aufwendungen aus Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht	-	-	-	-	-	-37,4	-	-37,4
Sonstiges Ergebnis	6,1	-2,1	-9,3	-	1,9	144,6	-144,4	-3,2
Restrukturierungsergebnis	-	-	-	-	-3,4	-	-	-3,4
Ergebnis vor Steuern	73,6	207,2	59,9	18,9	-20,6	-71,6	-2,7	264,7
Segmentvermögen	12.976,2	37.982,0	13.314,6	11.023,7	320,2	2.133,4	-427,2	77.322,9
Risikopositionen	7.453,7	11.798,0	12.176,7	242,8	229,1	183,6	-	32.083,9
Durchschnittliches wirtschaftliches Eigenkapital	641,5	995,6	1.060,3	22,3	25,2	19,1	-	2.764,0
Return on Equity (ROE)	11,5%	20,8%	5,6%	84,8%	-81,7%			9,6%
Cost Income Ratio (CIR)	63,8%	27,8%	36,9%	25,9%	>100%			50,8%

Segmentberichterstattung 31.12.2016

in Mio. EUR	Privatkunden	Infrastruktur	Firmenkunden	Finanzmärkte	Nicht-Kerngeschäft	Sonstiges	Überleitung/ Konsolidierung	Konzern
Zinsüberschuss	422,5	244,8	147,9	-33,7	7,6	11,9	-5,9	795,1
Risikovorsorge	-61,7	-7,9	-37,5	-	-20,9	-0,7	-	-128,7
Provisionsergebnis	-32,0	1,4	28,6	-2,2	0,6	5,6	4,9	6,9
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-	-	-	46,3	-0,1	-	-	46,2
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	-	-	-	-94,4	-	-	-	-94,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	0,1	24,4	4,5	131,8	-	160,8
Verwaltungsaufwand	-206,0	-79,0	-56,2	-4,8	-17,5	-184,6	131,1	-417,0
Aufwendungen aus Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht	-	-	-	-	-	-29,8	-	-29,8
Sonstiges Ergebnis	-1,1	-0,1	-1,5	-	0,7	135,1	-138,1	-5,0
Restrukturierungsergebnis	-	-	-	-	-2,9	-	-	-2,9
Ergebnis vor Steuern	121,7	159,2	81,4	-64,4	-28,0	69,3	-8,0	331,2
Segmentvermögen	13.464,2	36.620,4	12.757,3	11.991,6	526,3	1.747,6	-585,1	76.522,3
Risikopositionen	7.344,6	11.282,4	11.615,3	245,5	374,9	191,4	-	31.054,1
Durchschnittliches wirtschaftliches Eigenkapital	638,3	955,6	989,7	26,7	41,9	13,3	-	2.665,5
Return on Equity (ROE)	19,1%	16,7%	8,2%	<-100%	-66,8%			12,4%
Cost Income Ratio (CIR)	52,9%	32,1%	32,1%	-8,1%	>100%			45,8%

Angaben zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

(27) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2017	2016
Zinserträge	1.876,1	2.064,8
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.853,7	2.041,7
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	17,7	19,5
Laufende Erträge	4,7	3,6
Positive Zinsaufwendungen	2,2	0,6
Zinsaufwendungen	-897,7	-1.247,1
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-505,5	-705,0
Zinsaufwendungen für Derivate des Hedge Accounting	-218,3	-410,2
Zinsaufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten	-42,1	-41,2
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	-20,9	-18,4
Zinsaufwendungen für Derivate in wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen	-90,1	-44,1
Sonstige Zinsaufwendungen	-20,8	-28,2
Negative Zinserträge	-45,4	-23,2
Insgesamt	935,2	795,1

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, beträgt der gesamte Zinsertrag 1.878,3 Mio. EUR (Vorjahr: 2.065,2 Mio. EUR) und der gesamte Zinsaufwand 608,4 Mio. EUR (Vorjahr: 799,6 Mio. EUR).

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Erträge aus wertberichtigten Forderungen (Unwinding-Effekt) von 7,1 Mio. EUR (Vorjahr: 10,3 Mio. EUR) enthalten.

In den laufenden Erträgen sind Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,1 Mio. EUR) enthalten.

(28) Risikovorsorge

in Mio. EUR	2017	2016
Zuführungen	-194,0	-190,9
Wertberichtigungen auf Forderungen	-186,9	-184,5
Rückstellungen im Kreditgeschäft	-7,1	-6,4
Auflösungen	54,4	50,5
Wertberichtigungen auf Forderungen	53,7	43,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,7	7,1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12,3	11,7
Insgesamt	-127,3	-128,7

Die Beträge beziehen sich sowohl auf das bilanzielle als auch auf das außerbilanzielle Kreditgeschäft.

(29) Provisionsergebnis

in Mio. EUR	2017	2016
Zahlungsverkehr	-55,5	-56,6
Kreditkartengeschäft	8,6	54,5
Sonstiges	7,7	9,0
Insgesamt	-39,2	6,9

Das Provisionsergebnis setzt sich aus Provisionserträgen von 329,7 Mio. EUR (Vorjahr: 329,1 Mio. EUR) saldiert mit Provisionsaufwendungen von -368,9 Mio. EUR (Vorjahr: -322,3 Mio. EUR) zusammen.

Provisionserträge von 318,4 Mio. EUR (Vorjahr: 316,9 Mio. EUR) und Provisionsaufwendungen von -340,2 Mio. EUR (Vorjahr: -293,9 Mio. EUR) resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Berichtsperiode nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

(30) Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung

in Mio. EUR	2017	2016
Handelsergebnis	89,7	46,3
Zinsbezogene Geschäfte	89,3	45,0
Währungsbezogene Geschäfte	0,4	1,3
Fair-Value-Ergebnis aus der Fair-Value-Option	-	-0,1
Insgesamt	89,7	46,2

Die laufenden Ergebnisse aus den Derivaten in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

**(31) Ergebnis aus Sicherungsgeschäften
(Hedge Accounting)**

in Mio. EUR	2017	2016
Bewertungsergebnis aus Fair Value Hedges (Portfolio-Hedges)		
Bewertungsergebnis der Grundgeschäfte	-51,7	176,0
Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente	251,9	219,8
Amortisation des Portfolio-Hedge-Adjustment	-324,4	-490,2
Insgesamt	-124,2	-94,4

(32) Ergebnis aus Finanzanlagen

in Mio. EUR	2017	2016
Ergebnis aus AfS-Finanzanlagen	20,8	28,9
Veräußerungsergebnis	20,8	28,9
Ergebnis aus LaR-Finanzanlagen	0,0	0,1
Ergebnis aus sonstigen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	131,8
Insgesamt	20,8	160,8

(33) Verwaltungsaufwand

in Mio. EUR	2017	2016
Personalaufwand	-228,0	-213,9
Löhne und Gehälter	-183,8	-174,7
Soziale Abgaben	-30,2	-28,9
davon Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung	-13,2	-12,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-14,0	-10,3
davon Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne	-6,7	-5,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	-210,6	-196,4
DV-Kosten	-73,5	-71,4
Beiträge, Rechts- und Beratungskosten	-45,5	-33,0
Werbung	-27,8	-33,6
Gebäudekosten (Non-Investment Properties)	-21,9	-20,3
Kommunikations- und sonstige Vertriebskosten	-19,3	-18,0
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	-22,6	-20,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-7,7	-6,7
Insgesamt	-446,3	-417,0

(34) Aufwendungen aus Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht

in Mio. EUR	2017	2016
Bankenabgabe	-19,6	-17,6
Einlagensicherung	-14,9	-9,8
Bankenaufsicht	-2,9	-2,4
Insgesamt	-37,4	-29,8

(35) Sonstiges Ergebnis

in Mio. EUR	2017	2016
Sonstige Erträge	42,0	36,2
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7,7	1,3
Übrige sonstige Erträge	34,3	34,9
Sonstige Aufwendungen	-45,2	-41,2
Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen	-0,3	-0,3
Übrige sonstige Aufwendungen	-44,9	-40,9
Insgesamt	-3,2	-5,0

(36) Restrukturisierungsergebnis

Die laufenden Restrukturierungsaufwendungen ergeben sich aus der Umsetzung der für den DKB-Konzern als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Abbaustrategie bei Tochterunternehmen.

(37) Ertragsteuern

in Mio. EUR	2017	2016
Tatsächliche Ertragsteuern	-2,0	-4,4
In- und ausländische Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag	-1,0	-0,9
Gewerbsteuer/ausländische lokale Steuer	-1,0	-3,5
Latente Ertragsteuern	0,5	0,1
In- und ausländische Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag	0,5	0,1
Gewerbsteuer/ausländische lokale Steuer	0,0	0,0
Insgesamt	-1,5	-4,3

Die tatsächlichen Ertragsteuern ergeben sich aus laufenden Steuerzahlungen von nicht zum ertragsteuerlichen Organkreis der BayernLB gehörenden Gesellschaften.

Der effektive Steueraufwand ist im Geschäftsjahr um 83,2 Mio. EUR geringer als der erwartete Steueraufwand. Dies resultiert aus:

in Mio. EUR	2017	2016
Ergebnis vor Steuern	264,7	331,2
Konzernertragsteuersatz in %	32,0	32,0
Erwarteter Ertragsteueraufwand	84,7	105,8
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	0,2	2,6
Auswirkungen der Organschaft mit der BayernLB		
aus bilanziellen Differenzen	5,6	8,5
aus Bemessungsgrundlagentransfers	-96,4	-123,7
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben	7,2	5,9
Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Art	-0,2	4,8
Sonstige Auswirkungen	0,4	0,4
Effektiver Ertragsteueraufwand	1,5	4,3
Effektiver Ertragsteuersatz in %	0,6	1,3

Der erwartete Ertragsteueraufwand wurde mit dem für die BayernLB als Organträger anzuwendenden Steuersatz berechnet, der sich aus einem Körperschaftsteuersatz von 15,0%, einem Solidaritätszuschlag von 5,5% und einem gewichteten Gewerbesteuersatz von 16,1% ergibt.

Angaben zur Konzern-Bilanz

(38) Barreserve

in Mio. EUR	2017	2016
Kassenbestand	9,8	9,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.733,0	1.419,3
Insgesamt	1.742,8	1.428,6

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken werden in Euro bei verschiedenen Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank unterhalten.

(39) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an inländische Kreditinstitute	4.601,6	5.355,2
Forderungen an ausländische Kreditinstitute	–	10,3
Insgesamt	4.601,6	5.365,5

Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Täglich fällig	3.520,9	2.176,8
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	451,5	1.251,8
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	603,7	1.263,6
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	14,2	664,1
mehr als 5 Jahre	11,3	9,2
Insgesamt	4.601,6	5.365,5

(40) Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an inländische Kunden	63.985,1	62.662,5
Forderungen an ausländische Kunden	567,1	565,8
Insgesamt	64.552,2	63.228,3

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	4.076,8	3.963,1
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	4.060,4	3.816,2
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	17.016,2	16.447,6
mehr als 5 Jahre	38.695,9	38.321,0
Unbestimmte Laufzeiten	702,9	680,4
Insgesamt	64.552,2	63.228,3

Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen bestehen derzeit nicht.

(41) Risikovorsorge**Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden**

in Mio. EUR	2017	2016
Stand zum 01.01.	-385,0	-369,7
Erfolgswirksame Veränderungen	-89,8	-110,0
Zuführungen	-150,7	-163,6
Auflösungen	53,7	43,3
Unwinding	7,2	10,3
Erfolgsneutrale Veränderungen	217,2	94,7
Verbrauch	217,2	94,7
Stand zum 31.12.	-257,6	-385,0

Für Forderungen an Kreditinstitute wurden im Geschäftsjahr keine Einzelwertberichtigungen gebildet.

Aufgliederung der Einzelwertberichtigungen nach Branchen

in Mio. EUR	2017	2016
Private Kunden	-103,7	-168,8
Immobilienfinanzierungen	-59,8	-90,5
Erneuerbare Energien	-50,7	-42,8
Verarbeitendes Gewerbe	-	-31,9
Gesundheitswesen	-17,1	-20,4
Nahrungsmittelindustrie	-15,2	-21,0
Sonstige	-11,1	-9,6
Insgesamt	-257,6	-385,0

Portfoliowertberichtigungen für Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
Stand zum 01.01.	-63,8	-59,8
Erfolgswirksame Veränderungen	-35,5	-20,0
Zuführungen	-35,5	-20,1
Auflösungen	0,0	0,1
Erfolgsneutrale Veränderungen	-	16,0
Verbrauch	-	16,0
Stand zum 31.12.	-99,3	-63,8

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum Bilanzstichtag Portfoliowertberichtigungen von 18 TEUR (Vorjahr: 21 TEUR).

Der Gesamtbetrag der zinslos gestellten Kredite belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 416,1 Mio. EUR (Vorjahr: 581,2 Mio. EUR).

Im Berichtszeitraum wurden Forderungen von 21,1 Mio. EUR direkt abgeschrieben. Die Direktabschreibungen werden seit dem Berichtsjahr als Verbrauch von Einzelwertberichtigungen dargestellt. Im Vorjahr (gesamtes Vorjahr: 16,0 Mio. EUR) erfolgte der Ausweis noch unter den Portfoliowertberichtigungen.

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Die Risikovorsorge auf LaR-Wertpapierbestände wird unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

(42) Aktives Portfolio-Hedge-Adjustment

Das Hedge Adjustment zinsgesicherter Forderungen im Portfolio-Fair-Value-Hedge beträgt 455,4 Mio. EUR (Vorjahr: 831,4 Mio. EUR). Dem stehen auf der Passivseite unter dem Posten Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting) und auf der Aktivseite unter dem Posten Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting) die Marktwerte der Sicherungsgeschäfte gegenüber.

(43) Handelsaktiva

in Mio. EUR	2017	2016
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	3,6	4,3
Insgesamt	3,6	4,3

Der Bestand an positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten enthält nur inländische derivative Finanzinstrumente und teilt sich auf in zinsbezogene Geschäfte von 3,4 Mio. EUR (Vorjahr: 4,2 Mio. EUR) und währungsbezogene Geschäfte von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,1 Mio. EUR).

Aufgliederung der Handelsaktiva nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	0,2	0,2
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	–	–
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	–	–
mehr als 5 Jahre	3,4	4,1
Insgesamt	3,6	4,3

(44) Finanzanlagen

in Mio. EUR	2017	2016
AfS-Finanzanlagen	6.027,9	5.865,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.832,2	5.636,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	141,5	164,7
Sonstige Finanzanlagen	54,2	64,3
LaR-Finanzanlagen	–	15,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	15,0
Insgesamt	6.027,9	5.880,1

In den Finanzanlagen sind Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen von 7,7 Mio. EUR (Vorjahr: 8,7 Mio. EUR) enthalten.

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig:

in Mio. EUR	2017	2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.832,2	5.651,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	133,9	156,7
Insgesamt	5.966,1	5.807,80

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2017	2016
Aktien	–	–
Investmentanteile	141,5	164,7
Insgesamt	141,5	164,7

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beinhalten ausschließlich Anleihen und Schuldverschreibungen. Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 5.832,2 Mio. EUR (Vorjahr: 5.635,8 Mio. EUR) beleihbar bei

Zentralnotenbanken. Davon sind 398,5 Mio. EUR (Vorjahr: 306,8 Mio. EUR) im Folgejahr fällig (inklusive anteiliger Zinsen).

Aufgliederung der Finanzanlagen nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	15,5	75,2
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	383,1	231,6
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	3.509,6	3.184,7
mehr als 5 Jahre	1.944,0	2.194,5
Unbestimmte Laufzeiten	175,7	194,1
Insgesamt	6.027,9	5.880,1

(45) Ertragsteueransprüche

in Mio. EUR	2017	2016
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0,0	0,2
Latente Ertragsteueransprüche (nach Saldierung)	0,3	0,0
Insgesamt	0,3	0,2

Die Ertragsteueransprüche sind ausschließlich im Inland entstanden.

Steuerliche Verlustvorträge

in Mio. EUR	2017	2016
Verlustvorträge Körperschaftsteuer	122,8	122,2
Verlustvorträge Gewerbesteuer	90,4	90,4

Auf die vororganschaftlichen Verlustvorträge wurden aufgrund der Organschaft zur BayernLB keine aktiven latenten Steuern gebildet; sie sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Verlustvorträgen erfolgt auf der Grundlage steuerlicher Planungsrechnungen. Bei den ertragsteuerlichen Organgesellschaften wurden aktive latente Steuern auf Verlustvorträge nicht gebildet.

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. EUR	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	13.250,7	13.301,6
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	1.130,4	1.208,4
Insgesamt	14.381,1	14.510,0

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Täglich fällig	251,6	67,0
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	377,0	345,9
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.009,3	1.221,8
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	4.402,9	4.572,2
mehr als 5 Jahre	8.340,3	8.303,1
Insgesamt	14.381,1	14.510,0

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
Spareinlagen	353,5	370,4
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	353,5	370,4
Andere Verbindlichkeiten	53.577,5	53.067,6
täglich fällig	43.945,3	39.998,3
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.632,2	13.069,3
Insgesamt	53.931,0	53.438,0

in Mio. EUR	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden	52.942,9	52.483,6
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	988,1	954,4
Insgesamt	53.931,0	53.438,0

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Täglich fällig	43.945,3	39.998,3
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	4.276,0	8.191,4
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	396,5	318,4
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	2.417,6	1.512,6
mehr als 5 Jahre	2.895,6	3.417,3
Insgesamt	53.931,0	53.438,0

(48) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Begebene Schuldverschreibungen		
Hypothekenpfandbriefe	2.304,5	2.416,3
Öffentliche Pfandbriefe	1.423,5	1.542,7
Sonstige Schuldverschreibungen	997,1	500,0
Insgesamt	4.725,1	4.459,0

Im Geschäftsjahr wurden Inhaberschuldverschreibungen von nominal 500,0 Mio. EUR (Vorjahr: 500,0 Mio. EUR) und keine Öffentlichen Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe (Vorjahr: 60,0 Mio. EUR) emittiert. Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe wurden in Höhe von nominal 230,0 Mio. EUR (Vorjahr: 200,0 Mio. EUR) zurückgezahlt.

Aufgliederung der verbrieften Verbindlichkeiten nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	526,4	46,6
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	92,5	210,0
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	1.464,2	1.997,0
mehr als 5 Jahre	2.642,0	2.205,4
Insgesamt	4.725,1	4.459,0

(49) Handelspassiva

in Mio. EUR	2017	2016
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	22,3	53,4
Insgesamt	22,3	53,4

Die Handelspassiva enthalten nur inländische Geschäfte (Vorjahr: 30,0 Mio. EUR inländische und 23,4 Mio. EUR ausländische Geschäfte) und teilen sich auf in zinsbezogene

Geschäfte von 22,2 Mio. EUR (Vorjahr: 53,3 Mio. EUR) und währungsbezogene Geschäfte von 0,1 Mio. EUR (Vorjahr: 0,1 Mio. EUR).

Aufgliederung der Handelspassiva nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	19,5	13,6
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	0,1	36,5
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	–	–
mehr als 5 Jahre	2,7	3,3
Insgesamt	22,3	53,4

(50) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

in Mio. EUR	2017	2016
Negative Marktwerte aus Fair Value Hedges (Portfolio-Hedges)	17,7	119,2
Insgesamt	17,7	119,2

Die Sicherungsgeschäfte betreffen in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Aufgliederung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	0,0	–
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	0,0	59,5
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	14,2	57,6
mehr als 5 Jahre	3,5	2,1
Insgesamt	17,7	119,2

(51) Rückstellungen

in Mio. EUR	2017	2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	80,7	78,1
Andere Rückstellungen	83,7	65,2
Rückstellungen im Kreditgeschäft	15,2	13,3
Sonstige Rückstellungen	68,5	51,9
Insgesamt	164,4	143,3

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten die Verpflichtungen zur Leistung von betrieblicher Altersvorsorge. Der DKB-Konzern nutzt den sogenannten Durchführungsweg der unmittelbaren

Zusage (Unfunded Plan). Die Defined Benefit Obligation (DBO) wurde bestimmt als der Barwert aller Versorgungsleistungen zum Bilanzstichtag, der zeitanteilig am Bilanzstichtag bereits verdient ist.

Entwicklung des Buchwerts (entspricht auch dem Barwert) der Pensionsverpflichtungen

in Mio. EUR	2017	2016
Stand zum 01.01.	78,1	68,7
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–
Laufender Dienstzeitaufwand	3,8	3,8
Zinsaufwand	1,4	1,6
Veränderungen aus der Neubewertung	–1,4	8,2
Beiträge der Teilnehmer des Plans	0,1	0,1
Gezahlte Leistungen	–1,4	–1,2
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–3,1
Planabgeltungen	–	–
Stand zum 31.12.	80,6	78,1

Die Veränderungen aus der Neubewertung umfassen die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste aus der Veränderung des Barwerts der Pensionsverpflichtun-

gen. Die Veränderungen aus der Neubewertung werden erfolgsneutral im Eigenkapital unter den Gewinnrücklagen erfasst.

Sensitivität der wesentlichen Bewertungsparameter

in Mio. EUR	Anstieg um 0,5 Prozentpunkte	Rückgang um 0,5 Prozentpunkte
Diskontierungszinssatz	–5,8	6,5
Gehaltsdynamik und Rententrend ¹	3,4	–3,1

¹ Für die Sensitivitätsberechnungen werden Gehaltsdynamik und Rententrend gemeinsam betrachtet.

Die Verlängerung der Lebenserwartung (Biometrie) um ein Jahr würde einen Effekt von 1,7 Mio. EUR verursachen.

Entwicklung des Fair Values des Planvermögens
Der DKB-Konzern bilanziert im Berichtszeitraum kein Planvermögen.

Erfolgswirksam erfasster Aufwand für Pensionsverpflichtungen

in Mio. EUR	2017	2016
Laufender Dienstzeitaufwand (Verwaltungsaufwand)	3,8	3,8
Nettozinsaufwand aus Pensionsrückstellungen (Zinsaufwand)	1,4	1,6
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand (Verwaltungsaufwand)	–	–3,1
Ertrag/Aufwand aus Planabgeltungen (Verwaltungsaufwand)	–	–
Insgesamt	5,2	2,3

Andere Rückstellungen

in Mio. EUR	Rückstellungen im Kreditgeschäft						Insgesamt	
	Einzel- geschäftsebene		Portfolio- ebene		Sonstige Rückstellungen			
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 01.01.	10,4	11,2	2,8	2,7	51,9	38,7	65,1	52,6
Verbrauch	0,0	0,0	–	–	–17,9	–7,8	–17,9	–7,8
Auflösungen	–0,6	–6,4	0,0	–0,7	–7,7	–1,3	–8,3	–8,4
Zuführungen	6,7	5,6	0,4	0,8	38,9	22,8	46,0	29,2
Umbuchungen	–4,5	–	–	–	3,3	–0,5	–1,2	–0,5
Stand zum 31.12.	12,0	10,4	3,2	2,8	68,5	51,9	83,7	65,1

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die folgenden Positionen:

in Mio. EUR	2017	2016
Rückstellungen für Prozesskosten und Rechtsrisiken	35,2	27,8
Rückstellungen für den Personalbereich	14,6	14,5
Restrukturierungsrückstellungen	4,3	4,4
Rückstellungen für Archivierungskosten	3,5	3,5
Sonstige Rückstellungen	10,9	1,7
Insgesamt	68,5	51,9

Abgezinste Rückstellungen wurden im Geschäftsjahr um 62 TEUR (Vorjahr: 8 TEUR) aufgezinst. Die Änderung des Abzinsungssatzes führte zu einer Rückstellungsreduzierung von 0 TEUR (Vorjahr: Erhöhung von 324 TEUR).

Von den anderen Rückstellungen sind 39,5 Mio. EUR (Vorjahr: 39,6 Mio. EUR) nach mehr als zwölf Monaten fällig.

(52) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. EUR	2017	2016
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	1,2	0,4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,5
Insgesamt	1,2	0,9

Die Ertragsteuerverpflichtungen sind ausschließlich im Inland entstanden.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	0,4	0,6
Risikovorsorge	1,3	1,1
Sonstige Aktiva einschließlich immaterieller Vermögenswerte	0,2	0,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen (vor Saldierung)	1,9	1,7
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-1,9	-1,2
Insgesamt	0,0	0,5

Die Veränderung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen (vor Saldierung) wurde mit 1,5 Mio. EUR erfolgswirksam und mit 0,4 Mio. EUR erfolgsneutral berücksichtigt.

Der Bestand an erfolgsneutral gegen die Neubewertungsrücklage (Neubewertungsrücklage aus AfS-Instrumenten) gebuchten latenten Steuern beträgt (vor Saldierung) 0,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,6 Mio. EUR).

(53) Sonstige Passiva

in Mio. EUR	2017	2016
Gewinnabführung an die BayernLB	–	256,9
Abgegrenzte Schulden	78,6	67,9
Rechnungsabgrenzungsposten	27,5	12,6
Sonstige Verpflichtungen	33,8	35,2
Insgesamt	139,9	372,6

Die abgegrenzten Schulden enthalten vor allem ausstehende Rechnungen von 38,2 Mio. EUR (Vorjahr: 30,6 Mio. EUR), Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt (ohne Ertragsteuerverbindlichkeiten) von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr:

7,7 Mio. EUR) sowie kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer von 13,6 Mio. EUR (Vorjahr: 14,6 Mio. EUR).

Die Verpflichtungen sind alle kurzfristig zu erfüllen.

(54) Nachrangkapital

in Mio. EUR	2017	2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	607,9	380,0
Zusätzliches aufsichtsrechtliches Kernkapital	50,0	–
Genussrechtskapital	26,8	26,8
Insgesamt	684,7	406,8

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind vertraglich so ausgestattet, dass im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der DKB eine Rückerstattung erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger erfolgt. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung auf Verlangen der Gläubiger kann nicht entstehen. Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gemäß Artikel 62 CRR sind bei der DKB für einen Bestand von nominal 594,0 Mio. EUR erfüllt.

In den nachrangigen Verbindlichkeiten sind anteilige Zinsen von 14,1 Mio. EUR (Vorjahr: 12,0 Mio. EUR) enthalten. Der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt im Geschäftsjahr 19,8 Mio. EUR (Vorjahr: 16,3 Mio. EUR). Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital beträgt im Geschäftsjahr 1,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,1 Mio. EUR).

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten sind 11 Mio. EUR vor Ablauf von zwei Jahren fällig (Vorjahr: 29,3 Mio. EUR).

Im Geschäftsjahr wurde erstmalig eine unbesicherte nachrangige Namensschuldverschreibung in Höhe von 50 Mio. EUR begeben. Das Instrument ist qualifiziert als zusätzliches Kernkapital nach Artikel 52 CRR.

Das Genussrechtskapital ist ebenfalls zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gemäß Artikel 62 CRR anrechenbar. Im Geschäftsjahr wurden keine Genussrechte begeben (Vorjahr: 5,4 Mio. EUR).

Aufgliederung des Nachrangkapitals nach Laufzeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	16,1	13,2
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	3,0	23,0
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	138,8	143,8
mehr als 5 Jahre	450,0	200,0
mit unbestimmter Restlaufzeit	76,8	26,8
Insgesamt	684,7	406,8

(55) Eigenkapital

in Mio. EUR	2017	2016
Gezeichnetes Kapital	339,3	339,3
satzungsmäßiges Grundkapital	339,3	339,3
Kapitalrücklage	1.414,4	1.414,4
Gewinnrücklagen	1.093,4	1.024,0
gesetzliche Rücklage	242,4	242,4
Rücklage aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne	-27,9	-29,3
andere Gewinnrücklagen	878,9	810,9
Neubewertungsrücklage	133,5	161,7
Konzernbilanzgewinn	274,9	79,7
Insgesamt	3.255,5	3.019,1

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital ist in 130,5 Millionen nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Zuzahlungen der Gesellschafter in das Eigenkapital enthalten.

Gewinnrücklagen

Unter den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Sie untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und andere Gewinnrücklagen.

Rücklage aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne

Dieser Unterposten der Gewinnrücklagen enthält die erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse aus der Neubewertung leistungsorientierter Pensionspläne. Darauf entfallende latente Steuern sind separat ausgewiesen.

in Mio. EUR	2017	2016
Stand zum 01.01.	-29,3	-21,1
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus der Pensionsrückstellung	1,4	-8,2
davon: aus der Pensionsverpflichtung	1,4	-8,2
Veränderung der erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern	0,0	0,0
Stand zum 31.12.	-27,9	-29,3

Neubewertungsrücklage

Diese Position enthält die erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von AfS-Finanzinstrumenten sowie von aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten. Darauf entfallende latente Steuern sind separat ausgewiesen.

Die Neubewertungsrücklage hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	2017	2016
Stand zum 01.01.	161,7	250,1
AfS-Finanzinstrumente		
erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	-6,9	45,3
Veränderungen der erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern	0,2	0,3
erfolgswirksame Bewertungsänderungen	-21,5	-17,0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte		
erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	-	12,5
erfolgswirksame Bewertungsänderungen	-	-129,5
Stand zum 31.12.	133,5	161,7

In den erfolgswirksamen Bewertungsänderungen der AfS-Finanzinstrumente ist die Amortisierung der in die Kategorie LaR umklassifizierten Wertpapierbestände von 14 TEUR (Vorjahr: 0,3 Mio. EUR) enthalten.

Konzernbilanzgewinn

Mit der BayernLB besteht ein Ergebnisabführungs- und ein Beherrschungsvertrag.

Zum Stichtag bestanden keine Anteile nicht beherrschender Gesellschafter.

Angaben zu Finanzinstrumenten

Bezüglich der Angaben zu den sich aus Finanzinstrumenten ergebenden Risiken gemäß IFRS 7 wird ergänzend zu den folgenden Ausführungen auch auf den Risikobericht im Lagebericht des DKB-Konzerns verwiesen.

(56) Fair Value und Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten

Fair Value von Finanzinstrumenten¹

in Mio. EUR	Fair Value		Buchwert	
	2017	2016	2017	2016
Aktiva	80.506,5	80.271,2	77.354,6	76.693,6
Barreserve	1.742,8	1.428,6	1.742,8	1.428,6
Forderungen an Kreditinstitute	4.606,9	5.372,5	4.601,6	5.365,5
Forderungen an Kunden ²	68.154,1	67.650,0	65.007,5	64.059,7
Handelsaktiva	3,6	4,3	3,6	4,3
Finanzanlagen ³	5.999,1	5.815,8	5.999,1	5.835,5
Passiva	75.704,6	75.450,6	73.761,9	72.986,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.242,3	15.651,4	14.381,1	14.510,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54.789,3	54.526,6	53.931,0	53.438,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.828,3	4.602,4	4.725,1	4.459,0
Handelspassiva	22,3	53,4	22,3	53,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	17,7	119,2	17,7	119,2
Nachrangkapital	804,7	497,6	684,7	406,8

¹ Für kurzfristige Finanzinstrumente entspricht der Buchwert regelmäßig dem Fair Value.

² Inklusive aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment.

³ Ohne Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen, die at cost bewertet werden.

Der DKB-Konzern plant zu den dargestellten Finanzinstrumenten keine Veräußerungen.

Hierarchie der Fair Values

In der Fair-Value-Hierarchie werden die bei der Bemessung des Fair Value der Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsparameter in folgende drei Stufen eingeteilt:

Level 1: Die Bewertung erfolgt anhand von Preisnotierungen auf aktiven Märkten (ohne Anpassungen), zu denen der DKB-Konzern am Bewertungsstichtag Zugang hat.

Hierzu zählen Aktien, Fonds und Schuldverschreibungen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2: Die Fair Values werden mittels Bewertungsmethoden ermittelt, deren Bewertungsparameter direkt (als Preise) oder indirekt (abgeleitet von Preisen) beobachtbar sind und nicht unter Level 1 fallen. Hierbei kann es sich um notierte Preise an aktiven Märkten für ähnliche Finanzinstrumente, um notierte Preise auf inaktiven Märkten, um andere beobachtbare Eingangsparameter (wie z. B. Zinssätze, Wechselkurse) sowie um marktgestützte Inputfaktoren handeln.

Hierzu zählen außerbörsliche Derivate, wie Zinsswaps und Devisentermingeschäfte, sowie Schuldverschreibungen, die nicht dem Level 1 zugeordnet werden.

Level 3: Die Fair Values werden mittels Bewertungsmethoden ermittelt, deren Bewertungsparameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen mindestens einen Eingangsparameter auf, der nicht am Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat (wie z. B. intern kalkulierte Margen und Bonitäts spreads).

Hierzu zählen auf dem Non-Performing-Loan-Markt erworbene Forderungen und die Anteile an der Visa Inc.

Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, werden nicht auf Basis des Fair Value gesteuert. Dies gilt z. B. für Kredite und Einlagen. Für solche Instrumente wird der Fair Value nur für Zwecke der Anhangangabe ermittelt. Änderungen der ermittelten Fair Values haben weder einen Einfluss auf die Konzern-Bilanz noch auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Wird der Fair Value eines Finanzinstruments auf Basis mehrerer Bewertungsparameter ermittelt, erfolgt die Zuordnung des Fair Value in Gänze nach dem Bewertungsparameter mit dem niedrigsten Level, der für die Fair-Value-Ermittlung wesentlich ist.

Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Im Laufe der Berichtsperiode fanden Transfers zwischen den Hierarchiestufen bei den Finanzinstrumenten statt, die zum Fair Value bewertet werden. Als Transferzeitpunkt wird das Ende der Berichtsperiode verwendet.

in Mio. EUR	Level 1		Level 2		Level 3		Insgesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Aktiva								
Forderungen an Kunden	-	-	-	-	3,9	7,0	3,9	7,0
Handelsaktiva	-	-	3,4	4,3	-	-	3,4	4,3
Finanzanlagen ¹	3.770,5	4.070,7	2.203,2	1.730,1	-	-	5.973,7	5.800,8
davon Schuldinstrumente	3.629,0	3.906,0	2.203,2	1.730,1	-	-	5.832,2	5.636,1
davon Eigenkapital- und eigenkapitalähnliche Instrumente	141,5	164,7	-	-	-	-	141,5	164,7
Insgesamt	3.770,5	4.070,7	2.206,6	1.734,4	3,9	7,0	5.981,0	5.812,1
Passiva								
Handelspassiva	-	-	22,3	53,4	-	-	22,3	53,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	-	-	17,7	119,2	-	-	17,7	119,2
Insgesamt	-	-	40,0	172,6	-	-	40,0	172,6

¹ Ohne Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

Aufgrund der Überprüfung der Level-1-Zuordnung zum 31. Dezember 2017 hinsichtlich der kumulativ zu erfüllenden Parameter (z. B. Anzahl der Preisstellungen) wurden Schuldverschreibungen von 721,9 Mio. EUR von Level 1 in Level 2 sowie Schuldverschreibungen von 336,3 Mio. EUR von Level 2 in Level 1 umgegliedert.

Entwicklung der auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten (Level 3) ermittelten Fair Values

in Mio. EUR	Finanzanlagen		Forderungen an Kunden		Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte (Anteile an der Visa Europe Limited)		Insgesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 01.01.	19,8	–	7,0	12,0	–	117,0	26,8	129,0
Erfolgswirksam erfasste Effekte	–	2,3	–1,3	–1,5	–	–	–1,3	0,8
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	–	2,3	–	–	–	–	–	2,3
davon sonstiges Ergebnis	–	–	–1,3	–1,5	–	–	–1,3	–1,5
Veränderung der Neubewertungsrücklage	5,6	1,5	–0,7	–1,0	–	12,5	4,9	13,0
Käufe	–	18,3	0,0	0,4	–	–	0,0	18,7
Verkäufe	–	–2,3	–	–1,5	–	–129,5	–	–133,3
Erfüllungen	–	–	–1,1	–1,4	–	–	–1,1	–1,4
Stand zum 31.12.	25,4	19,8	3,9	7,0	–	–	29,3	26,8
Erfolgswirksam erfasste Effekte für Finanzinstrumente, die am 31.12. im Bestand sind	–	–	–1,3	–1,5	–	–	–1,3	–1,5
davon sonstiges Ergebnis	–	–	–1,3	–1,5	–	–	–1,3	–1,5

Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3) und deren Sensitivitäten

Forderungen an Kunden (auf dem Non-Performing-Loan-Markt erworbene durch Immobilien besicherte Forderungen)

Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Bandbreite (Durchschnitt)	Veränderung Parameter	Erfolgswirksame Veränderung	Veränderung im Eigenkapital
Verwertungswert	0 TEUR bis 159 TEUR (20 TEUR)	+5,0 %	+43 TEUR	+178 TEUR
		-5,0 %	-45 TEUR	-177 TEUR
Verwertungszeitraum	ein Monat bis 35 Monate (12 Monate)	+6 Monate	1 TEUR	-12 TEUR
		-6 Monate	1 TEUR	+8 TEUR
Zinssatz	0,54 % bis 0,80 % (0,56 %)	+0,05 %	0 TEUR	-2 TEUR
		-0,05 %	0 TEUR	+2 TEUR

Finanzanlagen (Anteile an der Visa Inc.)

Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Angenommenes Bezugsverhältnis	Veränderung Parameter	Erfolgswirksame Veränderung	Veränderung im Eigenkapital
Bezugsverhältnis der Visa-Inc.-Aktien	49,8 %	+10 %	-	+2.539 TEUR
		-10 %	-	-2.539 TEUR

Die verwendeten Bewertungsmethoden sind branchenüblich und für den jeweils zu bewertenden Vermögensgegenstand adäquat.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente

in Mio. EUR	Level 1		Level 2		Level 3		Insgesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Aktiva								
Barreserve	-	-	-	-	1.742,8	1.428,6	1.742,8	1.428,6
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-	4.606,9	5.372,5	4.606,9	5.372,5
Forderungen an Kunden	-	-	-	-	68.150,2	67.643,0	68.150,2	67.643,0
Finanzanlagen	-	15,0	-	-	-	-	-	15,0
davon Schuldinstrumente	-	15,0	-	-	-	-	-	15,0
Insgesamt	-	15,0	-	-	74.499,9	74.444,1	74.499,9	74.459,1
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-	15.242,3	15.651,4	15.242,3	15.651,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-	54.789,3	54.526,6	54.789,3	54.526,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.264,3	2.698,4	3.563,8	1.903,8	0,2	0,2	4.828,3	4.602,4
Nachrangkapital	-	-	-	-	804,7	497,6	804,7	497,6
Insgesamt	1.264,3	2.698,4	3.563,8	1.903,8	70.836,5	70.675,8	75.664,6	75.278,0

(57) Bewertungskategorien der Finanzinstrumente

in Mio. EUR	2017	2016
Aktiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3,6	4,3
Handelsaktiva (HfT)	3,6	4,3
Kredite, Forderungen und Wertpapiere (LaR)	69.149,9	68.601,8
Forderungen an Kreditinstitute	4.601,6	5.365,5
Forderungen an Kunden	64.548,3	63.221,3
Finanzanlagen	–	15,0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AFS)	6.031,8	5.872,1
Forderungen an Kunden	3,9	7,0
Finanzanlagen	6.027,9	5.865,1
Passiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	22,3	53,4
Handelspassiva (HfT)	22,3	53,4
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LaC)	73.721,9	72.813,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.381,1	14.510,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53.931,0	53.438,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.725,1	4.459,0
Nachrangkapital	684,7	406,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	17,7	119,2

(58) Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Im Einklang mit der Verlautbarung des IASB zur Änderung von IAS 39 und IFRS 7 Reclassification of Financial Assets und der EU-Verordnung 1004/2008 hat der DKB-Konzern zum 1. Juli 2008 innerhalb der Finanzanlagen ausgewählte Wertpapiere aus der Kategorie AfS in die Kategorie LaR

umgegliedert. Die letzten betreffenden Wertpapiere waren 2017 fällig (Bestand Vorjahr: 15,0 Mio. EUR). Die Umgliederung beeinflusste das Konzernergebnis im Geschäftsjahr nicht.

(59) Nettogewinne oder -verluste aus Finanzinstrumenten

in Mio. EUR	2017	2016
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	-5,6	1,1
Fair-Value-Option (FVO)	-	0,1
Zinsüberschuss	-	0,2
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-	-0,1
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten (HfT)	-5,6	1,0
Zinsüberschuss	-95,3	-45,3
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	89,7	46,3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)	20,9	160,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	20,9	160,7
Kredite, Forderungen und Wertpapiere (LaR)	-120,1	-128,7
Risikovorsorge	-120,1	-128,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LaC)	-	-

Die Ergebnisse aus der Fair-Value-Bewertung der AfS-Finanzinstrumente von 133,5 Mio. EUR (Vorjahr: 161,7 Mio. EUR) werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(60) Derivative Geschäfte

Die nachstehenden Tabellen zeigen die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungs-abhängigen Derivate sowie die sonstigen Termingeschäfte. Die derivativen Geschäfte beinhalten vor allem Zinsswaps, die zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt werden.

Darstellung der Volumina

in Mio. EUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2017	2016	2017	2017	2017	2017
Zinsrisiken	8.590,0	11.950,0	13,3		570,1	
Zinsswaps	8.570,0	11.925,0	13,3		569,4	
Optionen auf Zinsswaps	20,0	25,0	–		0,7	
Währungsrisiken	22,8	35,0	0,1		0,1	
Devisentermingeschäfte	22,8	35,0	0,1		0,1	
Insgesamt	8.612,8	11.985,0	13,4		570,2	

Die Nominalwerte der Zinsswaps betreffen mit 8.125,0 Mio. EUR (Vorjahr: 9.245,0 Mio. EUR) Portfolio-Hedges. Der Rest betrifft Sicherungsbeziehungen, die nicht mehr in das Hedge Accounting einbezogen werden.

Marktwerten von 530,2 Mio. EUR und positiven Marktwerten von 9,9 Mio. EUR mit hinterlegten bzw. erhaltenen Barsicherheiten saldiert.

Die Derivate entfallen vollständig auf Banken in der OECD.

Gemäß der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) wurden clearingpflichtige Derivate mit negativen

Fristengliederung

in Mio. EUR	Nominalwerte			
	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2017	2016	2017	2016
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	920,0	510,0	6,1	15,3
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	400,0	4.150,0	16,7	19,7
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	3.650,0	4.550,0	–	–
mehr als 5 Jahre	3.620,0	2.740,0	–	–
Insgesamt	8.590,0	11.950,0	22,8	35,0

Angaben zur Risikosituation

(61) Risiken aus Finanzinstrumenten

Die Angaben in den Notes ergänzen die Ausführungen zum Risikomanagement des DKB-Konzerns und die qualitativen ökonomischen Angaben, die im Risikobericht dargestellt sind. Sie sollen dazu dienen, einen detaillierteren Einblick in die Struktur der eingegangenen Risiken zu geben.

Entwicklung der Adressenausfallrisiken

Die Verteilung des maximalen Kreditrisikos zeigt folgendes Bild:

in Mio. EUR	2017	2016
Barreserve	1.742,8	1.428,6
Forderungen an Kreditinstitute	4.601,6	5.365,5
Forderungen an Kunden	64.195,3	62.779,5
Finanzanlagen	5.832,2	5.651,1
Derivate	3,6	4,3
Eventualverbindlichkeiten	749,2	831,5
Unwiderrufliche Zusagen	3.250,6	2.692,4
Insgesamt	80.375,3	78.752,9

Durch strategiekonformes Wachstum im Kundengeschäft stiegen die Forderungen an Kunden um 1,4 Mrd. EUR. Der Ausbau des Kundengeschäfts konzentrierte sich auf die Segmente Infrastruktur und Firmenkunden.

Die Erhöhung der Barreserve um 314,2 Mio. EUR sowie der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 763,9 Mio. EUR resultieren aus der operativen Liquiditätssteuerung des DKB-Konzerns.

Die Verteilung des maximalen Kreditrisikos der nicht überfälligen, nicht wertgeminderten Vermögenswerte auf Ratingnoten hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	2017	2016
Rating 1–9	76.419,7	74.091,0
Barreserve	1.742,8	1.428,6
Forderungen an Kreditinstitute	4.601,6	5.365,5
Forderungen an Kunden	60.390,9	58.323,3
Finanzanlagen	5.832,2	5.561,1
Derivate	3,6	4,3
Eventualverbindlichkeiten	717,7	788,6
Unwiderrufliche Zusagen	3.130,9	2.529,6
Rating 10–12	2.280,1	2.576,2
Forderungen an Kunden	2.185,3	2.434,5
Eventualverbindlichkeiten	21,5	26,8
Unwiderrufliche Zusagen	73,3	114,9
Rating 13–15	796,5	903,7
Forderungen an Kunden	758,3	885,7
Eventualverbindlichkeiten	2,8	7,1
Unwiderrufliche Zusagen	35,4	10,9
Ausfallklassen (Rating 16–18)	144,9	150,1
Forderungen an Kunden	128,4	121,1
Eventualverbindlichkeiten	7,1	8,3
Unwiderrufliche Zusagen	9,4	20,7
Insgesamt	79.641,2	77.721,0

In den Ratingklassen 1–9 ist das maximale Kreditrisiko um 2,3 Mrd. EUR gestiegen. Darin spiegeln sich vor allem das strategiekonforme Neugeschäft sowie der Ausbau des Wertpapierbestands wider.

Insgesamt setzt sich der Trend zu einer Verbesserung der Ratingstruktur fort. Dies zeigt sich im Rückgang des maximalen Kreditrisikos in den anderen Ratinggruppen.

Der DKB-Konzern verfügt über finanzielle Vermögenswerte, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind:

in Mio. EUR	Maximales Kreditrisiko		Anrechenbare Sicherheiten	
	2017	2016	2017	2016
Forderungen an Kunden	315,4	647,0	135,8	440,6
bis ein Monat	110,4	410,1	21,0	271,1
mehr als ein Monat bis 3 Monate	117,7	145,1	72,3	117,7
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	55,2	62,7	33,7	49,6
mehr als ein Jahr	32,1	29,1	8,8	2,2
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-
Finanzanlagen	-	-	-	-
Derivate	-	-	-	-
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-	-
Unwiderrufliche Zusagen	1,6	16,3	-	-
bis ein Monat	1,1	16,1	-	-
mehr als ein Monat bis 3 Monate	0,5	0,2	-	-
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	0,0	-	-	-
Insgesamt	317,0	663,3	135,8	440,6

Der wesentliche Anteil der überfälligen Vermögenswerte liegt mit 72 % bei bis maximal drei Monaten.

Der DKB-Konzern hat im Berichtsjahr keine Vermögenswerte durch Inbesitznahme von Sicherheiten erhalten.

Das maximale Kreditrisiko der wertgeminderten Vermögensgegenstände liegt leicht über dem Niveau des Vorjahres:

in Mio. EUR	Maximales Kreditrisiko		Anrechenbare Sicherheiten	
	2017	2016	2017	2016
Forderungen an Kunden	417,0	367,9	100,9	148,3
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	-
Finanzanlagen	-	-	-	-
Derivate	-	-	-	-
Eventualverbindlichkeiten	0,1	0,7	-	-
Unwiderrufliche Zusagen	-	-	-	-
Insgesamt	417,1	368,6	100,9	148,3

Der Wertberichtigungsbestand – bestehend aus Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen – ist vor allem aufgrund von Verbräuchen um 121,2 Mio. EUR auf 269,7 Mio. EUR gesunken.

Für nicht wertberichtigte Forderungen wurden Portfoliowertberichtigungen von 99,3 Mio. EUR (Vorjahr: 63,8 Mio. EUR) gebildet. Weiterhin wurden auf Portfolioebene für das außerbilanzielle Geschäft Rückstellungen in Höhe von 3,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,8 Mio. EUR) gebildet.

Forborne-Exposure

Forbearance-Maßnahmen werden allgemein als Zugeständnisse gegenüber einem Schuldner vor dem Hintergrund finanzieller Schwierigkeiten definiert. Ziel solcher

Zugeständnisse ist es, den Kreditnehmer in die Lage zu versetzen, seinen kreditvertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Zugeständnisse können entweder durch Modifikation bestehender Konditionen zugunsten des Schuldners oder durch Gewährung teilweiser oder vollständiger Refinanzierungsmaßnahmen erfolgen. Als Forbearance-Maßnahmen gelten unter anderem Laufzeit-, Zinssatz- und Tilgungsmodifikationen sowie Forderungsverzichte oder die Kapitalisierung von Rückständen.

Das Forborne-Exposure hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an Kunden	827,7	531,0
Eventualverbindlichkeiten	12,5	10,6
Unwiderrufliche Zusagen	15,0	19,5
Insgesamt	855,2	561,1

Darstellung der Marktpreisrisiken

Das korrelierte Gesamt-Marktpreisrisiko, basierend auf einer Haltedauer von 250 Tagen, fließt in die Risikotragfähigkeitsrechnung ein und wird limitiert. Die Marktpreisrisiken des Bankbuchs (ohne Depot A) werden nicht gesondert ausgewiesen und limitiert.

Die Marktpreisrisiken nach Risikofaktoren für die Gesamtbank stellen sich folgendermaßen dar:

in Mio. EUR	Vergleich 2017			Vergleich 2016		
	31.12.2017	Maximum	Minimum	31.12.2016	Maximum	Minimum
Zins	297,9	330,2	98,1	181,1	461,6	122,6
Aktie	34,5	87,2	33,9	86,1	111,5	73,1
Credit Spread	17,3	23,3	14,7	16,8	25,6	16,1
Fremdwährung	6,7	7,4	5,8	6,4	8,4	0,1
Volatilität	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Korreliertes Gesamtrisiko	319,5	350,9	102,8	218,8	481,6	186,6

Der Anstieg des Risikokapitalbedarfs für die gesamten Marktpreisrisiken ist überwiegend auf die Umstellung der Zinsrisikorechnung von Innen- auf Außenzins im Dezember 2017 zurückzuführen. Der Risikokapitalbedarf für den Faktor Zins wurde von dieser Umstellung ebenfalls beeinflusst, sodass ein Anstieg von 116,8 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr festgestellt werden kann.

Der Rückgang des Risikokapitalbedarfs für den Faktor Aktie resultiert aus dem Wegfall mehrerer starker Marktdatenbewegungen aus der 250-Tage-Marktdatenhistorie und wird durch den Verkauf aller Anteile des DKB Nordamerika Fonds TNL zusätzlich unterstützt.

Das Wertpapierportfolio weist zum 31. Dezember 2017 folgende Struktur auf:

Marktwert in Mio. EUR	Banken		Nicht-Banken		Öffentliche Emittenten		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bonds	1.768,4	1.605,0	321,4	303,3	3.742,4	3.742,8	5.832,2	5.651,1
Fonds	-	-	141,5	164,7	-	-	141,5	164,7
Equitys	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1.768,4	1.605,0	462,9	468,0	3.742,4	3.742,8	5.973,7	5.815,8

Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 0,2 Mrd. EUR zur Stärkung des nach Basel III / CRD IV vorzuhaltenden aufsichtsrechtlichen Liquiditätsbestands. Die Wertpapiere umfassen in erster Linie Anleihen des Bundes, der deutschen Bundesländer und von Förderinstituten. Ein Anteil entfällt auch auf Staatsanleihen von Eurostaaten erstklassiger Bonität sowie Anleihen supranationaler Emittenten.

Die regionale Aufteilung des Wertpapierbestands nach dem Marktwert hat sich wie folgt entwickelt:

	2017		2016	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Deutschland	4.145,3	69,4	4.092,0	70,4
Europa/EU	1.543,7	25,9	1.456,2	25,0
Europa/Nicht-EU	162,8	2,7	136,3	2,3
USA	25,4	0,4	34,8	0,6
Sonstiges	96,5	1,6	96,5	1,7
Insgesamt	5.973,7	100,0	5.815,8	100,0

Darstellung der Liquiditätsrisiken

Die Verbindlichkeiten des DKB-Konzerns haben sich im Jahr 2017 um 1,0 Mrd. EUR erhöht. Die Veränderung resultiert insbesondere aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 0,5 Mrd. EUR sowie der verbrieften

Verbindlichkeiten um 0,3 Mrd. EUR. Die Aufteilung der Verbindlichkeiten des DKB-Konzerns nach vertraglichen Fälligkeiten weist zum 31. Dezember 2017 folgende Struktur auf:

in Mio. EUR	2017	2016
Täglich fällig	44.196,9	40.065,3
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	251,6	67,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.945,3	39.998,3
Bis 3 Monate	5.215,1	8.610,7
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	377,0	345,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.276,0	8.191,4
Verbrieftes Verbindlichkeiten	526,4	46,6
Derivate	19,6	13,6
Nachrangkapital	16,1	13,2

in Mio. EUR	2017	2016
Mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.501,4	1.869,2
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	1.009,3	1.221,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	396,5	318,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	92,5	210,0
Derivate	0,1	96,0
Nachrangkapital	3,0	23,0
Mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	8.437,7	8.283,2
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	4.402,9	4.572,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.417,7	1.512,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.464,2	1.997,0
Derivate	14,1	57,6
Nachrangkapital	138,8	143,8
Mehr als 5 Jahre	14.334,0	14.131,2
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	8.340,3	8.303,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.895,6	3.417,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.642,0	2.205,4
Derivate	6,1	5,4
Nachrangkapital	450,0	200,0
Unbestimmte Laufzeit	4.382,0	4.067,5
Nachrangkapital	76,7	26,8
Rückstellungen	164,3	143,3
Sonstige Passiva	141,1	373,5
Eventualverbindlichkeiten	749,3	831,5
Unwiderrufliche Zusagen	3.250,6	2.692,4
Insgesamt	78.067,1	77.027,1

Sonstige Angaben

(62) Nachrangige Vermögenswerte

Die nachrangigen Vermögenswerte von 46,2 Mio. EUR (Vorjahr: 60,8 Mio. EUR) sind vollständig in den Forderungen an Kunden enthalten.

(63) Pfandbriefumlauf

Öffentliche Pfandbriefe

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ²	9.057,7	8.994,8	9.882,9	10.020,2	8.681,5	8.809,3
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.586,0	4.158,9	3.973,0	4.674,0	3.551,7	4.183,4
	5.471,7	4.835,9	5.909,9	5.346,2	5.129,8	4.625,9
Überdeckung	152,6%	116,3%	148,8%	114,4%	144,4%	110,6%

¹ statischer Ansatz (+250 BP)

² einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Zum 31. Dezember 2017 befanden sich öffentliche Pfandbriefe mit einem Nominalwert von 70,0 Mio. EUR im Eigenbestand des DKB-Konzerns. Diese werden mit den verbrieften Verbindlichkeiten verrechnet.

in Mio. EUR	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmassen ¹	
	2017	2016	2017	2016
Restlaufzeiten bzw. Zinsbindungsfristen				
bis 6 Monate	627,5	366,0	489,2	448,8
über 6 Monate bis 12 Monate	142,0	261,9	540,4	411,1
über 12 Monate bis 18 Monate	381,0	627,5	585,3	417,2
über 18 Monate bis 2 Jahre	40,0	142,0	452,5	518,7
über 2 Jahre bis 3 Jahre	75,5	421,0	982,0	1.134,4
über 3 Jahre bis 4 Jahre	72,0	75,5	854,5	962,1
über 4 Jahre bis 5 Jahre	520,0	72,0	809,6	794,1
über 5 Jahre bis 10 Jahre	1.350,0	1.820,0	2.707,7	2.718,0
über 10 Jahre	378,0	373,0	1.636,5	1.590,4
Insgesamt	3.586,0	4.158,9	9.057,7	8.994,8

¹ einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Hypothekendarlehen

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ²	8.336,9	8.492,4	9.360,3	9.727,6	8.329,4	8.701,5
Gesamtbetrag des Darlehensumschlages	4.841,1	4.902,4	5.424,0	5.620,3	4.634,9	4.741,3
	3.495,8	3.590,0	3.936,3	4.107,3	3.694,5	3.960,2
Überdeckung	72,2%	73,2%	72,6%	73,1%	79,7%	83,5%

¹ statischer Ansatz (+250 BP)

² einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Zum 31. Dezember 2017 befanden sich keine Hypothekendarlehen im Eigenbestand des DKB-Konzerns.

in Mio. EUR	Hypothekendarlehen		Deckungsmassen ¹	
	2017	2016	2017	2016
Restlaufzeiten bzw. Zinsbindungsfristen				
bis 6 Monate	65,0	51,0	580,2	594,8
über 6 Monate bis 12 Monate	145,5	85,3	365,3	516,1
über 12 Monate bis 18 Monate	41,0	65,0	432,6	463,2
über 18 Monate bis 2 Jahre	170,3	145,5	423,0	415,5
über 2 Jahre bis 3 Jahre	155,8	211,3	778,0	885,8
über 3 Jahre bis 4 Jahre	771,0	155,8	1.056,2	782,1
über 4 Jahre bis 5 Jahre	165,0	771,0	859,3	1.008,2
über 5 Jahre bis 10 Jahre	2.597,5	2.187,5	2.776,4	2.889,0
über 10 Jahre	730,0	1.230,0	1.066,0	937,7
Insgesamt	4.841,1	4.902,4	8.337,0	8.492,4

¹ einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

(64) Deckung der umlaufenden Pfandbriefe

in Mio. EUR	2017	2016
Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen	8.427,1	9.061,3
Deckungswerte enthalten in:		
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	16.764,6	16.827,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	630,0	660,0
Überdeckung	8.967,5	8.425,9

Zusammensetzung der weiteren Deckung

Hypothekenpfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5, 6, 8 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG		Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ¹		Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bundesrepublik Deutschland	0,0	0,0	0,0	0,0	330,0	360,0	330,0	360,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	330,0	360,0	330,0	360,0
davon Grenzüberschreitung § 19 Abs. 1 PfandBG			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

¹ Forderungen i. S. d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sind jeweils nicht enthalten.

Öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5, 8 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG		Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG ¹		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Niederlande	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
USA	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Grenzüberschreitung § 20 Abs. 2 PfandBG			0,0	0,0	0,0	0,0

¹ Forderungen i. S. d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sind jeweils nicht enthalten.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bundesrepublik Deutschland	9.057,7	8.994,8
Staat	52,9	55,0
Regionale Gebietskörperschaften	1.023,3	981,0
Örtliche Gebietskörperschaften	7.930,5	6.046,6
Sonstige Schuldner	51,0	1.912,3
Weitere Deckung	–	–
Insgesamt	9.057,7	8.994,8

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größenklassen

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bis 300.000 EUR	3.133,2	3.303,9
Über 300.000 EUR bis eine Mio. EUR	614,2	634,3
Über eine Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	3.098,9	2.916,5
Über 10 Mio. EUR	1.160,6	1.277,7
Weitere Deckung	330,0	360,0
Insgesamt	8.336,9	8.492,4

**Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten,
in denen die Grundstückssicherheiten liegen, und nach Nutzungsart**

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bundesrepublik Deutschland		
Wohnungen	871,9	952,6
Einfamilienhäuser	2.050,9	2.139,1
Mehrfamilienhäuser	4.773,6	4.732,8
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	1,0
Bauplätze	5,6	0,3
wohnwirtschaftlich insgesamt	7.702,0	7.825,7
Bürogebäude	55,1	55,4
Handelsgebäude	20,4	32,5
Industriegebäude	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	229,4	218,7
gewerblich insgesamt	304,9	306,6
weitere Deckung	330,0	360,0
Insgesamt	8.336,9	8.492,4

(65) Weitere Angabe nach PfandBG**Kennzahlen**

in Mio. EUR	Kennzahlen	2017	2016
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG	Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	0,0	0,0
	Anteil festverzinslicher Deckungsmasse		
	Hypothekendarlehen	91,8%	91,3%
	Öffentliche Pfandbriefe	90,5%	89,3%
§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG	Anteil festverzinslicher Umläufe		
	Hypothekendarlehen	98,2%	97,2%
	Öffentliche Pfandbriefe	88,9%	89,5%
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG	volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Hypothekendarlehen in Jahren	8,0	8,0
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf der nach § 14 zur Deckung genutzten Hypothek	52,8%	53,3%

In den Deckungswerten des DKB-Konzerns bestanden für Öffentliche und hypothekarische Pfandbriefe zum Stichtag keine rückständigen Leistungen (>90 Tage) gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG und § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG.

Die Deckungswerte des DKB-Konzerns für Öffentliche und hypothekarische Pfandbriefe enthalten ausschließlich auf Euro lautende Forderungen, sodass ein Währungsstress entfällt. Aus dem gleichen Grund wird auf eine Darstellung je Fremdwährung nach § 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG verzichtet.

Die Deckungswerte des DKB-Konzerns enthalten für Öffentliche und hypothekarische Pfandbriefe keine Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG).

Es befinden sich keine Forderungen in der Deckungsmasse, die 90 Tage oder länger rückständig sind. Es liegen keine anhängigen Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren vor. Rückständige Zinsen bestehen nicht. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG).

(66) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

in Mio. EUR	2017	2016
Fremdwahrungsaktiva	232,1	260,6
USD	190,0	209,5
CHF	28,6	35,7
Sonstige Währungen	13,5	15,4
Fremdwahrungspassiva	173,3	193,5
USD	172,6	189,9
Sonstige Währungen	0,7	3,6

(67) Als Sicherheit an Dritte übertragene finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige übertragene finanzielle Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Die Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten erfolgten im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit dem europäischen System der Zentralbanken, mit Refinanzierungsdarlehen bei Investitions- und Förderbanken, durch Pfandbriefemissionen

sowie durch Wertpapierpensionsgeschäfte. Im Wesentlichen verbleiben alle mit dem Eigentum an den übertragenen Vermögenswerten verbundenen Chancen und Risiken beim DKB-Konzern.

Die Buchwerte der als Sicherheit an Dritte übertragenen Vermögenswerte, die nicht weiterveräußert/weiterverpfandet werden dürfen, entfallen auf:

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an Kunden	28.100,7	27.272,4
Finanzanlagen	5.466,8	5.244,6
Insgesamt	33.567,5	31.517,0

Diese Transaktionen werden zu marktüblichen Konditionen ausgeführt.

Den übertragenen finanziellen Vermögenswerten stehen Verbindlichkeiten von 9.596,0 Mio. EUR (Vorjahr: 10.408,8 Mio. EUR) gegenüber.

(68) Erhaltene Sicherheiten, die weiterveräußert oder weiterverpfandet werden dürfen

Im DKB-Konzern werden keine Vermögenswerte als Sicherheiten gehalten, die auch ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterveräußert oder weiterverpfandet werden dürfen.

(69) Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Der DKB-Konzern schließt im Rahmen seiner Aktivitäten in bestimmten Geschäftsarten Rahmenverträge mit seinen Geschäftspartnern ab. Bestandteile dieser Rahmenverträge können Aufrechnungsvereinbarungen für gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten sein. Beispiele für solche Rahmenverträge sind der Deutsche Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte oder der Deutsche Rahmenvertrag für Wertpapierpensionsgeschäfte. Zu den Vereinbarungen mit Aufrechnungsrechten zählen ebenfalls die Clearingbedingungen der Eurex Clearing AG, der LCH.

Darüber hinaus besteht eine Nettingvereinbarung mit der BayernLB, die unter bestimmten Bedingungen die Verrechnung sämtlicher bilanzieller Forderungen und Verbindlichkeiten einschließlich der Marktwerte aus derivativen Geschäften vorsieht.

Nachfolgend stellen wir die Überleitung der Bruttobeträge vor Saldierung zu den Nettobeträgen nach Saldierung sowie die Beträge für bestehende Saldierungsrechte, die nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen, getrennt für alle bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dar, die einer durchsetzbaren zweiseitigen Aufrechnungsvereinbarung unterliegen. Diese Vereinbarungen sehen ein Verrechnungsrecht vor, sofern vorab definierte Bedingungen eingetreten sind (z. B. Vertragsbeendigung aufgrund von Insolvenz).

Dabei werden in der Spalte „Saldierungsbetrag“ die Beträge ausgewiesen, die gemäß IAS 32.42 saldiert werden. In der Spalte „Beträge, die sonstigen Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen“ werden unter „Saldierungsfähige Verbindlichkeiten“ bzw. „Vermögenswerte“ die Beträge in Zusammenhang mit Finanzinstrumenten angegeben, die Gegenstand einer Aufrechnungsvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Kriterien des IAS 32.42 bilanziell nicht saldiert werden. Unter „Sicherheiten“ wird der Fair Value der erhaltenen bzw. verpfändeten finanziellen Sicherheiten gezeigt.

Saldierte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Vermögenswerte mit zugrunde liegenden Aufrechnungsvereinbarungen bzw. ähnlichen Vereinbarungen

in Mio. EUR	Buchwert vor Saldierung		Saldierungsbetrag		Bilanzierter Nettobuchwert nach Saldierung	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Verrechnungen von Kontokorrentkonten gemäß § 10 RechKredV (LaR)	81,5	61,5	78,5	54,7	3,0	6,8
Derivative Geschäfte (HFT)	13,4	4,8	9,9	0,5	3,5	4,3
Handelsaktiva/Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	13,4	4,8	9,9	0,5	3,5	4,3
Sonstige Finanzinstrumente (LaR)	1.071,4	3.019,9	-	-	1.071,4	3.019,9
Forderungen an Kreditinstitute	1.071,4	3.019,9	-	-	1.071,4	3.019,9
Insgesamt	1.166,3	3.086,2	88,4	55,2	1.077,9	3.031,0

in Mio. EUR	Bilanzierter Nettobuchwert nach Saldierung		Beträge, die sonstigen Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen				Nettobetrag nach Saldierung sowie nach Berücksichtigung sonstiger Aufrechnungsvereinbarungen und Sicherheiten	
			Saldierungsfähige Verbindlichkeiten		Sicherheiten			
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Verrechnungen von Kontokorrentkonten gemäß § 10 RechKredV (LaR)	3,0	6,8	–	–	–	–	3,0	6,8
Derivative Geschäfte (HfT)	3,5	4,3	3,0	1,4	–	–	0,5	2,9
Handelsaktiva/Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	3,5	4,3	3,0	1,4	–	–	0,5	2,9
Sonstige Finanzinstrumente (LaR)	1.071,4	3.019,9	492,5	688,7	–	–	578,9	2.331,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.071,4	3.019,9	492,5	688,7	–	–	578,9	2.331,2
Insgesamt	1.077,9	3.031,0	495,5	690,1	–	–	582,4	2.340,9

Saldierte finanzielle Verbindlichkeiten und finanzielle Verbindlichkeiten mit zugrunde liegenden Aufrechnungsvereinbarungen bzw. ähnlichen Vereinbarungen

in Mio. EUR	Buchwert vor Saldierung		Saldierungsbetrag		Bilanzierter Nettobuchwert nach Saldierung	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Verrechnungen von Kontokorrentkonten gemäß § 10 RechKredV (LaR)	124,2	107,6	78,5	54,7	45,7	52,9
Derivative Geschäfte (HfT)	570,2	1.007,4	530,2	834,7	40,0	172,7
Handelspassiva/Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	570,2	1.007,4	530,2	834,7	40,0	172,7
Sonstige Finanzinstrumente (LaR)	492,5	688,7	–	–	492,5	688,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	492,5	688,7	–	–	492,5	688,7
Insgesamt	1.186,9	1.803,7	608,7	889,4	578,2	914,3

in Mio. EUR	Bilanzierter Nettobuchwert nach Saldierung		Beträge, die sonstigen Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen				Nettobetrag nach Saldierung sowie nach Berücksichtigung sonstiger Aufrechnungsvereinbarungen und Sicherheiten	
	2017	2016	Saldierungsfähige Vermögenswerte		Sicherheiten		2017	2016
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Verrechnungen von Kontokorrentkonten gemäß § 10 RechKredV (LaR)	45,7	52,9	-	-	-	-	45,7	52,9
Derivative Geschäfte (HfT)	40,0	172,7	3,0	1,4	-	-	37,0	171,3
Handelsspassiva/Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	40,0	172,7	3,0	1,4	-	-	37,0	171,3
Sonstige Finanzinstrumente (LaR)	492,5	688,7	492,5	688,7	-	-	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	492,5	688,7	492,5	688,7	-	-	0,0	0,0
Insgesamt	578,2	914,3	495,5	690,1	-	-	82,7	224,2

(70) Leasinggeschäfte

Finanzierungsleasing

Zum 31. Dezember 2017 bestand im DKB-Konzern kein Finanzierungsleasing.

Operating Leasing

Der DKB-Konzern ist Leasingnehmer im Zusammenhang mit Operating-Leasing-Verhältnissen. Die im DKB-Konzern bestehenden Verpflichtungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen betreffen insbesondere Leasingvereinbarungen über Bürogebäude und Kraftfahrzeuge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von Operating-Leasing-Verhältnissen verteilen sich wie folgt:

in Mio. EUR	2017	2016
Restlaufzeiten		
Bis ein Jahr	15,6	15,1
Mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	59,4	49,7
Mehr als 5 Jahre	20,0	19,5
Insgesamt	95,0	84,3

Im Geschäftsjahr wurden Mindestleasingzahlungen von 14,5 Mio. EUR (Vorjahr: 15,4 Mio. EUR) als Aufwand erfasst.

(71) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	2017	2016
Treuhandvermögen	10,8	11,0
Forderungen an Kunden	10,8	11,0
Treuhandverbindlichkeiten	10,8	11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10,8	11,0

(72) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. EUR	2017	2016
Eventualverbindlichkeiten	752,5	833,3
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	749,2	831,5
Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten	3,3	1,8
Andere Verpflichtungen	3.250,6	2.692,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen	3.250,6	2.692,4
Insgesamt	4.003,1	3.525,7

(73) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im DKB-Konzern bestehen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Wartungsverträgen, die vor allem die Bereiche IT-Betrieb und Facility-Management betreffen.

Darüber hinaus resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen im DKB-Konzern aus der Mithaftung für Darlehen von 5,6 Mio. EUR (Vorjahr: 6,1 Mio. EUR), davon gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen 5,6 Mio. EUR (Vorjahr: 6,1 Mio. EUR).

Die DKB Finance GmbH ist bei der TEGES Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG Kommanditistin. Die Kommanditeinlage ist ausstehend in Höhe von 2,2 Mio. EUR (Vorjahr: 2,2 Mio. EUR) und auf Anforderung der TEGES GmbH in bar zu erbringen. Die ausstehende Kommanditeinlage ist 2017 nicht eingefordert worden.

Weiterhin bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Form von abgesicherten Zahlungsansprüchen aus der Beitragserhebung für die Bankenabgabe von 11,9 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR) sowie aus der Beitragserhebung zum Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) von 7,4 Mio. EUR (Vorjahr: 3,9 Mio. EUR).

(74) Sonstige Haftungsverhältnisse

Der DKB-Konzern hat nach § 10 Abs. 5 der Satzung des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, Berlin, die Verpflichtung übernommen, im Bedarfsfall bei Sicherungsfällen Nachschüsse zu leisten. Die Nachschusspflicht ist für jedes Mitglied begrenzt, und zwar für die gesamte Dauer des Fonds sowie für alle Sicherungsfälle insgesamt auf den auf ihn entfallenden Teil des in § 8 Abs. 1 der Satzung festgelegten Gesamtvolumens des Fonds, vermindert um alle von ihm bereits geleisteten Beiträge.

(75) Anteilsbesitz

Angaben §§ 285 Nr. 11 und 313 HGB bzw. gemäß IFRS 12.2 (b), 12.4 i. V. m. IFRS 12.B4 und B6 und 12.10 (a) i. V. m. 12.12 zum Konzernabschluss

Zum 31. Dezember 2017 hat die DKB die folgenden Beteiligungsunternehmen:

In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil DKB in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
DKB Finance GmbH, Berlin ^{1,2}	100,0	12,4	-4,2
DKB Grund GmbH, Berlin ^{1,2}	100,0	0,0	0,1
DKB Service GmbH, Potsdam ^{1,2}	100,0	3,5	0,0
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH, Potsdam ^{1,3}	100,0	13,5	5,8
MVC Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹	100,0	2,3	0,0
PROGES EINS GmbH, Berlin ^{1,4}	100,0	0,5	0,0

¹ vorläufiger Jahresabschluss 31.12.2017

² Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag

³ Beherrschungsvertrag

⁴ Ergebnisabführungsvertrag

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil DKB in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
Bauland GmbH, Baulandbeschaffungs-, Erschließungs- und Wohnbaugesellschaft, München ^{1, 2, 3, 5}	94,5	-10,1	0,0
DKB Immobilien Beteiligungs GmbH, Potsdam ^{2, 5}	100,0	2,2	0,2
DKB Wohnen GmbH, Berlin ^{1, 2, 5}	94,5	0,0	0,0
DKB Wohnungsbau- und Stadtentwicklung GmbH, Berlin ^{1, 2, 5}	100,0	2,5	0,0
GbR Olympisches Dorf, Potsdam ^{2, 5}	99,7	0,1	0,1
Melhoria Immobiliengesellschaft mbH, Potsdam ^{1, 2, 5}	100,0	3,1	0,0
Oberhachinger Bauland GmbH Wohnbau- und Erschließungsgesellschaft, München ^{2, 5}	86,0	-2,4	0,0
Potsdamer Immobiliengesellschaft mbH, Potsdam ^{2, 5}	100,0	0,0	0,0
PROGES DREI GmbH, Berlin ^{2, 5}	100,0	0,7	0,0
PROGES ENERGY GmbH, Berlin ^{2, 5}	100,0	0,7	0,3
PROGES Sparingberg GmbH, Berlin ^{2, 5}	100,0	0,1	-0,5
PROGES VIER GmbH, Berlin ^{4, 5}	100,0	0,2	0,1
PROGES ZWEI GmbH, Berlin ^{2, 5}	100,0	3,9	2,7
DKB Stiftung Liebenberg gGmbH, Löwenberger Land OT Liebenberg ^{2, 5, 6}	-	0,1	0,0
DKB Stiftung Schorssow UG, Schorssow ^{2, 5, 6}	-	0,0	0,0
DKB Stiftung – Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Fürth ^{2, 5, 6}	-	0,0	0,0

¹ Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag

² Jahresabschluss 31.12.2016

³ Ein tatsächliches Negativvermögen liegt nicht vor.

⁴ Jahresabschluss 31.12.2015

⁵ Abschluss nach HGB

⁶ Beherrschung durch strukturiertes Unternehmen des Konzerns

Sonstige Gemeinschaftsunternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil DKB in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
AKG ImmoPlus GmbH, Berlin ^{2, 3}	50,0	0,5	k. A.
German Biofuels GmbH, Pritzwalk ^{1, 3}	19,9	-7,7	1,2
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1, 3}	50,0	0,0	0,0
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin ^{1, 3}	47,0	-6,7	0,3

¹ Jahresabschluss 31.12.2016

² Eröffnungsbilanz 2017

³ Abschluss nach HGB

Sonstiger Anteilsbesitz

Name und Sitz	Kapitalanteil DKB in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
AQUILA Technische Entwicklungen GmbH, Schönhagen	16,1	k. A.	k. A.
Bau-Partner GmbH, Halle (Saale) ^{4,11}	49,7	0,2	-0,6
Deutsche Life Science GmbH, Berlin ^{6,11}	10,2	-18,1	0,7
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam ^{1,11}	5,1	36,7	1,8
FidesSecur Versicherungs- und Wirtschaftsdienst Versicherungsmakler GmbH, München ^{7,11}	14,0	4,8	0,0
GESO Gesellschaft für Sensorik, geotechnischen Umweltschutz und mathematische Modellierung mbH, Jena ^{8,11}	43,1	-0,4	0,0
JFA Verwaltung GmbH, Leipzig ^{2,11}	10,7	-13,0	0,1
LEG Kieferniedlung Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ^{1,11}	6,1	-3,4	0,3
LEG Wohnpark am Olympischen Dorf Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ^{1,11}	7,0	-5,8	0,7
LEG Wohnpark Heroldplatz Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ^{1,11}	7,2	-1,5	0,1
Mediport Venture Fonds Zwei GmbH, Berlin ^{5,11}	53,8	-0,9	-1,1
Neue Novel Ferm Verwaltungs GmbH, Berlin ^{3,11}	49,0	0,0	0,0
Novel Ferm Brennerei Dettmannsdorf GmbH & Co. KG, Berlin ^{3,11}	49,0	4,0	k. A.
TAG Wohnungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH, Hamburg ^{1,11}	5,2	8,2	-0,4
Visa Inc., USA ^{9,10}	<1,0	32.760,0	6.699,0

¹ Jahresabschluss 31.12.2016² Jahresabschluss 31.12.2015³ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2015⁴ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2010⁵ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2009⁶ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2008⁷ Jahresabschluss 30.06.2017⁸ Jahresabschluss 31.12.2012⁹ Jahresabschluss 30.09.2017¹⁰ in USD, nach U.S. GAAP¹¹ Abschluss nach HGB

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Unternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil DKB in %	Eigenkapital/ Fondsvermögen in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
DKB Asien Fonds TNL, Luxemburg ^{2,3,4}	86,1	21,5	0,0
DKB Europa Fonds TNL, Luxemburg ^{2,3,4}	86,4	40,7	0,8
DKB Pharma Fonds TNL, Luxemburg ^{2,3,4}	78,8	34,9	-0,2
DKB Teletech Fonds AL, Luxemburg ^{2,3,4}	93,0	23,1	-0,2
DKB Zukunftsfonds TNL, Luxemburg ^{2,3,4}	83,5	37,7	-0,2
BGV III FEEDER1 S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg ^{1,3,4}	16,7	45,6	18,0
DKB STIFTUNG für gesellschaftliches Engagement, Löwenberger Land OT Liebenberg ^{1,5}	-	16,2	1,7

¹ Jahresabschluss 31.12.2016² Ergebniszahlen 31.03.2017³ Abschluss nach den für Luxemburg von der Commission de Surveillance du Secteur Financier angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing)⁴ Stichtag Fondsvermögen 31.12.2017⁵ Abschluss nach HGB**Anmerkungen:**

Der Stimmrechtsanteil der DKB entspricht dem Kapitalanteil, soweit nichts anderes angegeben ist. Dritte halten, soweit nichts anderes angegeben ist, den verbleibenden Stimmrechtsanteil.

Der Kapitalanteil der im DKB-Konzern in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Vorjahreswert.

(76) Organe der Deutschen Kreditbank AG

Aufsichtsrat

Anteilseignervertreter:

Dr. Johannes-Jörg Riegler
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Bernd Fröhlich
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Mainfranken Würzburg

Stefan Höck
Ab 01.04.2017
Stellv. Leiter der Abteilung Staatliche
Beteiligungen, Immobilienmanage-
ment, Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen, für Landesentwicklung
und Heimat

Michael Huber
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen

Marcus Kramer
Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Walter Pache
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Günzburg-Krumbach
Unabhängiger Finanzexperte

Michael Schneider
Bis 31.03.2017
Vorsitzender des Vorstands
der LfA Förderbank Bayern a. D.

Dr. Markus Wiegelmann
Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank
Unabhängiger Finanzexperte

Dr. Edgar Zoller
Stellv. Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Arbeitnehmervertreter:

Bianca Häsen
Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats
Angestellte
Deutsche Kreditbank AG

Michaela Bergholz
Vertreterin DBV
(Deutscher Bankangestellten Verband)

Christine Enz
Vertreterin DBV
(Deutscher Bankangestellten Verband)

Jörg Feyerabend
Angestellter
DKB Service GmbH

Jens Hübler
Leitender Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Radtke
Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Siegfried
Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Gunter Wolf
Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Ehrenmitglied:

Günther Troppmann
Ehem. Vorstandsvorsitzender
Deutsche Kreditbank AG

Vorstand

Stefan Unterlandstätter
Vorsitzender des Vorstands

Rolf Mähliß
Mitglied des Vorstands

Dr. Patrick Wilden
bis 31.12.2017 Mitglied des Vorstands

Alexander von Dobschütz
ab 01.01.2018 Mitglied des Vorstands

Tilo Hacke
Mitglied des Vorstands

Thomas Jebsen
Mitglied des Vorstands

(77) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem DKB-Konzern nach IAS 24 nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen nachfolgende Gruppen:

- alleinige Gesellschafterin (BayernLB)
- nicht konsolidierte Tochterunternehmen
- Gemeinschaftsunternehmen
- assoziierte Unternehmen
- sonstige nahestehende Unternehmen – hierunter fallen die Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen des BayernLB-Konzerns, der Freistaat Bayern und Unternehmen, die vom Freistaat Bayern beherrscht werden oder unter dessen gemeinschaftlicher Führung oder maßgeblichem Einfluss stehen, sowie der Sparkassenverband Bayern und Unternehmen, die vom Sparkassenverband Bayern beherrscht werden oder unter dessen gemeinschaftlicher Führung stehen
- Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der DKB sowie des Vorstands und des Aufsichtsrats der BayernLB sowie deren nahe Familienangehörige

Der DKB-Konzern unterhält vielfältige geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Im Wesentlichen umfassen diese Beziehungen typische Bankdienstleistungen, beispielsweise das Einlagen- sowie das Kredit- und Geldmarktgeschäft.

Weiterhin bestehen Operating-Leasing-Verhältnisse mit nahestehenden Unternehmen, bei denen der DKB-Konzern als Leasingnehmer auftritt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Bedingungen, Konditionen und Besicherungen abgeschlossen.

Der Umfang der Transaktionen mit den nahestehenden Unternehmen ist im Folgenden dargestellt:

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen an Kreditinstitute	1.071,4	3.019,9
Mutterunternehmen	1.071,4	3.019,9
Forderungen an Kunden	117,4	194,7
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	77,5	154,8
Gemeinschaftsunternehmen	35,7	35,0
Sonstige nahestehende Unternehmen	4,2	4,9
Risikovorsorge	24,8	25,8
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1,8	2,9
Gemeinschaftsunternehmen	23,0	22,9
Handelsaktiva	3,6	4,3
Mutterunternehmen	3,6	4,3
Finanzanlagen	30,3	30,3
Sonstige nahestehende Unternehmen	30,3	30,3
Sonstige Aktiva	151,7	121,9
Mutterunternehmen	146,1	120,9
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	5,6	1,0
Gemeinschaftsunternehmen	0,0	–
Sonstige nahestehende Unternehmen	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	771,6	933,1
Mutterunternehmen	492,5	688,7
Sonstige nahestehende Unternehmen	279,1	244,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	96,1	66,6
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	36,0	35,7
Gemeinschaftsunternehmen	1,3	1,0
Sonstige nahestehende Unternehmen	58,8	29,9

in Mio. EUR	2017	2016
Verbriefte Verbindlichkeiten	48,7	25,6
Mutterunternehmen	11,5	0,5
Sonstige nahestehende Unternehmen	37,2	25,1
Handelsspassiva	0,8	1,2
Mutterunternehmen	0,8	1,2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	2,2	0,1
Mutterunternehmen	2,2	0,1
Rückstellungen	0,0	0,0
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	0,0	0,0
Sonstige nahestehende Unternehmen	0,0	0,0
Sonstige Passiva	10,8	10,2
Mutterunternehmen	0,6	0,5
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1,0	3,1
Gemeinschaftsunternehmen	0,1	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen	9,1	6,4
Nachrangkapital	561,2	258,9
Mutterunternehmen	561,2	258,9
Eventualverbindlichkeiten	0,9	0,9
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	0,9	0,9
Sonstige nahestehende Unternehmen	0,0	0,0
Andere Verpflichtungen	4,7	3,7
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1,3	0,5
Sonstige nahestehende Unternehmen	3,4	3,2

Die anderen Verpflichtungen beinhalten ausschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen.

Kredite, Vorschüsse und Einlagen

Zu den Transaktionen mit nahestehenden Personen zählen die Kredite, Vorschüsse und Einlagen an die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der DKB sowie an die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der BayernLB sowie an deren nahe Familienangehörige. Die Kreditgewährung erfolgte zu marktüblichen Konditionen und Bedingungen.

in Mio. EUR	2017	2016
Kredite und Vorschüsse¹		
Mitglieder des Vorstands der DKB ²	2,7	2,7
Mitglieder des Aufsichtsrats der DKB ²	0,9	1,0
Mitglieder des Vorstands der BayernLB ²	0,0	0,1
Mitglieder des Aufsichtsrats der BayernLB ²	0,3	–

¹ Mehrfachnennungen sind möglich.

² Die Kredite und Vorschüsse sind vollständig besichert.

in Mio. EUR	2017	2016
Einlagen¹		
Mitglieder des Vorstands der DKB	2,7	1,8
Mitglieder des Aufsichtsrats der DKB	2,4	1,7
Mitglieder des Vorstands der BayernLB	2,6	1,9
Mitglieder des Aufsichtsrats der BayernLB	1,4	1,6

¹ Mehrfachnennungen sind möglich.

Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder des DKB-Konzerns

in Mio. EUR	2017	2016
Mitglieder des Vorstands der DKB	2,7	2,7
Kurzfristig fällige Leistungen	2,1	2,1
Andere langfristige fällige Leistungen	0,6	0,6
Leistungen nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Mitglieder des Aufsichtsrats der DKB	0,5	0,5
Kurzfristig fällige Leistungen	0,5	0,5
Frühere Mitglieder des Vorstands der DKB und deren Hinterbliebene	0,7	0,8
Für Mitglieder des Vorstands der DKB gebildete Pensionsrückstellungen	17,5	21,7
Für frühere Mitglieder des Vorstands der DKB und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	20,6	16,6

Die für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr berücksichtigte variable Vergütung von 0,7 Mio. EUR steht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Den angestellten Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat steht weiterhin ein reguläres Gehalt im Rahmen ihres Arbeitsvertrags zu. Dieses orientiert sich am Tarifvertrag bzw. resultiert aus einer individuellen Vereinbarung und entspricht einer Vergütung, die im Verhältnis zur entsprechenden Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen steht.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen des DKB-Konzerns.

(78) Nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen

Der DKB-Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen. Dabei handelt es sich um vertragliche und nicht vertragliche Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die so ausgestaltet sind, dass diese nicht durch Stimmrechte oder ähnliche Rechte beherrscht werden, sondern die Stimmrechte sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen. Die eigentlich relevanten Aktivitäten der strukturierten Unternehmen werden durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert.

Investmentfonds

Der DKB-Konzern investiert in Fonds, die von Kapitalanlagegesellschaften aufgelegt werden. Zweck der Fonds ist im Wesentlichen die Teilhabe an der Entwicklung der Aktienmärkte. Die Finanzierung der Investmentfonds erfolgt durch die Ausgabe von Anteilsscheinen, durch Kreditfinanzierungen oder durch die Begebung von Schuld- und Eigenkapitaltiteln. Die Finanzierung wird in der Regel durch die zugrunde liegende Vermögensmasse des Fonds besichert. Der Umfang der Investmentfonds, mit denen der DKB-Konzern Geschäftsbeziehungen pflegt, wird bestimmt durch deren Fondsvermögen, das zum Stichtag 203,5 Mio. EUR beträgt.

Sonstige Finanzierungen

Der DKB-Konzern stellt Finanzierungsmittel für ein strukturiertes Unternehmen bereit, das eine Vielzahl von verschiedenen Vermögenswerten hält. Dieses strukturierte Unternehmen wurde als Stiftung gegründet. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Denkmalpflege, Kunst und Kultur sowie die Unterstützung von Bildungsprojekten.

Die Finanzierung ist durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der Finanzierung beträgt 6,9 Jahre. Der Umfang des strukturierten Unternehmens in Form einer sonstigen Finanzierung bestimmt sich als die Summe seiner Vermögenswerte, die zum 31. Dezember 2016 26,8 Mio. EUR betragen.

In der Bilanz enthaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

in Mio. EUR	Investmentfonds	Sonstige Finanzierungen	Insgesamt
	2017	2017	2017
Aktiva			
Forderungen an Kunden	–	10,0	10,0
Finanzanlagen	141,5	–	141,5
Insgesamt	141,5	10,0	151,5
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	1,8	1,8
Sonstige Passiva	–	0,0	0,0
Insgesamt	–	1,8	1,8

Das maximale Ausfallrisiko, dem der DKB-Konzern durch seine Geschäftsaktivitäten mit strukturierten Unternehmen ausgesetzt ist, bestimmt sich für Finanzanlagen aus deren bilanziellem Buchwert. Bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird der maximal mögliche Verlust durch den Bruttobuchwert unter Berücksichtigung von Tilgungen und Amortisierungen dargestellt. Bei den angegebenen maximal möglichen Verlusten werden keine Sicherheiten berücksichtigt.

(79) Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 wurden durch die Vorstände und Mitarbeiter der DKB folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten wahrgenommen:

Stefan Unterlandstätter
Bayern Card-Services GmbH, München

Dr. Patrick Wilden
(bis 31.12.2017 Mitglied des Vorstands)
VÖB Service GmbH, Bonn (Tätigkeitsende 22.11.2017)

Alexander von Dobschütz
(ab 01.01.2018 Mitglied des Vorstands)
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

(80) Honorar für den Abschlussprüfer

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2017 ¹	2016 ¹
Abschlussprüfungsleistungen	3,5 ²	2,6 ^{2,3}
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0 ³
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,2
Sonstige Leistungen	1,9	0,8
Insgesamt	5,6	3,6

¹ ohne Umsatzsteuer (netto)

² davon 0,2 Mio. EUR für das Vorjahr

³ Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund der Änderung des IDW HFA 36

Das Honorar für den Abschlussprüfer beinhaltet unter den Abschlussprüfungsleistungen vor allem die Prüfung des Konzern- und des Jahresabschlusses der DKB sowie die Jahresabschlussprüfungen der sonstigen Konzernunternehmen einschließlich gesetzlicher Auftragsverweigerungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarter Prüfungsschwerpunkte. Zudem erfolgten prüfungsintegriert die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts sowie projektbegleitende Prüfungen in den Bereichen IT und IFRS 9. Andere Bestätigungsleistungen (15 TEUR) betreffen im Wesentlichen Untersuchungshandlungen im Rahmen unserer Green-Bond-Emission. Darüber hinaus wurden

Steuerberatungsleistungen erbracht, die Unterstützungsleistungen bei der Erstellung von Steuererklärungen und die steuerliche Beratung zu Einzelsachverhalten umfassen. Die sonstigen Leistungen betreffen qualitätssichernde Unterstützungsleistungen DKB-interner Projekte zur Umsetzung gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen.

(81) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittliche Mitarbeiterkapazitäten während des Geschäftsjahres:

	2017	2016
Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende)	2.381	2.355
weiblich	1.139	1.162
männlich	1.242	1.193
Teilzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende)	652	625
weiblich	554	536
männlich	98	89
Auszubildende	16	12
weiblich	7	5
männlich	9	7
Insgesamt	3.049	2.992

Die Arbeitskapazität der Teilzeitkräfte wurde auf Vollzeitbeschäftigte umgerechnet.

(82) Gesellschafter

Die DKB ist ein 100%iges Tochterunternehmen der BayernLB mit Sitz in München. Die BayernLB ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihre Eigentümer sind – indirekt über die BayernLB Holding AG – der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband Bayern. Die Mitteilung der BayernLB gemäß § 20 Abs. 4 AktG ist an die DKB erfolgt.

Der DKB-Konzern wird in den Konzernabschluss der BayernLB einbezogen. Der Konzernabschluss der BayernLB wird wie der Konzernabschluss der DKB im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zeitpunkt der Freigabe der Veröffentlichung

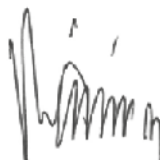
Der Vorstand der Deutschen Kreditbank AG hat den Konzernabschluss am 26. Februar 2018 aufgestellt und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Berlin, den 26. Februar 2018

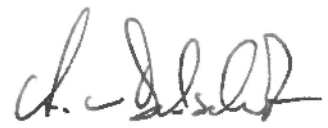
Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstätter



Rolf Mähliß



Alexander von Dobschütz



Tilo Hacke



Thomas Jebsen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter


Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, 26. Februar 2018

Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstättner



Rolf Mähliß



Alexander von Dobschütz



Tilo Hacke



Thomas Jebsen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin, – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die in Abschnitt „Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“ im zusammengefassten Lagebericht enthalten sind, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im großteiligen Kreditgeschäft

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf Note 9 „Risikovorsorge“ des Konzernanhangs. Bezüglich des Managements problembehafteter Engagements verweisen wir auf Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ des zusammengefassten Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Deutsche Kreditbank AG weist im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 64.552 Mio. aus, was rd. 83 % der Bilanzsumme entspricht. Davon entfallen ca. 79 % auf das großteilige, gewerblich geprägte Kreditgeschäft, das Kunden der strategischen Geschäftsfelder „Firmenkunden“ und „Infrastruktur“, einschließlich größerer Finanzierungen in der Landwirtschaft sowie Projekt- und Spezialfinanzierungen umfasst. Zur Bevorsorgung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft hat die Bank zum 31. Dezember 2017 Wertberichtigungen in Höhe von EUR 357 Mio. gebildet, wovon EUR 258 Mio. auf Einzelwertberichtigungen und EUR 99 Mio. auf Portfoliowertberichtigungen entfallen.

Im Rahmen der Bevorsorgung von Kreditrisiken erfordert insbesondere die Ermittlung der Einzelwertberichtigung zukunftsorientierte Schätzungen über erwartete Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen, die unter Berücksichtigung von wertbestimmenden Parametern und Annahmen erfolgen und in hohem Maß mit Ermessen behaftet sind. Die Ermessensentscheidungen haben einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Wertberichtigung. Zum einen können die bei der Ermittlung herangezogenen Parameter nicht angemessen

bestimmt worden sein, zum anderen können die dabei getroffenen Annahmen hinsichtlich der wesentlichen wertbestimmenden Parameter wie der Engagementstrategie, der Entwicklung der Zins- und Tilgungskapazitäten oder die Erfolgsaussichten von Sanierungskonzepten der Kunden insgesamt nicht angemessen abgeleitet worden sein. Daher war es bei unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, Nachweise zu erlangen, dass die wertbestimmenden Parameter insgesamt angemessen bestimmt und die getroffenen Annahmen sachgerecht abgeleitet wurden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir, unter Hinzuziehung von KPMG-Kreditrisikospezialisten, unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns ein Verständnis über die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio als Ganzes verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems haben wir Befragungen durchgeführt sowie Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen. Anschließend haben wir uns von der Implementierung und Wirksamkeit der relevanten Kontrollen, die die Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sowie die sachgerechte Ableitung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter gewährleisten sollen, überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme und Verfahren haben wir die Angemessenheit und Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft sowie die von der Gesellschaft durchgeführten Validierungs-, Sensitivitäts- und Szenarioanalysen sowie Repräsentativitätsnachweise beurteilt.

Wir haben uns schließlich anhand einer bewussten Auswahl von Kreditengagements aus der Grundgesamtheit des großteiligen Kreditgeschäfts davon überzeugt,

dass die für die Bewertung der Kredite zugrundeliegenden Parameter angemessen bestimmt und die Annahmen für Kreditengagements dieser Auswahl auf sachgerechte Weise abgeleitet waren. Die Verlässlichkeit der zugrunde gelegten Auswahlkriterien haben wir anhand einer repräsentativen Einzelfallstichprobe beurteilt. Soweit in diesen Fällen Einzelwertberichtigungen zu bilden waren, haben wir diese auch rechnerisch nachvollzogen und die zutreffende Erfassung im Rechnungslegungssystem geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Berechnung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im großteiligen Kreditgeschäft zugrundeliegenden Annahmen und Parameter wurden sachgerecht ausgewählt und bei der Schätzung der zu erwarteten Rückflüsse im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche

Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen

gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 9. März 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind unter Beachtung der Übergangsvorschrift des Artikels 41 Abs. 1 EU-APrVO ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1990 als Konzernabschlussprüfer der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Ulrich Bergmann.

Berlin, den 26. Februar 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Bergmann
Wirtschaftsprüfer

gez. Thiel
Wirtschaftsprüfer

Appendix II

Anhang VI: Unkonsolidierte Finanzinformationen 2017

Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG

Bilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		9.829		9.314
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		1.733.004		1.419.260
			1.742.833	1.428.574
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		3.520.727		2.176.658
b) andere Forderungen		1.081.273		3.189.319
			4.602.000	5.365.977
4. Forderungen an Kunden				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	TEUR 24.506.455		64.139.665	62.746.179
	(Vorjahr: TEUR 24.408.216)			
Kommunalkredite	TEUR 13.161.227			
	(Vorjahr: TEUR 12.784.082)			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	3.694.118			3.638.432
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 3.694.118			
	(Vorjahr: TEUR 3.638.432)			
bb) von anderen Emittenten	2.061.793			1.910.761
darunter:		5.755.911		5.549.193
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 2.061.793			
	(Vorjahr: TEUR 1.906.332)			
c) eigene Schuldverschreibungen		70.000		70.000
Nennbetrag:	TEUR 70.000		5.825.911	5.619.193
	(Vorjahr: TEUR 70.000)			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			107.233	132.141
7. Beteiligungen			38.975	38.975
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 19.996			
	(Vorjahr: TEUR 19.996)			
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	TEUR 18.258			
	(Vorjahr: TEUR 18.258)			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			16.836	16.836
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 0			
	(Vorjahr: TEUR 0)			
9. Treuhandvermögen			10.827	10.971
darunter: Treuhandkredite	TEUR 10.803			
	(Vorjahr: TEUR 10.949)			
11. Immaterielle Anlagewerte				
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.192		0
d) geleistete Anzahlungen		1.658		0
			4.850	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände			726.107	1.003.232
15. Rechnungsabgrenzungsposten			43.685	33.439
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			0	360
Summe der Aktiva			77.258.922	76.395.877

Passivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		251.588		67.035
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		14.264.704		14.682.776
			14.516.292	14.749.811
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		353.546		370.369
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	43.971.327			40.045.741
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.603.373	53.574.700		13.018.276
			53.928.246	53.434.386
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			4.796.995	4.527.105
4. Treuhandverbindlichkeiten			10.827	10.971
darunter:				
Treuhandkredite	TEUR 10.803			
	(Vorjahr: TEUR 10.949)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			51.150	299.250
6. Rechnungsabgrenzungsposten			44.415	30.638
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		55.677		49.736
b) Steuerrückstellungen		0		0
c) andere Rückstellungen		152.538		121.037
			208.215	170.773
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			608.055	380.251
10. Genussrechtskapital			26.780	26.780
darunter:				
vor Ablauf von 2 Jahren fällig	TEUR 0			
	(Vorjahr: TEUR 0)			
11. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			50.000	0
12. Fonds für allgemeine Bankrisiken			582.035	330.000
13. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		339.300		339.300
b) Kapitalrücklage		1.414.381		1.414.381
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	242.436			242.436
cb) andere Gewinnrücklagen	439.795			439.795
		682.231		682.231
			2.435.912	2.435.912
Summe der Passiva			77.258.922	76.395.877

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.852.129			2.038.808
abzgl. negativer Zinserträge aus Forderungen	-19.010			-6.798
		1.833.119		2.032.010
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		21.358		22.202
			1.854.477	2.054.212
2. Zinsaufwendungen		930.462		1.274.051
abzgl. negativer Zinsen aus Verbindlichkeiten		-2.187		-612
			928.275	1.273.439
			926.202	780.773
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.887		834
b) Beteiligungen		1.778		1.640
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		157		138
			3.822	2.612
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			4.999	4.127
5. Provisionserträge			316.254	320.359
6. Provisionsaufwendungen			404.055	342.765
			-87.801	-22.406
8. Sonstige betriebliche Erträge			11.915	7.052
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	124.681			114.206
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	27.583			24.185
darunter:		152.264		138.391
für Altersversorgung	TEUR 8.308			
	(Vorjahr: TEUR 6.751)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		278.430		252.711
			430.694	391.102
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			359	0
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			57.961	50.871
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			114.546	121.267
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			247	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	150.750
18. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			252.035	100.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.295	259.668
21. Außerordentliche Aufwendungen		3.295		2.800
22. Außerordentliches Ergebnis			-3.295	-2.800
26. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			0	256.868
27. Jahresüberschuss			0	0
34. Bilanzgewinn			0	0

Anhang

Grundlagen zur Aufstellung

Der Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG (DKB), mit Sitz in Berlin (Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregisternummer: HRB 34165), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und den Regelungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern 1 und 3 der RechKredV.

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340e ff. HGB).

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen werden zum Nennwert, zu den fortgeführten Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag und nach aktivischer Absetzung der Wertberichtigungen ausgewiesen.

Für alle erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Vorsorge getroffen worden. Darüber hinaus bestehen für latent vorhandene Kreditrisiken Pauschalwertberichtigungen.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere

Die Bewertung der Wertpapierbestände des Umlaufvermögens erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Zuordnung der Zweckbestimmung erfolgt bei Zugang der Wertpapiere.

Zur Ermittlung der Bewertungskurse wird – soweit vorhanden – auf die Preise an aktiven Märkten zurückgegriffen. Zum 31. Dezember 2017 war der gesamte Wertpapierbestand an aktiven Märkten notiert.

Im Rahmen von Wertpapierleihetransaktionen entlehene bzw. mittels Wertpapierpensionsgeschäften erworbene Wertpapiere werden entsprechend der Auffassung der Bilanzierungspraxis, dass das wirtschaftliche Eigentum beim Verleiher/Pensionsgeber der Wertpapiere verbleibt, nicht bilanziert. Verlehene bzw. verkaufte Wertpapiere werden im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend dem zugeordneten Bestand bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten oder – bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet. Sofern die Gründe für eine Wertminderung entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung.

Immaterielle Anlagewerte

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, gemindert um planmäßige lineare Abschreibungen ausgewiesen. Die zugrunde liegende Nutzungsdauer orientiert sich an der wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Bei Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerungen. Sonstige Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB laufzeitadäquat mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sowie für pensions-

ähnliche Verpflichtungen werden unter Berücksichtigung des von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Geschäftsjahre sowie einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt. Die Einbuchung der Rückstellungen erfolgt nach der Nettomethode, das heißt, es wird der abgezinste Erfüllungsbetrag eingebucht und in den Folgejahren zulasten des Zinsergebnisses aufgezinnt.

Für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen im Kreditgeschäft gebildet.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen (Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelung) erfolgt jährlich durch versicherungsmathematische Gutachten unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Professor Dr. Klaus Heubeck. Es werden die unmittelbaren leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen bewertet.

Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Annahmen p. a.	Zinssatz
Rechnungszinssatz (7-Jahres-Durchschnitt)	2,80 %
Rechnungszinssatz (10-Jahres-Durchschnitt)	3,68 %
Gehaltstrend	2,25 %
Karrieretrend	1,90 %
Entwicklung Beitragsbemessungsgrenze	2,25 %
Rententrend	2,00 %
Fluktuation	2,00 %
Rechnungsmäßiges Pensionsalter	64 Jahre

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen erfolgt mittels des finanzmathematischen Verfahrens „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertmethode).

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung

von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet. Ein die Verpflichtungen übersteigender Betrag wird gesondert als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung aktiviert.

Derivative Finanzinstrumente und Bewertungseinheiten

Die Bank setzt derivative Finanzgeschäfte (vor allem Swaps) ausschließlich zur Steuerung von Zins- und Währungsrisiken ein. Zinsderivate, die zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingesetzt werden, werden in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB zusammengefasst und nach der Einfrierungsmethode abgebildet oder nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung gemäß IDW RS BFA 3 im Bankbuch beurteilt. Hierbei wurde im Rahmen einer GuV-orientierten Betrachtung des Bestandsgeschäfts unter Berücksichtigung der Schließung offener Festzinspositionen sowie von Risikokosten und Verwaltungskosten ein barwertiges Periodenergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt.

Gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämien sowie die positiven bzw. negativen Marktwerte der zur Deckung von Wechselkursschwankungen eingesetzten Devisentermingeschäfte mit einer Laufzeit von unter einem Jahr bzw. einer besonderen Deckung nach § 340h HGB werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Grundsätzen des § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden werden mit den durch die EZB veröffentlichten Euro-Referenzkursen des Abschlussstichtags umgerechnet. Die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte erfolgt zum Terminkurs. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung zinstragender Bilanzposten, so wird unter Wesentlichkeitsaspekten hinsichtlich der verbleibenden Nettoposition und aufgrund der kurzen Restlaufzeit der Geschäfte (unter einem Jahr) auf die Spaltung des Terminkurses verzichtet. Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden je Währung zu einer Devisenposition zusammengeführt und gemäß § 340h HGB als besonders gedeckt eingestuft. Dementsprechend werden die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf Ebene des Organträgers Bayerische Landesbank (BayernLB) abgebildet. Dies ergibt sich aus dem mit der BayernLB abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag und der daraus resultierenden ertragsteuerlichen Organschaft.

Ausweis negativer Zinsen

Zinsen, die die DKB für die befristete Ausreichung von Kapital zahlt (negative Zinserträge) bzw. für die befristete Entgegennahme von Kapital erhält (positive Zinsaufwendungen) werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz

Aktivseite

Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	2017	2016
Andere Forderungen mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	451,5	1.250,9
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	602,5	1.265,0
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	14,7	664,1
mehr als 5 Jahre	12,6	9,3
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.072,0	3.020,6

Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
Forderungen mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	3.483,9	3.376,1
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	4.040,5	3.800,1
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	16.914,5	16.318,3
mehr als 5 Jahre	38.477,6	38.032,3
mit unbestimmter Laufzeit	1.223,2	1.219,4
Forderungen an verbundene Unternehmen	143,2	225,8
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43,8	63,8
davon nachrangig	5,3	26,4
Sonstige nachrangige Forderungen	40,6	34,4

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	2017	2016
Anleihen und Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig (einschließlich der anteiligen Zinsen)	397,1	305,8
börsenfähige Wertpapiere		
davon börsennotiert	5.805,9	5.555,6
davon nicht börsennotiert	20,0	63,6
verliehene Wertpapiere	–	–
in Pension gegebene Wertpapiere	23,0	18,0
von verbundenen Unternehmen ausgegebene Wertpapiere	–	–

Umwidmungen wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen.

Der Buchwert der zum gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Papiere des Anlagevermögens beträgt 3.386,6 Mio. EUR (Vorjahr: 2.924,4 Mio. EUR). Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus dem Erwerb von weiteren Anleihen, die dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen. Der beizulegende Zeitwert der im Anlagevermögen ausgewiesenen Bestände beläuft sich auf 3.442,0 Mio. EUR (Vorjahr: 3.001,8 Mio. EUR). Der

Unterschied zum Buchwert ist auf veränderte Marktbedingungen gegenüber dem Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere zurückzuführen. Dauernde Wertminderungen liegen nicht vor. Aus dem Wertpapierbestand des Anlagevermögens ergeben sich stille Reserven von 62,0 Mio. EUR (Vorjahr: 82,1 Mio. EUR) sowie stille Lasten von 6,6 Mio. EUR (Vorjahr: 4,7 Mio. EUR). Die Einschätzung, dass die stillen Lasten nicht dauerhaft sind, stellt auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Anleihen und die Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten, ab.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	2017	2016
nachrangige Wertpapiere	–	–
börsenfähige Wertpapiere	100,2	124,3
davon börsennotiert	76,1	94,9
davon nicht börsennotiert	24,1	29,4

Im Anlagevermögen werden Anteile an einem nicht börsenfähigen geschlossenen Immobilienfonds mit einem Buchwert von 7,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,8 Mio. EUR) ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf 7,6 Mio. EUR (Vorjahr: 8,0 Mio. EUR).

Es bestehen wie im Vorjahr keine unterlassenen Abschreibungen im Sinne des § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB.

Die Angaben zum Investmentvermögen erfolgen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

in Mio. EUR	Buchwert (BW) 31.12.2017	Marktwert (MW) 31.12.2017	Δ MW – BW	Ausschüttung 2017	Tägliche Rückgabe möglich
Aktienfonds					
DKB Asien ANL	14,2	18,5	4,3	–	ja
DKB Europa ANL	35,1	35,1	0	0,3	ja
DKB Pharma ANL	15,5	27,5	12,0	0,3	ja
DKB Zukunftsfonds ANL	24,2	31,4	7,2	1,0	ja
DKB Teletech ANL	11,2	21,4	10,2	–	ja
Immobilienfonds					
BGV III Feeder 1D	7,0	7,6	0,6	0,3	nein

Beteiligungen

In den Beteiligungen sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Anteile an verbundenen Unternehmen

In den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Forderungen an Kunden.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind insbesondere Barsicherheiten von 666,3 Mio. EUR (Vorjahr: 955,1 Mio. EUR) gegenüber der BayernLB enthalten, die im Rahmen der OTC-Derivate-Regulierung gestellt wurden. Weiterhin werden bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)

hinterlegte Barsicherheiten wegen unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen von 11,9 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR), Forderungen aus dem Verkauf von Anteilen der Visa Europe Limited von 8,6 Mio. EUR (Vorjahr: 8,3 Mio. EUR), für den VÖB Einlagensicherungsfonds hinterlegte Barsicherheiten wegen unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen von 7,4 Mio. EUR (Vorjahr: 3,0 Mio. EUR), Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen von 5,0 Mio. EUR (Vorjahr: 4,1 Mio. EUR) sowie aktivierte Ansprüche aus Zahlungsverkehrs- und Kreditkartenprovisionen ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen sowie dem Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten von 25,5 Mio. EUR (Vorjahr: 25,7 Mio. EUR).

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. EUR	Kumulierte Anschaffungskosten	Zugänge 2017	Abgänge 2017	Kumulierte Zu-/Abschreibungen	Davon aus 2017	Restbuchwert 31.12.2017	Restbuchwert 31.12.2016
Immaterielle Anlagewerte	5,3	5,3	-	-0,4	-0,4	4,9	-
Beteiligungen	39,0	-	-	-	-	39,0	39,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	162,4	-	-	-145,6	-	16,8	16,8
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.403,5	558,5	94,8	-9,9	-2,3	3.393,6	2.932,2

Vermögensgegenstände in fremder Währung

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände beträgt 206,5 Mio. EUR (Vorjahr: 240,6 Mio. EUR).

Passivseite

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. EUR	2017	2016
Befristete Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	301,2	301,5
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.125,6	1.416,3
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	4.398,0	4.555,6
mehr als 5 Jahre	8.439,9	8.409,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	607,0	853,1
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
Andere befristete Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	4.206,8	8.076,3
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	340,2	310,1
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	2.212,5	1.275,6
mehr als 5 Jahre	2.843,9	3.356,3
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	83,6	69,9
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5,6	4,9
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen	8,0	3,1

Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	2017	2016
Angaben zur Restlaufzeit:		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	526,5	46,6
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	92,5	210,0
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	1.538,0	2.072,5
mehr als 5 Jahre	2.640,0	2.198,0
Verbindlichkeiten, fällig im Folgejahr (einschließlich der anteiligen Zinsen)	619,0	256,6
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11,5	0,5

Deckungsrechnung

in Mio. EUR	2017	2016
Öffentliche Pfandbriefe	3.586,0	4.158,9
Deckungswerte enthalten in:		
Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Forderungen an Kunden	8.757,7	8.694,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	300,0	300,0
Überdeckung	5.471,7	4.835,9
Hypothekendarlehen	4.841,1	4.902,4
Deckungswerte enthalten in:		
Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Forderungen an Kunden	8.006,9	8.132,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	330,0	360,0
Überdeckung	3.495,8	3.590,0

Im Geschäftsjahr wurden keine Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen (Inhaberpapiere) emittiert (Vorjahr: 60,0 Mio. EUR) und 230,0 Mio. EUR (Vorjahr: 800,0 Mio. EUR) wurden zurückgezahlt. Weiterhin wurde eine Inhaberschuldverschreibung von 500,0 Mio. EUR (Vorjahr: 500,0 Mio. EUR) emittiert.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten bestehen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten wegen Aufwand aus dem Kreditkartengeschäft von 27,2 Mio. EUR (Vorjahr: 23,9 Mio. EUR), abzuführende Lohnsteuer-, Umsatzsteuer- und Kapitalertragsteuerbeträge sowie per 31. Dezember 2017 bestehende Zinszahlungsverpflichtungen ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen sowie dem Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten von 20,4 Mio. EUR (Vorjahr: 24,1 Mio. EUR) sowie aus Abgrenzungen im Kreditkartengeschäft von 22,7 Mio. EUR (Vorjahr: 5,0 Mio. EUR).

Rückstellungen

Die Rückstellungen beinhalten Pensionsrückstellungen von 55,7 Mio. EUR (Vorjahr: 49,7 Mio. EUR).

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz dieser Rückstellungen nach Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre beträgt 7,4 Mio. EUR (Vorjahr: 5,9 Mio. EUR).

Die anderen Rückstellungen ergeben sich aus folgenden Positionen:

in Mio. EUR	2017	2016
Personalarückstellungen	16,5	14,7
Rückstellungen im Kreditgeschäft	12,0	10,4
Sonstige Rückstellungen	124,0	96,0

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vor allem Rückstellungen für Einlagen mit steigendem Zins, zum Bilanzstichtag offene Rechnungen, Provisionszahlungen sowie Rechts- und Prozessrisiken.

Das Planvermögen, mit dem die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen sowie Zeitguthaben gesichert werden, wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungswerten verrechnet. Ein verbleibender aktiver Überhang als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ besteht im Geschäftsjahr nicht (Vorjahr: 0,4 Mio. EUR). Erträge aus dem Deckungsvermögen wurden mit Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellung verrechnet.

Bruttoausweis

in Mio. EUR	Rückstellungen Altersteilzeit	Rückstellungen Zeitguthaben
Erfüllungsbetrag der Verpflichtung	8,8	23,8
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	5,7	22,8
Zeitwert des Deckungsvermögens	6,7	23,1
Aufwendungen aus der Aufzinsung im laufenden Geschäftsjahr	0,3	2,0
Erträge aus Deckungsvermögen im laufenden Geschäftsjahr	0,1	0,0

Genussrechtskapital

Die DKB hat Genussscheine von 26,8 Mio. EUR (Vorjahr: 26,8 Mio. EUR) begeben. Diese verbriefen eine kurzfristige, erfolgsabhängige Vergütung. Das Genussscheinkapital nimmt in voller Höhe am Verlust teil.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 19,8 Mio. EUR (Vorjahr: 16,3 Mio. EUR) angefallen.

Es bestehen die folgenden Verbindlichkeiten, die jeweils 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen:

Nominal in Mio. EUR	Laufzeitende	Zinssatz in %
100,0	26.03.2024	4,780
150,0	14.12.2027	2,720
100,0	02.05.2031	4,388
100,0	14.06.2032	3,809

Sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten sind vertraglich so ausgestattet, dass im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Bank eine Rückerstattung erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger erfolgt. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung auf Verlangen der Gläubiger kann nicht entstehen. Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gemäß Artikel 72 CRR sind für einen Bestand von nominal 594,0 Mio. EUR erfüllt. Unter Beachtung der Restlaufzeit und der abzusetzenden Disagien (0,1 Mio. EUR) finden nachrangige Verbindlichkeiten von 522,0 Mio. EUR im Zuge der Ermittlung der Eigenmittel Berücksichtigung.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 511,2 Mio. EUR (Vorjahr: 258,9 Mio. EUR).

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Im Geschäftsjahr wurde erstmalig eine unbesicherte nachrangige Namensschuldverschreibung mit Auslöseereignis von 50,0 Mio. EUR begeben. Das Kapitalinstrument erfüllt die Bedingungen für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals nach Artikel 52 und 54 CRR.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 252,0 Mio. EUR zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zugeführt (Bestand Vorjahr: 330,0 Mio. EUR).

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 339,3 Mio. EUR. Es ist eingeteilt in 130,5 Millionen nennwertlose Stückaktien.

Nach § 268 Abs. 8 HGB dürfen Gewinne aus Zuschreibungen über die Anschaffungskosten von nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen zu verrechnenden Vermögenswerten nur ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags mindestens den insgesamt angesetzten Beträgen, abzüglich der hierfür gebildeten passiven latenten Steuern, entsprechen. Zum 31. Dezember 2017 bestehen ausschüttungsgesperrte Beträge von 1,3 Mio. EUR. Darüber hinaus ist der Differenzbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB von 7,4 Mio. EUR (Vorjahr: 5,9 Mio. EUR) ebenfalls zur Ausschüttung gesperrt.

Verbindlichkeiten in fremder Währung

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten beträgt 166,1 Mio. EUR (Vorjahr: 193,4 Mio. EUR).

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für die nachstehenden Verbindlichkeiten (ohne verbrieftete Verbindlichkeiten) wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert als Sicherheit übertragen:

in Mio. EUR	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.187,6	16.169,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.710,7	8.810,5

Aufgliederung der Bilanz für Pfandbriefbanken

Da das Pfandbriefgeschäft in der bilanziellen Wirkung nicht den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit darstellt, werden die für Pfandbriefbanken zusätzlichen Formvorschriften aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit nicht im Gliederungsschema der Bilanz, sondern im Anhang dargestellt.

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	2017	2016
a) Hypothekendarlehen	–	–
b) Kommunalkredite	–	–
c) Andere Forderungen	4.602,0	5.366,0
darunter:		
täglich fällig	3.520,7	2.176,7
gegen Beleihung von Wertpapieren	–	–

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
a) Hypothekendarlehen	24.506,5	24.408,2
b) Kommunalkredite	13.161,2	12.784,1
c) Andere Forderungen	26.472,0	25.553,9
darunter gegen Beleihung von Wertpapieren	5,2	5,5

Aktiva 15 – Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. EUR	2017	2016
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	25,5	25,7
b) Andere	18,2	7,7

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. EUR	2017	2016
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	268,0	253,0
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	210,5	284,5
c) Andere Verbindlichkeiten	14.037,8	14.212,3
darunter:		
täglich fällig	251,6	67,0
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. EUR	2017	2016
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	2.292,6	2.258,9
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	1.885,5	2.264,4
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	353,5	370,4
d) Andere Verbindlichkeiten	49.396,6	48.540,7
darunter:		
täglich fällig	43.971,3	40.045,7
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	2017	2016
a) Begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenpfandbriefe	2.298,3	2.409,2
ab) Öffentliche Pfandbriefe	1.495,8	1.615,9
ac) sonstige Schuldverschreibungen	1.002,9	502,0
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	–	–
darunter Geldmarktpapiere	–	–

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. EUR	2017	2016
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	21,2	25,3
b) Andere	23,2	5,3

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen handelt es sich um potenzielle Verpflichtungen, die durch den Eintritt ungewisser künftiger Ereignisse entstehen und deren Erfüllungsbetrag bzw. -zeitpunkt nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

In beiden unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Posten sind keine in Bezug auf die Gesamttätigkeit wesentlichen Einzelbeträge enthalten. Die anderen Verpflichtungen beinhalten ausschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen gegenüber verbundenen und assoziierten Unternehmen:

in Mio. EUR	2017	2016
Eventualverbindlichkeiten	0,9	0,9
Andere Verpflichtungen	4,6	5,6

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind wie im Vorjahr keine Erträge aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen enthalten.

Zinsaufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen von 7,2 Mio. EUR (Vorjahr: 4,5 Mio. EUR) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 5,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1,1 Mio. EUR) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden vor allem Schäden, unter anderem aus dem Missbrauch im Kreditkartengeschäft und aus Rechtsrisiken, von 28,4 Mio. EUR (Vorjahr: 21,2 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Ausweis des Beitrags zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) von 19,6 Mio. EUR (Vorjahr: 17,5 Mio. EUR) erfolgt ebenfalls in dieser Position.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten Restrukturierungsaufwendungen, die sich aus der Umsetzung der für die DKB als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen ergeben haben. Dazu zählen ebenso Programme bei Tochterunternehmen sowie daraus resultierende Aufwendungen für Verlustübernahmen der Jahresergebnisse.

Ertrag aus Steuern vom Einkommen und Ertrag

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB fallen auf der Ebene der DKB keine Ertragsteuerzahlungen für das laufende Geschäftsjahr an.

Angaben zu Bewertungseinheiten gemäß § 285 Nr. 23 HGB

Art der abgesicherten Risiken	Buchwert der Grundgeschäfte	Art der Bewertungseinheit	Höhe der abgesicherten Risiken
Zinsrisiken	20,0 Mio. EUR	Mikro-Hedge	100 %

Bei den nach § 254 HGB gebildeten Sicherungsbeziehungen stimmen die Parameter des abgesicherten Teils von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument überein. Es handelt sich um perfekte Mikro-Hedges. Die Wirksamkeit der Bewertungseinheiten wird unter dieser Voraussetzung mit der Critical-Term-Match-Methode bewertet. Die Bewertungseinheiten werden für die gesamte Laufzeit von Grund- und Sicherungsgeschäft gebildet.

Angaben zu derivativen Geschäften

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 19 HGB i.V.m. § 36 RechKredV sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Darstellung der Volumina

in Mio. EUR	Nominalwert	
	2017	2016
Zinsrisiken		
Zinsswaps	8.550,0	11.900,0
Caps/Floors	0,0	0,0
Zinsoptionen	0,0	0,0
Zinsrisiken insgesamt	8.550,0	11.900,0
Währungsrisiken		
Währungsswaps	0,0	0,0
Devisentermingeschäfte	22,8	35,0
Währungsrisiken insgesamt	22,8	35,0
Insgesamt	8.572,8	11.935,0

in Mio. EUR	Beizulegender Zeitwert ¹			
	positiv		negativ	
	2017	2016	2017	2016
Zinsrisiken				
Zinsswaps	16,2	2,0	440,8	768,0
Caps/Floors	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsrisiken insgesamt	16,2	2,0	440,8	768,0
Währungsrisiken				
Währungsswaps	0,0	0,0	0,0	0,0
Devisentermingeschäfte	0,1	0,0	0,1	0,1
Währungsrisiken insgesamt	0,1	0,0	0,1	0,1
Insgesamt	16,3	2,0	440,9	768,1

¹ ohne Zinsabgrenzung

Fristengliederung

in Mio. EUR	Nominalwert			
	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2017	2016	2017	2016
Bis ein Jahr	1.320,0	4.650,0	22,8	35,0
Mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	3.650,0	4.550,0	0,0	0,0
Über 5 Jahre	3.580,0	2.700,0	0,0	0,0
Insgesamt	8.550,0	11.900,0	22,8	35,0

Kontrahentengliederung

in Mio. EUR	Nominalwert	
	2017	2016
Öffentliche Stellen in der OECD	0,0	0,0
Banken in der OECD	8.572,8	11.935,0
Sonstige Kontrahenten	0,0	0,0
Insgesamt	8.572,8	11.935,0

in Mio. EUR	Beizulegender Zeitwert ¹			
	positiv		negativ	
	2017	2016	2017	2016
Öffentliche Stellen in der OECD	0,0	0,0	0,0	0,0
Banken in der OECD	16,3	2,0	440,9	768,1
Sonstige Kontrahenten	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	16,3	2,0	440,9	768,1

¹ ohne Zinsabgrenzung

Die zinsbezogenen Geschäfte wurden zur Sicherung von Zinsschwankungen abgeschlossen und dienen der Steuerung des globalen Zinsänderungsrisikos. Sie werden mit den gesicherten Geschäften zusammen betrachtet und nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung bewertet. Eine Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs war zum

31. Dezember 2017 nicht erforderlich, da auf Basis einer GuV-orientierten Betrachtung der zinsbezogenen Geschäfte ein positives barwertiges Ergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt wurde. Die währungsbezogenen Geschäfte dienen vollständig der Deckung von Wechselkursschwankungen.

Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)¹

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Öffentliche Pfandbriefe

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ³	9.057,7	8.994,8	9.882,9	10.020,2	8.681,5	8.809,3
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.586,0	4.158,9	3.973,0	4.674,0	3.551,7	4.183,4
	5.471,7	4.835,9	5.909,9	5.346,2	5.129,8	4.625,9
Überdeckung	152,59%	116,28%	148,75%	114,38%	144,43%	110,58%

Hypothekendarlehen

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ³	8.336,9	8.492,4	9.360,3	9.727,6	8.329,4	8.701,5
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	4.841,1	4.902,4	5.424,0	5.620,3	4.634,9	4.741,3
	3.495,8	3.590,0	3.936,3	4.107,3	3.694,5	3.960,2
Überdeckung	72,21%	73,23%	72,57%	73,08%	79,71%	83,53%

¹ Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

² statischer Ansatz (+250 BP)

³ einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Restlaufzeiten/Zinsbindungsfristen

in Mio. EUR	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmassen ¹	
	2017	2016	2017	2016
Bis 6 Monate	627,5	366,0	489,2	448,8
Über 6 Monate bis 12 Monate	142,0	261,9	540,4	411,1
Über 12 Monate bis 18 Monate	381,0	627,5	585,3	417,2
Über 18 Monate bis 2 Jahre	40,0	142,0	452,5	518,7
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	75,5	421,0	982,0	1.134,4
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	72,0	75,5	854,5	962,1
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	520,0	72,0	809,6	794,1
Über 5 Jahre bis 10 Jahre	1.350,0	1.820,0	2.707,7	2.718,0
Über 10 Jahre	378,0	373,0	1.636,5	1.590,4
Insgesamt	3.586,0	4.158,9	9.057,7	8.994,8

¹ einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Restlaufzeiten/Zinsbindungsfristen

in Mio. EUR	Hypothekendarpfandbriefe		Deckungsmassen ¹	
	2017	2016	2017	2016
Bis 6 Monate	65,0	51,0	580,2	594,8
Über 6 Monate bis 12 Monate	145,5	85,3	365,3	516,1
Über 12 Monate bis 18 Monate	41,0	65,0	432,6	463,2
Über 18 Monate bis 2 Jahre	170,3	145,5	423,0	415,5
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	155,8	211,3	778,0	885,8
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	771,0	155,8	1.056,2	782,1
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	165,0	771,0	859,3	1.008,2
Über 5 Jahre bis 10 Jahre	2.597,5	2.187,5	2.776,4	2.889,0
Über 10 Jahre	730,0	1.230,0	1.066,0	937,7
Insgesamt	4.841,1	4.902,4	8.336,9	8.492,4

¹ einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG

Zusammensetzung der weiteren Deckung (§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5, 6, 8 PfandBG)

Hypothekendarfandbriefe

in Mio. EUR	Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG		Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ¹		Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Staat								
Deutschland	-	-	-	-	330,0	360,0	330,0	360,0
Summe	-	-	-	-	330,0	360,0	330,0	360,0
davon Grenzüberschreitung § 19 Abs. 1 PfandBG			-	-	-	-	-	-

Öffentliche Pfandbriefe

in Mio. EUR	Deckungswerte § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG		Deckungswerte § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG ¹		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Staat						
Summe	-	-	-	-	-	-
davon Grenzüberschreitung § 20 Abs. 2 PfandBG			-	-	-	-

¹ Forderungen i. S. d. Artikels 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013 sind jeweils nicht enthalten.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bis 10 Mio. EUR	3.137,3	3.169,7
Über 10 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	3.971,7	3.914,8
Über 100 Mio. EUR	1.948,7	1.910,3
Weitere Deckung	–	–
Insgesamt	9.057,7	8.994,8

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bundesrepublik Deutschland	9.057,7	8.994,8
Staat	52,9	55,0
regionale Gebietskörperschaften	1.023,3	981,0
örtliche Gebietskörperschaften	7.930,5	6.046,6
sonstige Schuldner	51,0	1.912,3
Weitere Deckung	–	–
Insgesamt	9.057,7	8.994,8

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bis 300.000 EUR	3.133,2	3.303,9
Über 300.000 EUR bis eine Mio. EUR	614,2	634,3
Über eine Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	3.098,9	2.916,5
Über 10 Mio. EUR	1.160,6	1.277,7
Weitere Deckung	330,0	360,0
Insgesamt	8.336,9	8.492,4

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b, c PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2017	Deckungswerte 2016
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	871,9	952,6
Ein- und Zweifamilienhäuser	2.050,9	2.139,1
Mehrfamilienhäuser	4.773,6	4.732,8
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	1,0
Bauplätze	5,6	0,3
Wohnwirtschaftlich insgesamt	7.702,0	7.825,7
Bürogebäude	55,1	55,4
Handelsgebäude	20,4	32,5
Industriegebäude	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	229,4	218,7
Gewerblich insgesamt	304,9	306,6
Weitere Deckung	330,0	360,0
Insgesamt	8.336,9	8.492,4

Kennzahlen

in Mio. EUR		2017	2016
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG	Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	0,0	0,0
	Anteil festverzinslicher Deckungsmasse		
	Hypothekendarlehen	91,79 %	91,27 %
	Öffentliche Pfandbriefe	90,54 %	89,31 %
§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG	Anteil festverzinslicher Umläufe		
	Hypothekendarlehen	98,18 %	97,19 %
	Öffentliche Pfandbriefe	88,85 %	89,54 %
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG	Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Hypothekendarlehen in Jahren	8,0	8,0
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf der nach § 14 PfandBG zur Deckung genutzten Hypothek	52,77 %	53,25 %

Weitere Angaben

In den Deckungswerten der DKB bestanden für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen zum Stichtag keine rückständigen Leistungen (> 90 Tage) gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 3 PfandBG.

Die Deckungswerte der DKB für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen enthalten ausschließlich auf Euro lautende Forderungen, sodass ein Währungsstress entfällt. Aus dem gleichen Grund wird auf eine Darstellung je Fremdwährung nach § 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG verzichtet.

Die Deckungswerte der DKB enthalten für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen keine Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG).

Es befinden sich keine Forderungen in der Deckungsmasse, die 90 Tage oder länger rückständig sind. Es liegen keine anhängigen Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren vor. Rückständige Zinsen bestehen nicht. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG).

Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, haben sich nicht ergeben.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Name und Sitz der Beteteiligungsunternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
AKG ImmoPlus GmbH, Berlin ¹	50,0	0,5	k. A.
AQUILA Technische Entwicklungen GmbH, Schönhagen ²	16,1	k. A.	k. A.
Bau Partner GmbH, Halle (Saale) ³	49,7	0,2	-0,6
Bauland GmbH, Baulandbeschaffungs-, Erschließungs- und Wohnbau- gesellschaft, München ^{4,5,6}	94,5	-10,1	0,0
Deutsche Life Science GmbH, Berlin ⁷	10,2	-18,1	0,7
DKB Finance GmbH, Berlin ^{4,5}	100,0	12,1	0,0
DKB Grund GmbH, Berlin ^{4,5}	100,0	0,1	0,0
DKB Immobilien Beteiligungs GmbH, Potsdam ⁴	100,0	2,2	0,2
DKB Service GmbH, Potsdam ^{4,5}	100,0	7,1	0,0
DKB Wohnen GmbH, Berlin ^{4,5}	94,5	0,0	0,0
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam ⁴	5,1	36,7	1,8
DKB Wohnungsbau- und Stadtentwicklung GmbH, Berlin ^{4,5}	100,0	2,5	0,0
FidesSecur Versicherungs- und Wirtschaftsdienst Versicherungsmakler GmbH, München ⁸	14,0	4,8	0,0
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH, Potsdam ^{4,9}	100,0	8,2	3,5
GbR Olympisches Dorf, Potsdam ⁴	99,7	0,1	0,1
German Biofuels GmbH, Pritzwalk ⁴	19,9	-7,7	1,2
GESO Gesellschaft für Sensorik, geotechnischen Umweltschutz und mathematische Modellierung mbH, Jena ¹⁰	43,1	-0,4	0,0
JFA Verwaltung GmbH, Leipzig ¹¹	10,7	-13,0	0,1
LEG Kieferniedlung Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ⁴	6,1	-3,4	0,3
LEG Wohnpark am Olympischen Dorf Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ⁴	7,0	-5,8	0,7
LEG Wohnpark Heroldplatz Grundstücksgesellschaft b. R., Berlin ⁴	7,2	-1,5	0,1
Mediport Venture Fonds Zwei GmbH, Berlin ¹²	53,8	-0,9	-1,1
Melhoria Immobiliengesellschaft mbH, Potsdam ^{4,5}	100,0	3,1	0,0

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
MVC Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ⁴	100,0	0,2	0,0
Neue Novel Ferm Verwaltungs GmbH, Berlin ¹³	49,0	0,0	0,0
Novel Ferm Brennerei Dettmannsdorf GmbH & Co. KG, Berlin ¹³	49,0	4,0	k. A.
Oberhachinger Bauland GmbH, Wohnbau- und Erschließungsgesellschaft, München ⁴	86,0	-2,4	0,0
Potsdamer Immobiliengesellschaft mbh, Potsdam ⁴	100,0	0,0	0,0
PROGES DREI GmbH, Berlin ⁴	100,0	0,7	0,0
PROGES EINS GmbH, Berlin ^{4, 14}	100,0	0,5	0,0
PROGES ENERGY GMBH, Berlin ⁴	100,0	0,7	0,3
PROGES Sparingberg GmbH, Berlin ⁴	100,0	0,1	-0,5
PROGES VIER GmbH, Berlin ¹¹	100,0	0,2	0,1
PROGES ZWEI GmbH, Berlin ⁴	100,0	3,9	2,7
TAG Wohnungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH, Hamburg ⁴	5,2	8,2	-0,4
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin ⁴	50,0	0,0	0,0
TEGES Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin ⁴	47,0	-6,7	0,3
Visa Inc., USA ¹⁵	<1,00	32.760,0	6.699,0

¹ Eröffnungsbilanz 2017² Jahresabschluss 31.12.2003³ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2010⁴ Jahresabschluss 31.12.2016⁵ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.⁶ Ein tatsächliches Negativvermögen liegt nicht vor.⁷ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2008⁸ Jahresabschluss 30.06.2017⁹ Beherrschungsvertrag¹⁰ Jahresabschluss 31.12.2012¹¹ Jahresabschluss 31.12.2015¹² aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2009¹³ aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2015¹⁴ Ergebnisabführungsvertrag¹⁵ in USD, nach U.S. GAAP und Jahresabschluss 30.09.2017

Publikumsfonds und Spezialfonds

Name und Sitz

Name und Sitz	Kapitalanteil in %	Fondsvermögen in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
DKB Asien Fonds ANL, Luxemburg ^{1,2,3}	86,1	21,5	0,0
DKB Europa Fonds ANL, Luxemburg ^{1,2,3}	86,4	40,7	0,8
DKB Pharma Fonds ANL, Luxemburg ^{1,2,3}	78,8	34,9	-0,2
DKB TeleTech Fonds ANL, Luxemburg ^{1,2,3}	93,0	23,1	-0,2
DKB Zukunftsfonds ANL, Luxemburg ^{1,2,3}	83,5	37,7	-0,2
BGV III FEEDER1 S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg ^{1,2,4}	16,7	45,6	18,0

¹ Abschluss nach den für Luxemburg von der Commission de Surveillance du Secteur Financier angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing)

² Kapitalanteil und Fondsvermögen 31.12.2017

³ Ergebniszahlen 31.03.2017

⁴ Jahresabschluss 31.12.2016

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Bei der DKB bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Dienstleistungsverträgen, die vor allem die Bereiche banknahe Dienstleistungen, IT-Betrieb, Facility-Management und Marketing betreffen.

Weiterhin bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Form von abgesicherten Zahlungsansprüchen aus der Beitragserhebung für die Bankenabgabe von 11,9 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR) sowie aus der Beitragserhebung zum Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) von 7,4 Mio. EUR (Vorjahr: 3,9 Mio. EUR).

Sonstige Haftungsverhältnisse

Die DKB hat nach § 10 Abs. 5 der Satzung des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, Berlin, die Verpflichtung übernommen, im Bedarfsfall bei Sicherungsfällen Nachschüsse zu leisten. Die Nachschusspflicht ist für jedes Mitglied begrenzt, und zwar für die gesamte Dauer des Fonds sowie für alle Sicherungsfälle insgesamt für den auf ihn entfallenden Teil des in § 8 Abs. 1 der Satzung festgelegten Gesamtvolumens des Fonds, vermindert um alle von ihm bereits geleisteten Beiträge.

Organe der Deutschen Kreditbank AG

Vorstand

Stefan Unterlandstättner
Vorsitzender des Vorstands

Rolf Mähliß
Mitglied des Vorstands
(Finanzvorstand)

Dr. Patrick Wilden (bis 31.12.2017)
Mitglied des Vorstands
(Risikovorstand)

Alexander von Dobschütz (ab 01.01.2018)
Mitglied des Vorstands
(Risikovorstand)

Tilo Hacke
Mitglied des Vorstands
(Vertriebsvorstand)

Thomas Jebsen
Mitglied des Vorstands
(Vertriebsvorstand)

Aufsichtsrat

Dr. Johannes-Jörg Riegler
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Bernd Fröhlich
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Mainfranken Würzburg

Stefan Höck (ab 01.04.2017)
Stellv. Leiter der Abteilung Staatliche Beteiligungen,
Immobilienmanagement, Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Michael Huber
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen

Marcus Kramer
Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Walter Pache
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Günzburg-Krumbach
Unabhängiger Finanzexperte

Michael Schneider (bis 31.03.2017)
Vorsitzender des Vorstands
der LfA Förderbank Bayern a. D.

Dr. Markus Wiegmann
Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank
Unabhängiger Finanzexperte

Dr. Edgar Zoller
Stellv. Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Ehrenmitglied:

Günther Troppmann
Ehem. Vorstandsvorsitzender
Deutsche Kreditbank AG

Arbeitnehmervertreter:

Bianca Häsen

(Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Angestellte
Deutsche Kreditbank AG

Michaela Bergholz

Gewerkschaftsvertreterin
Deutscher Bankangestellten-Verband

Christine Enz

Gewerkschaftsvertreterin
Deutscher Bankangestellten-Verband

Jörg Feyerabend

Angestellter
DKB Service GmbH

Jens Hübler

Leitender Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Radtke

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Siegfried

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Gunter Wolf

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Bezüge der Organe

in Mio. EUR	2017	2016
Mitglieder des Vorstands	2,7	2,7
kurzfristig fällige Leistungen	2,1	2,1
andere, langfristig fällige Leistungen	0,6	0,6
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Mitglieder des Aufsichtsrats	0,5	0,5
Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene	0,7	0,8
Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	16,5	12,7

Die für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr berücksichtigte variable Vergütung von 0,7 Mio. EUR steht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Gesamtbetrag der den Mitgliedern des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der zu ihren Gunsten eingegangenen Haftungsverhältnisse

in Mio. EUR	2017	2016
Mitglieder des Vorstands	2,7	2,7
Mitglieder des Aufsichtsrats	0,9	1,0

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten

Stefan Unterlandstätter

Bayern Card-Services GmbH, München

Dr. Patrick Wilden

(bis 31.12.2017 Mitglied des Vorstands)

VÖB Service GmbH, Bonn (Tätigkeitsende 22.11.2017)

Alexander von Dobschütz

(ab 01.01.2018 Mitglied des Vorstands)

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Honorar für den Abschlussprüfer

in Mio. EUR (ohne Umsatzsteuer)	2017	2016
Abschlussprüfungsleistungen	3,1 ¹	2,3 ^{1,2}
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0 ²
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen	1,9	0,8
Insgesamt	5,1	3,2

¹ davon 0,2 Mio. EUR für das Vorjahr

² Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund der Änderung des IDW HFA 36

Das Honorar für den Abschlussprüfer des DKB-Konzerns beinhaltet unter den Abschlussprüfungsleistungen vor allem die Prüfung des Konzern- und des Jahresabschlusses der DKB sowie die Jahresabschlussprüfungen der sonstigen Konzernunternehmen einschließlich gesetzlicher Auftragserweiterungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarter Prüfungsschwerpunkte. Zudem erfolgten prüfungintegriert die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts sowie projektbegleitende Prüfungen in den Bereichen IT und IFRS 9. Andere Bestätigungsleistungen

(15 TEUR) betreffen im Wesentlichen Untersuchungshandlungen im Rahmen unserer Green-Bond-Emission. Darüber hinaus wurden Steuerberatungsleistungen erbracht, die Unterstützungsleistungen bei der Erstellung von Steuererklärungen und die steuerliche Beratung zu Einzelsachverhalten umfassen. Die sonstigen Leistungen betreffen qualitätssichernde Unterstützungsleistungen DKB-interner Projekte zur Umsetzung gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen.

Anzahl der Mitarbeiter

	2017	2017
Mitarbeiter (Kapazitäten) im Jahresdurchschnitt	1.680	1.559
davon Teilzeitkapazitäten	374	343
davon männlich	807	726
davon weiblich	873	833

Gesellschafter und Gewinnverwendung

Die DKB ist seit 1995 ein 100%iges Tochterunternehmen der BayernLB. Die BayernLB ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihre Eigentümer sind – indirekt über die BayernLB Holding AG – der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband Bayern. Die Mitteilung der BayernLB gemäß § 20 Abs. 4 AktG ist an die DKB erfolgt.

Die DKB wird in den Konzernabschluss der BayernLB einbezogen. Der Konzernabschluss der BayernLB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die BayernLB hat für die Verbindlichkeiten der DKB eine Patronatserklärung abgegeben. Abgesehen vom Fall des politischen Risikos trägt danach die BayernLB dafür Sorge, dass die DKB ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

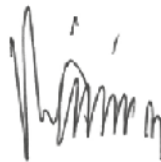
Mit der BayernLB besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Im Geschäftsjahr wurde das Jahresergebnis vollständig dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt. Im Geschäftsjahr erfolgte daher keine Ergebnisabführung an die BayernLB (Vorjahr: 256,9 Mio. EUR).

Berlin, 26. Februar 2018

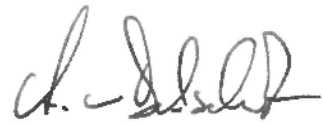
Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstättner



Rolf Mähliß



Alexander von Dobschütz



Tilo Hacke



Thomas Jebesen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, 26. Februar 2018

Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstätter



Rolf Mähliß



Alexander von Dobschütz



Tilo Hacke



Thomas Jebsen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die in Abschnitt „Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“ im zusammengefassten Lagebericht enthalten sind, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im großteiligen Kreditgeschäft

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf Abschnitt „2.1 Forderungen und Verbindlichkeiten“ des Anhangs. Bezüglich des Managements problembehafteter Engagements verweisen wir auf Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ des zusammengefassten Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Deutsche Kreditbank AG weist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 64.140 Mio aus, was rd. 83 % der Bilanzsumme entspricht. Davon entfallen ca. 80 % auf das großteilige, gewerblich geprägte Kreditgeschäft, das Kunden der strategischen Geschäftsfelder „Firmenkunden“ und „Infrastruktur“, einschließlich größerer Finanzierungen in der Landwirtschaft sowie Projekt- und Spezialfinanzierungen umfasst. Zur Bevorsorgung des Adressenausfallrisikos in Form von Einzelwertberichtigungen, pauschalisierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft weist die Bank im Geschäftsjahr 2017 Aufwendungen von netto EUR 123 Mio als „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ unter dem GuV-Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ aus.

Im Rahmen der Bevorsorgung von Kreditrisiken erfordert insbesondere die Ermittlung der Einzelwertberichtigung zukunftsorientierte Schätzungen über erwartete Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen, die unter Berücksichtigung von wertbestimmenden Parametern und Annahmen erfolgen und in hohem Maß mit Ermessen

behaftet sind. Die Ermessensentscheidungen haben einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Wertberichtigung. Zum einen können die bei der Ermittlung herangezogenen Parameter nicht angemessen bestimmt worden sein, zum anderen können die dabei getroffenen Annahmen hinsichtlich der wesentlichen wertbestimmenden Parameter wie der Engagementstrategie, der Entwicklung der Zins- und Tilgungskapazitäten oder die Erfolgsaussichten von Sanierungskonzepten der Kunden insgesamt nicht angemessen abgeleitet worden sein. Daher war es bei unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, Nachweise zu erlangen, dass die wertbestimmenden Parameter insgesamt angemessen bestimmt und die getroffenen Annahmen sachgerecht abgeleitet wurden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir, unter Hinzuziehung von KPMG-Kreditrisikospezialisten, unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns ein Verständnis über die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im Kreditportfolio als Ganzes verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems haben wir Befragungen durchgeführt sowie Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen. Anschließend haben wir uns von der Implementierung und Wirksamkeit der relevanten Kontrollen, die die Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sowie die sachgerechte Ableitung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter gewährleisten sollen, überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme und Verfahren haben wir die Angemessenheit und Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft sowie die von der Gesellschaft durchgeführten Validierungs-, Sensitivitäts- und Szenarioanalysen sowie Repräsentativitätsnachweisen beurteilt.

Wir haben uns schließlich anhand einer bewussten Auswahl von Kreditengagements aus der Grundgesamtheit des großteiligen Kreditgeschäfts davon überzeugt, dass die für die Bewertung der Kredite zugrundeliegenden Parameter angemessen bestimmt und die Annahmen für Kreditengagements dieser Auswahl auf sachgerechte Weise abgeleitet waren. Die Verlässlichkeit der zugrunde gelegten Auswahlkriterien haben wir anhand einer repräsentativen Einzelfallstichprobe beurteilt. Soweit in diesen Fällen Einzelwertberichtigungen zu bilden waren, haben wir diese auch rechnerisch nachvollzogen und die zutreffende Erfassung im Rechnungslegungssystem geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Berechnung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im großteiligen Kreditgeschäft zugrundeliegenden Annahmen und Parameter wurden sachgerecht ausgewählt und bei der Schätzung der zu erwarteten Rückflüsse im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein

den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen. Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen

Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 9. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind unter Beachtung der Übergangsvorschrift des Artikels 41 Abs. 1 EU-APrVO ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1990 als Abschlussprüfer der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Ulrich Bergmann.

Berlin, den 26. Februar 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Bergmann
Wirtschaftsprüfer

gez. Thiel
Wirtschaftsprüfer